

16. Wahlperiode

2. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 9. November 2006

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Ansprache des Präsidenten		Begrüßung von Gästen	
Gedenkworte zum 9. November		Herr Busch-Petersen, Einzelhandelsverband Berlin-Brandenburg	97
Präsident Walter Momper	50		
Antrag auf Annahme einer Entschließung		Konsensliste	
9. November – Mahnung zur Verteidigung der freiheitlichen Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte		Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	
Drs 16/0048	51	Drs 16/0026	107
Beschluss	108	Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen	
Geschäftliches		Drs 16/0027	107
Ausgeschiedene Abgeordnete		Nach dem Karlsruhe-Urteil (II): Unrechtmäßige Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen kündigen!	
Katrin Schultze-Berndt (CDU)	51	Drs 16/0032	107
Nachgerückte Abgeordnete		Vor 50 Jahren: „Interbau Berlin 1957“	
Emine Demirbükten-Wegner (CDU)	51	Drs 16/0033	107
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde		Ein Bürgerforum in das „Band des Bundes“	
Ulker Radziwill (SPD)	51	Drs 16/0034	107
Michael Braun (CDU)	52	Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für das Haushaltsjahr 2005	
Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)	53	Drs 16/0028	107
Dr. Martin Lindner (FDP)	54		
Terminplan für die Plenarsitzungen 2007	55		
Liste der Dringlichkeiten	106		
Zitieren eines Senatsmitglieds (Sen Dr. Thilo Sarrazin)		Fragestunde – Mündliche Anfragen	
Uwe Goetze (CDU)	86	Berlin, die Hauptstadt des Bundes und der Länder	
		Iris Spranger (SPD)	55

Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit	55, 56, 57
Carl Wechselberg (Linksfraktion)	56
Christoph Meyer (FDP)	57

Massiver Stellenabbau bei den Kita-Staatsbetrieben

Sascha Steuer (CDU)	57, 58
Senator Klaus Böger (SenBildJugSport)	58, 59
Elfi Jantzen (Grüne)	59

Baustopp am Flughafen Schönefeld

Jutta Matuschek (Linksfraktion)	59, 60
Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit	59, 60
Claudia Hämmerling (Grüne)	60

Nur Alibilösung für langjährig geduldete Flüchtlinge?

Jasenka Villbrandt (Grüne)	60, 61
Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInn)	60, 61
Volker Ratzmann (Grüne)	61

Was ist der Leitfaden der rot-roten Konsolidierungspolitik?

Christoph Meyer (FDP)	61, 62
Senator Dr. Thilo Sarrazin (SenFin)	62, 63
Oliver Schruoffeneger (Grüne)	63

Schließung Flughafentunnel

Christian Gaebler (SPD)	63, 64
Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt)	63, 64, 65
Jutta Matuschek (Linksfraktion)	65

Weitere Übernahme von Kosten für hauptstadtbedingte Sicherheitsaufgaben durch den Bund

Frank Henkel (CDU)	65
Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInn)	65, 66
Uwe Goetze (CDU)	66

Kann die Schwimmhalle Finckensteinallee ersetzt werden?

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion)	66, 67
Senator Klaus Böger (SenBildJugSport)	66, 67
Oliver Schruoffeneger (Grüne)	67

Fragestunde – Spontane Fragestunde**Bundesparteitag der NPD in Berlin**

Tom Schreiber (SPD)	68
Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInn)	68

Verbesserung des Tierschutzes

Gregor Hoffmann (CDU)	68
Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit	68, 69

Teilprivatisierung der Bundesbahn

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion)	69
Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt)	69

Doppelfinanzierung von Lehrkräften der Islamischen Föderation

Özcan Mutlu (Grüne)	69, 70
Senator Dr. Thomas Flierl (SenWissKult) ..	70

Mieterhöhungen bei der GESOBAU

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP)	70
Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit	70

Nachschlüssel eines Gefangenen

Sebastian Kluckert (FDP)	71
Bürgermeisterin Karin Schubert (SenJust) ..	71

Kosten für die Berliner Polizei während der Fußballweltmeisterschaft

Peter Trapp (CDU)	71, 72
Senator Dr. Ehrhart Körting (SenInn)	71, 72

Zusätzliche Stelle für Mauergedenken

Oliver Schruoffeneger (Grüne)	72
Senator Dr. Thomas Flierl (SenWissKult) ...	72

Fünzigster Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Oliver Scholz (CDU)	72
Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit	72

Unterrichtsausfall wegen Personalversammlung

Uwe Goetze (CDU)	73
Senator Klaus Böger (SenBildJugSport)	73

Absage der Langen Nacht der Museen im Januar 2007

Alice Ströver (Grüne)	73, 74
Senator Dr. Thomas Flierl (SenWissKult) ...	74

Kaufangebot der Gehag für die WBM

Jutta Matuschek (Linksfraktion)	74
Senator Dr. Thilo Sarrazin (SenFin)	74, 75

Aktuelle Stunde**Positive Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt – weniger Arbeitslose und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte****Antrag auf Annahme einer Entschließung****Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit bleibt oberste Priorität der Politik im Land Berlin**

Drs 16/0049	75
Burgunde Grosse (SPD)	75, 80
Dr. Frank Steffel (CDU)	76
Elke Breitenbach (Linksfraktion)	78
Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne)	80, 81, 85
Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion)	81
Rainer-Michael Lehmann (FDP)	82
Bürgermeister Harald Wolf (SenWiArbFrau) ..	84, 85

Prioritäten gem. § 59 der Geschäftsordnung**Antrag auf Annahme einer Entschließung****Nach dem Urteil den Blick nach vorn richten**

Drs 16/0037	86
-------------------	----

Uwe Goetze (CDU)	86
Iris Spranger (SPD)	87
Joachim Esser (Grüne)	88
Carl Wechselberg (Linksfraktion)	89
Christoph Meyer (FDP)	90

Antrag

Keine Amnestie für Stasi-Spitzel – Berlin unterstützt Thüringens Änderung im Stasi-Unterlagengesetz

Drs 16/0030	91
Mirco Dragowski (FDP)	91
Dr. Fritz Felgentreu (SPD)	92
Andreas Gram (CDU)	93
Stefan Liebich (Linksfraktion)	94, 95
Volker Ratzmann (Grüne)	95
Andreas Otto (Grüne)	95

Dringliche II. Lesung

Berliner Ladenöffnungsgesetz (BerLadÖffG)

Drs 16/0015	97
-------------------	----

Antrag auf Annahme einer Entschließung

Endlich: Der Ladenschluss wird abgeschafft!

Drs 16/0051	97
Elisabeth Paus (Grüne)	97
Frank Jahnke (SPD)	99
Dr. Friedbert Pflüger (CDU)	99
Stefan Liebich (Linksfraktion)	101
Volker Thiel (FDP)	102

Wahlen

zweier Abgeordneter zu Mitgliedern des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages

Drs 16/0013	103
Ergebnis	109

von zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Arbeitgeberverbände zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin sowie deren Stellvertreter/-innen

Drs 16/0022	104
Ergebnis	109

von zwei Personen zur Vertretung der Interessen von Frauen und der Umweltbelange sowie deren Stellvertreter/-innen zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin

Drs 16/0024	104
Ergebnis	109

der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz

Drs 16/0040	104
Ergebnis	109

Dringliche Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft Nr.16/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Drs 16/0045	104
Beschluss	110

Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB

Drs 16/0035	104
-------------------	-----

Antrag

Nächste Ausfahrt „Flughafen Tempelhof“

Drs 16/0031	105
-------------------	-----

Dringlicher Antrag

Einsetzung von weiteren Ausschüssen

Drs 16/0041	105
Beschluss	110

Präsident Walter Momper eröffnet die Sitzung um 13.02 Uhr.

Präsident Walter Momper:

Ich eröffne die 2. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie alle, unsere Gäste und unsere Zuhörer ganz herzlich.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich daran erinnern, dass heute der 9. November ist. Wohl kaum ein anderes Datum bündelt Ereignisse unserer Geschichte. Viermal im 20. Jahrhundert markierte der 9. November einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte, viermal wurde er zum Schauplatz von Ereignissen, die einen Aufbruch bedeuteten oder in den Abgrund führten.

Diese vier Ereignisse haben unsere Geschichte geprägt – im Guten wie im Bösen –, und sie wirken bis in die heutige Zeit hinein. Der 9. November ist deshalb ein Tag des Erinnerns und des Gedenkens geworden, aber auch Anlass für den wertenden Blick auf Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Nation.

Der 9. November 1918 brachte das Ende der Monarchie und des entsetzlichen Krieges mit Millionen von Toten und er ebnete der Demokratie in Deutschland den Weg. Hier in diesem Saal tagten in den Dezembertagen 1918 die Delegierten des Ersten Allgemeinen Arbeiter- und Soldatenkongresses – des Revolutionsparlamentes – und stellten mit ihrem Beschluss über die Einführung der repräsentativen Demokratie die entscheidenden Weichen für die erste deutsche Republik. Aber wir wissen auch heute nur zu gut, wie zerbrechlich die junge Weimarer Republik blieb, die nicht genug Zeit erhielt, um sich im Bewusstsein der Bevölkerung zu etablieren. Die Nazis versuchten schon am 9. November 1923 zu putschen, erfolglos.

Nach der Machtübernahme durch die Nazis brannten am 9. November 1938 in Deutschland die Synagogen. Jüdische Geschäfte wurden zerstört und geplündert. Deutsche Männer und Frauen jüdischer Abkunft und jüdischen Glaubens, Familien die seit Generationen in unserem Land einen festen Platz in der Gesellschaft hatten, Bürger die eine bedeutende Rolle im politischen und kulturellen Leben Berlins spielten, wurden brutal verfolgt und ermordet.

Schon an diesem Tag wurde offenbar, dass fünf Jahre nach der Machtübernahme durch die Nazis bei vielen in unserem Land das Mitgefühl für den Mitmenschen durch Teilnahmslosigkeit und Zivilcourage durch Angst ersetzt worden war. Einige waren couragiert, aber zu wenige wagten es, sich dem Unrecht und der Gewalt entgegen zu stellen. Wir alle wissen, wohin dieser Weg des Rassens, des Hasses und der Gewalt führte.

Mit Trauer und mit Scham blicken wir heute auf das zurück, was damals in unserem Land geschah und was den europäischen Juden von Deutschen und im deutschen Namen angetan wurde.

Die Pogromnacht vom 9. November 1938 gehört zu den finstersten Kapiteln in der deutschen Geschichte. Deshalb ist es für mich umso beschämender, dass es 61 Jahre nach Ende der national-sozialistischen Gewaltherrschaft wieder eine Zunahme von antisemitischen Übergriffen, Angriffen auf wehrlose Menschen und Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten gibt. Diesen Übergriffen, der Verharmlosung der Verbrechen der Nazis, rechten Parolen und dem Einzug von rechtsextremen Parteien in Volksvertretungen müssen die demokratischen Parteien und unsere Zivilgesellschaft klar und entschlossen entgegenreten.

[Allgemeiner Beifall]

Nicht nur an Gedenktagen, sondern an jedem Tag müssen wir durch unser Handeln deutlich machen: Antisemitismus, Rassismus und Gewalt haben bei uns keinen Platz in der Gesellschaft. Wir haben die Lehren aus unserer Geschichte gezogen und wir müssen dies vor allem der jungen Generation mit unserem ganz praktischen Verhalten an jedem Tag vorleben. Das ist unsere Pflicht und unsere Schuldigkeit den Opfern gegenüber.

Eine der politischen Folgen des Nationalsozialismus war – das darf niemand vergessen – die jahrzehntelange Teilung unseres Landes und unserer Stadt. Und wieder sollte der 9. November ein Schicksalstag für die Deutschen werden. 38 Jahre nach dem Volksaufstand gegen die Zwangsherrschaft der SED am 17. Juni 1953, wurde am 9. November 1989 ein neues Kapitel unserer Geschichte aufgeschlagen. Im Vorfeld dieses Datums hatten die Menschen in der DDR für Freiheit, Reformen und Demokratie demonstriert. Das tapfere Polen hatte den Weg gewiesen. Gleichzeitig kehrten immer mehr – vor allem junge Menschen – dem kommunistischen deutschen Teilstaat, der seine Bürger nur mit Mauer und Stacheldraht im Lande halten konnte, den Rücken.

Als die SED-Führung am frühen Abend des 9. November 1989 die Lockerung der Beschränkungen für Reisen ankündigte, nahmen die Bürgerinnen und Bürger diese Ankündigung beim Wort und drängten in den nächsten Stunden an die Grenzübergänge. An diesem Abend fiel die Mauer, die so viele Opfer gekostet hatte. Viele Berlinerinnen und Berliner feierten in der Nacht am Ku'damm und am Brandenburger Tor nach 28 Jahren die neu gewonnene Freiheit. Wir waren das glücklichste Volk der Welt. Und wir können stolz darauf sein, dass wir die Freiheit und Einheit friedlich und ohne Blutvergießen gewonnen haben. Und bei aller Mühsal des Zusammenwachsens – wir sind immer noch ein glückliches Volk.

Dieser kurze Rückblick auf unsere Geschichte, zu dem uns das historische Datum des 9. November Anlass gibt, zeigt, welche dunklen Schatten auf unserer Vergangenheit liegen. Aber er macht auch deutlich, dass Demokratie und Freiheit, dass der Frieden und die Wahrung der Menschenrechte Bestandteile unserer kulturellen Traditionen als Nation sind. Und nicht zuletzt führt er uns vor Augen, wie schnell diese Werte, die uns wichtig sind, gefährdet sein können. Auch deshalb mahnt uns der

Präsident Walter Momper

sein können. Auch deshalb mahnt uns der heutige Tag, nicht nachzulassen in unserem Einsatz für Freiheit, für Demokratie, für Toleranz und für Gerechtigkeit.

Von allen fünf Fraktionen, die die fünf Parteien vertreten, die sich zusammengetan haben, um gegen Rechtsradikalismus und Intoleranz aufzutreten, ist der Antrag auf Annahme einer Entschließung eingebracht worden, und zwar unter der Drucksachennummer 16/0048:

Antrag auf Annahme einer Entschließung

9. November – Mahnung zur Verteidigung der freiheitlichen Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte!

Antrag der SPD, der CDU, der Linksfraktion, der Grünen und der FDP Drs 16/0048

Diese Entschließung ist von allen Fraktionen dieses Hauses einmütig eingebracht worden. Wer dieser Entschließung zum 9. November seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Das ist einstimmig, Gegenstimmen und Enthaltungen sehe ich nicht.

Ich danke Ihnen! Die Entschließung ist eine Verpflichtung für uns alle, so ist sie gemeint.

[Allgemeiner Beifall]

Wir kommen nun zum Geschäftlichen. Mit Wirkung vom 2. November 2006 hat die CDU-Abgeordnete Frau Katrin Schultze-Berndt ihr Mandat niedergelegt. Für sie ist Frau Emine Demirbüken-Wegner nachgerückt. – Herzlich willkommen, Frau Demirbüken-Wegner!

[Allgemeiner Beifall]

Am Montag sind vier Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde eingegangen:

1. Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke zum Thema: „Positive Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt – weniger Arbeitslose und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“,
2. Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Berliner Kulturlandschaft erhalten und stärken – Bund als Partner gewinnen“,
3. Antrag der Fraktion der Grünen zum Thema: „Rot/Rot II: Stillstand statt Aufbruch!“,
4. Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Keine Vision, kein Konzept, kein Mut – Rot-Rot murkst sich in die zweite Amtszeit!“.

Zur Begründung der Aktualität rufe ich die Redner auf. Für die SPD-Fraktion erhält Frau Radziwill das Wort. – Bitte schön, Frau Radziwill!

Ülker Radziwill (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwas aktuelleres als den Berliner Arbeitsmarkt und insbesondere die positiven Trends, die sich entwickelt haben, kann ich mir

nicht vorstellen. Wir tun gut daran, diese positiven Entwicklungen zu würdigen und gemeinsam darüber zu reden.

Die CDU möchte gerne über die Kulturlandschaft reden – das ist uns auch wichtig; wir haben die Kultur deswegen bei dem Regierenden Bürgermeister angesiedelt.

[Gelächter bei der FDP]

Es gibt sicherlich auch noch viele weitere Gelegenheiten, darüber zu reden.

Bei der Vorbereitung auf diese Sitzung habe ich mich mit dem Wort „murksen“ beschäftigt. Im Duden wird es als altdeutsches Wort benannt, umgangssprachlich für „ungeschickt oder unordentlich arbeiten“. Schaut man sich die aktuelle Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt an, so kann von einer ungeschickten oder unordentlichen Arbeit keine Rede sein.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion – Gelächter bei der FDP –

Dr. Martin Lindner (FDP): Der 11. November kommt erst noch!]

Der Konjunkturmotor ist angesprungen – das erkennen wir –, die sinkenden Arbeitslosenzahlen sind statistisch belegt, und wir schaffen viele neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Das ist sehr wichtig, und wir sollten diese Entwicklung gemeinsam würdigen!

Berlin bietet optimale Standortvorteile, und das ist – aus meiner Sicht – in der Wirtschaft angekommen. Die Arbeitslosenzahl befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 2000, und in den letzten anderthalb Jahren ist sie um rund 2 % auf aktuell 16,5 % gesunken. Das ist eine erfreuliche und zu würdigende Entwicklung, über die wir gemeinsam reden sollten.

[Rainer-Michael Lehmann (FDP): Aber doch nicht durch Sie!]

Die Zahl der Existenzgründungen ist gestiegen – so auch bei den Unternehmern nichtdeutscher Herkunft. Das Konjunkturklima wird von den Unternehmern positiv dargestellt. Die Bewertung der Unternehmen, wie ihre Zukunft aussieht, ist recht positiv, und ich bin zuversichtlich, dass noch weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diese Aktuelle Stunde ist auch aus folgendem Grund besonders wichtig: Wenn wir die Berliner Situation mit einigen anderen Bundesländern vergleichen, ist festzuhalten, dass im letzten Jahr – von Sommer 2005 bis Sommer 2006 – z. B. im schwarz-gelb regierten Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosigkeit nur um 0,7 % gesunken ist. Im CDU-regierten Hessen hat sie sich nur um 0,4 % reduziert.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Schauen Sie sich mal an, von welchem Niveau die kommen! – Heiterkeit bei der FDP und den Grünen]

Berlin mit Rot-Rot schafft Arbeitsplätze, die Situation ist nicht so schlecht!

Ülker Radziwill

Ich will noch einmal auf das Wort „murksen“ zurückkommen. Ich kann nur festhalten: Gerade die wirtschaftsnahen Parteien sollten die positiven Trends erkennen und nicht selbst herummurksen. Wenn man Arbeitsplätze schaffen möchte, ist es auch wichtig, ein positives Klima zu schaffen, es zu benennen. Sie und insbesondere die Grünen tun mit den permanent negativen Reden der Berliner Situation überhaupt nichts Gutes.

[Zuruf von Özcan Mutlu (Grüne) –

Volker Ratzmann (Grüne): Das ist alles Bundespolitik!]

Ich fordere Sie auf, die Augen zu öffnen, die positiven Trends in Berlin zu sehen, sie zu würdigen und damit auch die Unternehmen und Unternehmer mehr zu unterstützen. – Ich bitte um Ihre Zustimmung!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Radziwill! – Für die Fraktion der CDU hat nunmehr der Kollege Braun das Wort! – Bitte schön, Herr Braun!

Michael Braun (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wowereit! Es ist keine 7 Wochen her, da galten Sie als Gewinner der Berliner Wahlen, wenn auch mit dem kleinen Schönheitsfehler, fast 60 000 Stimmen gegenüber der Wahl 2001 verloren zu haben. Die auflagenstärkste Zeitung spekulierte auf ihrer Titelseite, Sie seien als nächster Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers im Gespräch.

[Michael Schäfer (Grüne): Das ist vorbei!]

Doch dann kam alles anders: das niederschmetternde Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das auch Ihre ganz persönliche Niederlage war. Allein die Eingangsworte des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Berlin sei sexy, weil es nicht arm ist, waren für Sie eine schallende Ohrfeige.

Auch ich war über das Urteil und über die Urteilsbegründung enttäuscht. Unerträglich waren jedoch Ihre patzigen und trotzigsten Reaktionen danach. Mit Ihrem Gerede, Berlin sei wieder einmal allein gelassen worden, haben Sie die Hilfen ignoriert, die beide Stadthälften seit Kriegsende erhalten haben und noch heute erhalten. Sie wissen, dass Berlin auch heute noch von den anderen Bundesländern über den Länderfinanzausgleich und vom Bund über die Bundesergänzungszuweisungen mehr als 5 Milliarden € pro Jahr erhält.

Wir, die Sie seit Jahren aus der Berliner Politik kennen, waren von Ihren Reaktionen nicht überrascht. Wir kennen Ihre Launen, Ihre provinzielle Großspurigkeit. Neu ist jedoch, dass Ihr Renommee in nahezu allen Berliner Medien, allen Berliner Zeitungen dahin ist.

[Zuruf von Iris Spranger (SPD)]

Die „Berliner Zeitung“ fragt, ob Sie großwahnsinnig seien, andere sprechen davon, dass Sie Ihr eigenes Denkmal vom Sockel gestoßen hätten. Die Bundespolitiker nahezu aller Parteien schütteln über Sie nur noch den Kopf.

Die Union als Oppositionspartei könnte sich darüber freuen. Aber wir sehen die Entwicklung mit Sorge. Berlin ist – gerade nach dem Urteil von Karlsruhe – auf ein besonders gutes Verhältnis zu den anderen Bundesländern und insbesondere zum Bund angewiesen. Sie haben unser Verhältnis zu denen, deren Hilfe wir benötigen, beschädigt, und damit der Stadt großen Schaden zugefügt.

Und, Herr Wowereit, Sie sind unberechenbar. Noch wenige Tage vor der Wahl erklärten Sie, eine Einheitsschule würde es mit Ihnen nicht geben, Sie würden daran jede Koalition scheitern lassen. Tatsächlich haben Sie jetzt in der Koalitionsvereinbarung den Einstieg in die Einheitsschule beschlossen.

Sie sind des Weiteren nicht bereit, die eingegangenen Verpflichtungen mit dem Bund zu erfüllen. Beispiele hierfür sind die so genannte Kanzler-U-Bahnlinie oder der Berliner Beitrag zur Sanierung der Staatsoper.

[Michael Müller (SPD): Zum Thema, Herr Braun!]

Ich kann mir nicht vorstellen, welcher seriöse Politiker mit Ihnen noch Vereinbarungen trifft.

Und jetzt wollen Sie auch noch Kultursenator der Stadt werden! Mit Verlaub, da wird mir angst und bange.

[Zuruf von Michael Müller (SPD)]

Schon jetzt haben Sie sich um die Kompetenzen, die bei Ihnen angesiedelt sind, nicht gekümmert. Sie waren beispielsweise für die Europa- und die Medienpolitik zuständig – von allen unbemerkt, kein Interesse, keine Initiative.

Präsident Walter Momper:

Herr Kollege Braun! Kommen Sie bitte zum Ende, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich mache Sie auch darauf aufmerksam, dass es um die Begründung der Dringlichkeit geht, um nichts anderes!

Michael Braun (CDU):

So ist es! Danke schön! – Lassen Sie mich abschließend noch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zitieren. Dort heißt es zum Verzicht auf ein eigenes Kulturressort:

Dies bedeutet eben auch den Verzicht auf alle Instrumente des politischen Nahkampfes, kein eigenes Budget, kein eigener Platz in der Senatorenrunde und kein selbständiges politisches Gewicht. Jede Entscheidung über kulturelle Fragen wird im Zweifel an den übergeordneten Interessen des roten Rathauses orientiert werden, und das sind bislang keine der schönen Künste gewesen.

Michael Braun

In der ganzen Republik und auch in Berlin wird über den Zustand der Kultur gesprochen. Ich bitte Sie, lassen Sie uns das auch heute in der Aktuellen Stunde tun. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Braun! – Frau Eichstädt-Bohlig hat für die Grünen das Wort!

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion hat eine Aktuelle Stunde zu „Rot-Rot II: Stillstand statt Aufbruch“ beantragt. Und die FDP hat mit blumigeren Worten einen im Prinzip ähnlichen Antrag gestellt. Ich fordere Sie auf, unserem Antrag zu folgen. Denn die koalitionären Wunschlisten sind wirklich eine Garantie für fünf Jahre Stillstand, und wir können keinen Rückwärtsgang brauchen, sondern wir brauchen einen dringenden und flotten Vorwärtsgang, damit Berlin endlich wieder schrittweise auf eigene Füße kommt. Darüber müssen wir heute hier diskutieren. Das ist Ihre letzte Chance, aus dieser wirklich dürrtigen, unsortierten Ressortwunschliste, die Sie zusammengestellt haben, noch etwas Ähnliches wie einen Masterplan für Berlin zu machen und dieser neuen rot-roten Koalition wenigstens ein paar Korsettstangen einzuziehen.

[Michael Müller (SPD): Ja! Vielen Dank!]

Von daher fordere ich Sie auf: Nutzen Sie diese Chance! Diskutieren Sie hier heute mit uns, was nötig ist, damit Berlin wirklich vorankommt und damit dieser Stillstand, in den Sie die Stadt in den letzten Wochen getrieben haben, überwunden wird!

[Beifall bei den Grünen – Einzelner Beifall bei der FDP]

Herr Wowereit! Sie haben erklärt, dass Sie stolz darauf sind, eine Regierung des „Weiter so“ für die nächsten 5 Jahre zu bilden. Sie wissen ganz genau wie jeder in der Stadt, dass es nach Karlsruhe ein „Weiter so“ nicht geben darf. Das ist die Aufgabe der Stunde; stellen Sie sich der, und stellen Sie sich auch der Diskussion darüber!

[Beifall bei den Grünen – Einzelner Beifall bei der CDU und der FDP]

So jedenfalls, wie Sie und die PDS-Boygroup die Aufgabe anfasen, wird Berlin gegen die Wand gefahren. Das ist eine ganz große Gefahr, und Sie wissen es längst selbst.

Wir Grünen wollen in dieser Aktuellen Stunde hören, wie der neue Kultursenator termingemäß, plangemäß der Opernstiftung auf die Beine hilft, nachdem der Regierende Bürgermeister gerade den engagierten Herrn Schindhelm vergault. Wir wollen vor allem auch hören, was der künftige Regierende Bürgermeister zu dem künftigen Kultursenator sagt und ob er ihn davonjagt, wenn er es

nicht fertigkriegt, die Opernstiftung so, wie geplant, finanziell und von der Zeitplanung her zum Stehen zu bringen. Das würden wir gerne sehen, daran werden wir den neuen Kultursenator messen.

Wir wollen als Zweites gern hier und heute diskutieren und wissen, warum dieses Koalitionspapier keine vernünftige Aussage zu den 58 Hauptschulen und deren Perspektive enthält.

[Beifall bei den Grünen und der FDP – Einzelner Beifall bei der CDU]

Das ist ein Skandal, ein Jahr lang über Rütli zu diskutieren, und dann kommt nichts, aber auch gar nichts zu diesem Thema. Schämen Sie sich, dass Sie es wagen, so einen Koalitionsvertragsentwurf überhaupt vorzulegen! – Das wollen wir heute von Ihnen hören, das ist dringlich im höchsten Maße.

Wir wollen als Nächstes von Ihnen hören, was Sie zur Verschlinkung der Verwaltung tun und ob Sie der Meinung sind, dass die nächsten fünf und zehn Jahre lang – wir bekommen das Finanzkonzept von Herrn Sarrazin schon vorgelegt – die Verwaltungskosten einfach weitergehen dürfen. Sie haben kein Konzept zur Verschlinkung der Verwaltung, sondern die Solidaritätsmittel, die Steuergelder, alles geht hinein in diesen Bereich, ohne dass Sie ein Konzept vorlegen, wie es weitergehen soll. Es wäre gut, wenn in Zukunft nicht so viel Schulden bezahlt werden müssten, wie Sie es jetzt planen.

Wir wollen als Nächstes hören, warum eigentlich die städtischen Unternehmen so weiterwursteln dürfen wie bisher und ob Sie sich nicht endlich die Mühe machen wollen, sich etwas auszudenken, dass die Unternehmen solide konsolidiert werden und endlich selbst einen Beitrag zum Schuldenabbau leisten.

[Beifall bei den Grünen]

Insofern fragen wir Sie hier und heute, warum Sie in den letzten Wochen wie ein Elefant im Porzellanladen Berlins Zukunftschancen systematisch zertrampeln. Das ist unverantwortlich, das muss endlich diskutiert und gestoppt werden. Von daher wollen wir nicht hören, wie wir es heute wieder im „Tagesspiegel“ lesen können, wie viele Wünsche der Regierende Bürgermeister an den Bund hat, sondern wir wollen endlich hören, was Sie für diese Stadt in den nächsten 5 Jahren selbst zu tun gedenken oder ob wir diesen Stillstand erwarten müssen, den uns der Koalitionsentwurf bis zur Stunde verspricht.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Eichstädt-Bohlig! – Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Lindner das Wort. – Bitte schön, Herr Dr. Lindner!

Dr. Martin Lindner (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Frau Radziwill! Es ist schon bemerkenswert, wenn Sie meinen, dass es nichts Aktuelleres gibt. Dann müssen Sie in den letzten Tagen und Wochen keinen Blick in die Zeitungen geworfen, dem Radio kein Gehör und dem Fernsehen keinen Blick geschenkt haben. Denn da ist ein einziges Thema aktuell, nämlich das, was diese sich wieder neu anbahnende Regierung den Berlinern in den nächsten 5 Jahren zumuten will und was sie vor allen Dingen zu unterlassen beabsichtigt. Da haben wir eine seltene Einmütigkeit in allen Medien in der Ablehnung dieses Gemarktes, das sich anbahnt. Für viele hier nur einmal die „taz“, das ist kein Blatt, das konservativer oder liberaler Umtriebe verdächtig ist. Und was in den Medien stattfindet, finde ich, soll erst recht in diesem Parlament stattfinden.

Natürlich müssen wir vor der Wahl des Regierenden Bürgermeisters darüber diskutieren, welche Art Ressortzuschnitt Sie gedenken, uns zuzumuten. Natürlich ist als Erstes über die Kultur zu reden. Jetzt sage ich Ihnen einmal ganz persönlich: Es ist mir lieber, ein Herr Schmitz, selbst wenn er nur Referatsleiter wäre, kümmert sich um die Kultur, als ein Senator Flierl. Aber es ist trotzdem bemerkenswert, dass ein Stadtstaat, der sich rühmt, für seine Kultur besonders einzutreten, gedenkt, für Kultur überhaupt keine Ressortverantwortung mehr zu haben, sondern sie nur noch bei der Staatskanzlei anzusiedeln. Das ist ein Thema, über das wir diskutieren müssen, auch wenn Herr Wowereit dann sagt, dass dadurch die Kultur noch schwergewichtiger wird. Das mag in der einen oder anderen Hinsicht stimmen, aber entscheidend ist, dass wir darüber diskutieren müssen, worum es bei diesem Ressortzuschnitt geht. Da geht es doch nicht darum, die Kultur noch schwergewichtiger zu machen. Da geht es wieder einmal darum, dass Sie Ihre Partei über den Staat stellen. Das erkennt sogar Ihre eigene Kulturpolitikerin, Frau Lange, wenn sie sich zitieren lässt:

Besser wäre ein eigenes Ressort, aber dadurch, dass die PDS das dritte Ressort bekam, musste etwas auf der Strecke bleiben, und das war nun mal die Kultur. Das ist nicht ganz in Ordnung; gut zumindest, dass die Kultur jetzt wieder in SPD-Hand ist.

Das ist Ihre Mentalität: Partei vor Staat. Darüber muss heute selbstverständlich geredet werden.

Es muss auch darüber geredet werden, was für ein merkwürdiges Ressortverteilen das im Übrigen ist. Die PDS verliert die Zuständigkeit für Kultur und Wissenschaft, also einen ganzen Senat, aber hat weiter drei Posten. Bei der SPD geht es darum, möglichst viel Macht aufzuhäufen. Macht ohne Vision mag verwerflich sein, aber Posten ohne Macht – das ist einfach nur lächerlich, was Sie da machen

[Beifall bei der FDP und den Grünen]

Sie können sie ja noch nicht einmal besetzen! Ich warte darauf, dass Sie uns Ihren letzten dritten stellvertretenden Ortsschatzmeister aus dem Wuhletal demnächst als Senator zumuten. Sie haben doch gar kein Personal für Ihre drei Posten!

[Iris Spranger (SPD): Das war eine andere Partei!]

Natürlich müssten wir uns heute auch über das Thema Wahlbetrug unterhalten. Einige ältere Kollegen, der Herr Alterspräsident und einige wenige, erinnern sich vielleicht an die alte Tradition der SPD, mal eine Partei der Arbeiter gewesen zu sein. Sie sind heute nicht mehr eine Partei der Arbeiter, das wird möglicherweise die Aktuelle Stunde ergeben, sondern Sie sind eine Partei des Wahlbetrugs. Das hat eine lange Tradition bei Ihnen. Münzfehring war ein Beispiel dafür, die Sache mit der Mehrwertsteuer.

Natürlich haben wir auch hier im Land Berlin Wahlbetrug.

[Christian Gaebler (SPD): Können Sie endlich zum Thema Ihrer Aktuellen Stunde kommen?]

Da ist der Regierende Bürgermeister herumgelaufen und behauptete, es gäbe keinen Kulturkampf gegen die Gymnasien – so der Kultursenator in spe. Jetzt erfahren wir, dass Sie trotzdem die Einheitsschule vorbereiten und durchdrücken wollen. Hierüber müssen wir heute sprechen, bevor Sie sich zur Wahl stellen, denn Sie wollen sich ja nicht nur zwei Fraktionen zur Wahl stellen, sondern dem gesamten Haus.

[Carl Wechselberg (Linksfraktion):
Bei Ihnen haben wir keine Hoffnung!]

Deshalb müssen wir vorher darüber diskutieren, was die sich anbahnende Koalition der Wahlbetrüger und Wahlverlierer gedenkt, mit diesem Land zu tun. Das ist die gebotene Aktuelle Stunde, nicht jedoch ihr Vorschlag, über Dinge zu reden, die der bundesweiten Konjunktur geschuldet sind, aber ganz bestimmt nicht Ihrem traurigen Herumgemarkse hier im Land Berlin. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Dr. Lindner! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über das Thema der heutigen Aktuellen Stunde abstimmen, und zwar zuerst über den Antrag von SPD und Linksfraktion. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Das sind die Regierungsfaktionen. Die Gegenprobe! – Das sind alle anderen Fraktionen. Erstes war die Mehrheit, dann ist das so beschlossen.

[Zurufe von den Grünen: Auszählen!]

Auf Ihren Tischen finden Sie –

[Dr. Martin Lindner (FDP):
Das war nicht die Mehrheit! –
Zurufe von den Grünen]

Präsident Walter Momper

– Das Präsidium ist sich einig darüber, dass das die Mehrheit war. Dann bleibt es auch so.

[Beifall bei der SPD]

Auf Ihren Tischen finden Sie in Kopie die Sitzungstermine für das Abgeordnetenhaus für das Jahr 2007. Der Ältestenrat hat dies in seiner Sitzung am Dienstag einvernehmlich so beschlossen. In Kürze werden Sie dann wieder die üblichen kleinen Terminübersichten für die Brieftasche erhalten.

Ich weise auf die Ihnen vorliegende Konsensliste und das Verzeichnis der Dringlichkeiten hin.

Frau Bürgermeisterin Karin Schubert ist ab 17.30 Uhr für die Nichtteilnahme entschuldigt. Sie vertritt den Berliner Senat bei der Gedenkfeier anlässlich des Jahrestages der Novemberpogrome.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 1:

Fragestunde – Mündliche Anfragen

Das Wort zur ersten Mündlichen Anfrage hat Frau Abgeordnete Spranger von der Fraktion der SPD zu dem Thema

Berlin, die Hauptstadt des Bundes und der Länder

– Bitte schön, Frau Spranger, Sie haben das Wort!

Iris Spranger (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die kürzlichen Behauptungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU), bei den Berlinerinnen und Berlinern gäbe es eine „ausgemachte Subventionsmentalität“, und die Leistungsträger würden in unserer Stadt an den Rand gedrängt?

[Dr. Martin Lindner (FDP): Da hat er recht!]

2. Wie will der Senat zu einer Versachlichung der Debatte um die Frage: „Was ist die Hauptstadt dem Bund und den Ländern wert?“ beitragen?

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Für den Senat antwortet der Herr Regierende Bürgermeister und hat das Wort – bitte!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete! Im Nachgang zum Urteil in Karlsruhe hat es viele Kommentare von Bundespolitikerinnen und Bundespolitikern zu der Frage gegeben, ob man Berlin helfen müsse, sollte oder dürfe. Es ist klar, dass diejenigen, die hätten zahlen müssen, nicht begeistert gewesen sind. Deshalb hat es auch kaum jemanden verwundert, dass die Minis-

terpräsidenten der anderen Länder eher skeptisch bis schroff ablehnend gewesen sind.

Ich finde es gut, dass Herr Dr. Hassemer mit der „Stiftung Zukunft Berlin“ regelmäßig Ministerpräsidenten der Länder einlädt, um über das Thema Hauptstadt zu diskutieren. Dabei geht es um die Fragen, was die Hauptstadt für die Bundesrepublik Deutschland, was sie für ein föderales System bedeutet. In dieser Diskussionsreihe war Herr Wulff der dritte Ministerpräsident, der kurz nach dem Karlsruher Urteil die Gelegenheit hatte, vor einem eingeladenen Publikum zu sprechen. Mir liegt die schriftliche Rede vor, einen Teil der Rede habe ich im Fernsehen verfolgt. Ich begrüße diese Initiative, würde es allerdings bevorzugen, wenn bei diesen Veranstaltungen wirklich diskutiert werden könnte. Ich habe mir sagen lassen, dass viele darauf gebrannt haben, mit Herrn Wulff in einen Dialog über seine Thesen einzutreten. Vielleicht hätte es ihm geholfen, etwas mehr von Berlin zu verstehen.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Es mag sein, dass diese Stadt geprägt war von einer Mentalität der Subventionen. Wenn wir uns aber erinnern, was hier in den letzten Jahren – nicht nur unter meiner Regierung, sondern auch davor – an Einsparungen, radikalen Kürzungen und Umstrukturierungen vorgenommen worden ist, weise ich diesen Vorwurf deutlich zurück. Berlin hat keinen Mentalitätswechsel in dieser Frage mehr nötig. Den haben wir längst vollzogen. Das müsste man auch Herrn Wulff in einer Diskussion näherbringen können.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Erst recht gilt nicht, dass Leistungsträger in dieser Stadt an den Rand gedrängt werden.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Es gibt ja kaum noch welche!]

Ich weiß gar nicht, wen er damit gemeint hat.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Ihren Senat kann er jedenfalls nicht gemeint haben!]

– Herr Lindner! Ich kann nichts dafür, dass die Wählerinnen und Wähler Ihnen weniger Prozente gegeben haben, und Sie sich immer noch als Leistungsträger empfinden. –

[Gelächter und Beifall bei der SPD
Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Sie sind nicht an den Rand gedrängt worden.

[Mario Czaja (CDU): Er meint eigentlich die PDS!]

Nachdem Herr Wulff gesagt hat, dass Niedersachsen immer das Beste schickt, was es gerade zur Verfügung hat, und Herr Pflüger nicht gewählt worden ist, kann ich auch nicht annehmen, dass er ihn als Leistungsträger meint, der bei demokratischen Wahlen an den Rand gedrängt worden ist. Es tut mir eigentlich nicht leid für ihn. Das war eine Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. Auch ein niedersächsischer Ministerpräsident muss akzeptieren, dass die Wählerinnen und Wähler die Entscheidungen treffen. Ansonsten sind in Berlin selbstverständlich alle Leistungsträgerinnen und -träger willkommen, die, die

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

schon hier sind, aber erst recht diejenigen, die noch kommen wollen. Viele kommen nach Berlin, auch in diesem Punkt irrt Herr Wulff.

Herr Wulff hat in seiner Rede viele Thesen aufgestellt, die sachlich nicht zutreffend sind, wie beispielsweise die Abschaffung des Pflichtfaches Religion. Da hat er sich falsch beraten lassen. Niedersachsen ist bekannt für Rösser, Herr Wulff trägt auch immer das Niedersachsenross. Er hat von seiner hohen Position aus Ratschläge gegeben. In seiner Rede hieß es dann, Herr Wulff sei zufrieden und glücklich, dass das Land Niedersachsen es schaffen werde, im Jahr 2007 einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. – Na toll! Das schaffen selbst die Berliner mit dem Haushalt 2007.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Das werden wir noch einmal prüfen lassen!]

Das belegt die Qualität dieser Diskussion. Er will erreichen, Herr Lindner, 2013 ohne weitere Kredite auszuweisen. Er rühmt sich, dass er 6 000 Stellen im Landesdienst abgebaut hat. Wie viele Zehntausend Stellen haben wir im Landesdienst abgebaut? Es ist wirklich dringend notwendig, mit Herrn Wulff darüber zu diskutieren. Diese Gelegenheit war bislang nicht gegeben, sie wird aber sicher noch kommen.

Ansonsten hat er auch sehr viele Bekenntnisse zur Hauptstadt Berlin in dieser Rede abgegeben. Er hat deutlich gemacht, dass es eine gemeinsame Aufgabe des Bundes und der Länder ist, Berlin zu unterstützen. Darüber freue ich mich. Deshalb ist es nicht angesagt, die Rede von Herrn Wulff in Grund und Boden zu verdammen, sondern sie differenziert zu betrachten. Ich glaube, dass auch weit über die Parteigrenzen hinaus nicht alle Thesen von Herrn Wulff geteilt werden, auch nicht vom Fraktionsvorsitzenden der CDU. An einigen Stellen hat er recht, an anderen Stellen werden wir mit ihm in einen kritischen Dialog eintreten. So verstehe ich auch diese Veranstaltungsreihe. Als Anregung an die Veranstalter wiederhole ich die Idee, demnächst eine Diskussion zuzulassen – zum gegenseitigen besseren Verständnis.

[Dr. Friedbert Pflüger (CDU): Sie haben die Kurve gerade noch gekriegt!]

– Sehen Sie Herr Pflüger, da sind wir uns wieder einig.

Ansonsten bleibt es eine dauerhafte Aufgabe für Berlin, für die Institutionen, die Organisationen, für die Regierung, aber auch das Parlament, bundesweit dafür Werbung zu machen, dass Berlin eine fantastische Hauptstadt ist und eine Hauptstadt für die ganze Republik und dass Probleme gelöst werden müssen. Das, was wir tun können, tun wir allein; dort, wo wir die Solidarität des Bundes brauchen, werden wir uns erlauben, sie einzufordern.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Eine Nachfrage von Frau Kollegin Spranger? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Kollege Wechselberg sich gemeldet. Ist das richtig? – Sie haben das Wort – bitte schön!

Carl Wechselberg (Linksfraktion):

Herr Regierender Bürgermeister! Wie bewerten Sie die Tatsache, dass neben Niedersachsen auch acht andere Bundesländer – darunter Baden-Württemberg – in diesem Jahr nicht in der Lage sein werden, verfassungskonforme Haushalte vorzulegen, und welche Herausforderung bedeutet das aus Ihrer Sicht für die Neugestaltung der föderalen Finanzbeziehungen?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister – bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Wechselberg! Ich glaube, dass die Föderalismusreform II ein dringendes Thema sein wird, weil die Finanzbeziehungen des Bundes, der Länder und der Kommunen geregelt werden müssen. Alle Länder haben Probleme, die einen mehr, die anderen weniger. Herr Lindner, Sie schelten uns dafür, wenn die Arbeitslosenzahlen schlechter werden. Wenn sie besser werden, ist der Bund schuld. Wenn sie schlechter werden, sind das Land und die Regierung schuld. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie sagen, es ist neutral; dann müssen Sie Ihre Kritik aber auch zurückhalten, wenn sie schlechter werden, und wenn sie besser werden, müssen Sie eingestehen, dass es nicht nur der Bund ist, der dafür gesorgt hat. – Diese ganzen Situationen werden insgesamt neu zu ordnen sein. Selbstverständlich ist das ambitionierte Ziel, bei der Föderalismusreform II zu Lösungen zu kommen, noch höher gesteckt als bei der Föderalismusreform I. Jeder wird nachher gucken, was für ihn unter dem Strich übrig bleibt. Der Bund denkt, die Länder haben zu viel Geld. Die Länder denken, der Bund hat zu viel Geld. Die Kommunen denken, die Länder und der Bund haben zu viel Geld. Das ist immer eine schlechte Voraussetzung für eine realistische Einschätzung. Wir müssen jenseits von dem Ort, an dem wir Politik machen, nüchtern analysieren, welche Aufgaben die jeweilige Ebene hat und welche Finanzausstattung dazu notwendig ist. In einer Situation, in der der Kuchen nicht größer wird, kann es sein, dass die Tortenstücke jetzt einmal zu klein und einmal zu groß sind. Dann müssten sie neu verteilt werden. Dieses Ziel muss gesetzt werden. Das ist eine herausragende Aufgabe für uns.

Wir haben gerade jüngst wieder bei der Frage, wie viel der Bund für die Unterkunft bei Hartz-IV-Empfängern zahlt, eine merkwürdige Situation gehabt, dass bei der vom Bundesrat vereinbarten, mit der Bundesregierung und dann gesetzestextlich auch umgesetzten Formulierung, dass prozentual die Kommunen die Erstattung bekommen, zuletzt 29,1 %, demnächst mehr, eine merkwürdige Debatte aufkam. Da verlangten tatsächlich Länder

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

wie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg von dem armen Land Berlin, dass wir einen Ausgleich für Baden-Württemberg, Bayern und – zum Schluss, weil sich die Quote verändert hat – Nordrhein-Westfalen leisten. Da wird Berlin in die Solidargemeinschaft wie selbstverständlich einbezogen, weil zufällig durch die Regelung diese drei Länder, die nicht zu den ärmsten in der Republik gehören, aus ihrer Sicht nicht auf ihre Kosten gekommen sind. Da muss Berlin zahlen. Das ist ein bisschen merkwürdig, gerade nach der Debatte. Ich habe nach wie vor Verständnis dafür, dass die unter dem Strich bei solchen Regelungen nicht oberhalb der Nullgrenze dort ankommen. Aber da wird selbstverständlich die Verpflichtung der anderen Länder – auch des Landes Berlin – in Anspruch genommen, in einer Solidargemeinschaft der Länder und des Bundes. Deshalb gibt es einen Vorabzug. Wir kriegen nicht die Prozente, die der Bund den Ländern zuweist, sondern 0,7 % werden vorher umverteilt. Ich hätte das stoppen können. Ich hätte – weil das einstimmig sein muss – sagen können: Das machen wir nicht. – Ich sage auch nach Karlsruhe: Wenn wir es einsehen, sind wir auch mit anderen Ländern solidarisch, auch wenn wir dann weniger mehr bekommen, weil das vernünftig ist. Diese Art von Vernunft fordere ich auch ein, wenn es um Belange Berlins geht.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Jetzt hat der Kollege Meyer eine Nachfrage und das Wort.

Christoph Meyer (FDP):

Danke, Herr Präsident! – Herr Regierender Bürgermeister! Unabhängig von dem kleinen Ausflug in die Föderalismusdebatte eben frage ich: Wann plant denn das Land Berlin, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister, bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Meyer! Ein Haushalt ist immer ausgeglichen.

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion –
Zuruf von Christoph Meyer (FDP)]

Denn sonst wird er vom Abgeordnetenhaus nicht verabschiedet. Der Ausgleich erfolgt entweder durch Vermögensaktivierung, wenn der Finanzierungssaldo da ist – das meinen Sie höchstwahrscheinlich –, oder durch eine Netto-Kreditaufnahme. Und dann ist der Haushalt ausgeglichen. Mit dieser Ausgeglichenheit kommen Sie nicht weiter.

Sie wollen aber höchstwahrscheinlich von mir die Antwort haben, wann wir keine neuen Schulden aufnehmen müssen, nachdem Sie die Debatte über die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts irgendwo beendet haben, nehme ich einmal an.

[Zuruf von der FDP]

– Nein? Der kommt, verfassungsgemäß wird er sein. Also, das war zuerst die Debatte. Das ist jetzt weg. – Wir werden, so wie die Finanzplanung aussieht, die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts schon im Jahr 2007 sicherstellen können. Trotzdem werden wir noch neue Kredite aufnehmen müssen. Selbstverständlich muss es das Ziel sein, so wenig Kredite wie möglich aufzunehmen, am besten gar keine. Ich sage Ihnen ganz deutlich, weil das höchstwahrscheinlich der Hintergrund Ihrer Frage sein wird: Dies wird durch noch so viele Wohnungsverkäufe nicht zu erreichen sein, und dies wird durch noch so viele Sparmaßnahmen nicht zu erreichen sein, sondern durch mehr Einnahmen aufgrund einer verbesserten wirtschaftlichen Situation und durch weniger Sozialausgaben als Ausfluss der wirtschaftlichen Stärke.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Deshalb hoffe ich – dieser Trend zeichnet sich ab –, dass die Wirtschaftskraft dieser Stadt demnächst noch besser sein wird, um noch mehr Steuereinnahmen zu haben, um noch weniger Kredite aufnehmen zu müssen. Wenn das so erfolgreich sein wird, dass das zu einer Null bei der Kreditaufnahme führt, dann können wir glücklich miteinander sein, denn dann haben wir das Ziel erreicht, das uns höchstwahrscheinlich alle eint, nämlich dass wir sogar in der Lage wären, Schulden zurückzuzahlen oder in sinnvolle Zukunftsbereiche mehr zu investieren, als wir das heute können.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Wir kommen nun zur Mündlichen Anfrage des Kollegen Sascha Steuer von der Fraktion der CDU über

Massiver Stellenabbau bei den Kita-Staatsbetrieben

– Bitte schön, Herr Steuer, Sie haben das Wort!

Sascha Steuer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie viele Erzieherinnen und Erzieher wurden mit bzw. seit der Gründung der Kita-Eigenbetriebe in den zentralen Stellenpool abgezogen, und um wie viele Stellen hat sich damit der Bestand des Personals bei den Eigenbetrieben verringert?

2. Wie viele Erzieherinnen und Erzieher sollen bis zum 1. Januar 2007 noch in den Stellenpool wechseln,

Sascha Steuer

und wie soll so die bisherige Betreuungsqualität erhalten bleiben?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Steuer! – Für den Senat antwortet der Bildungssenator. – Bitte schön, Herr Böger, Sie haben das Wort!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steuer! Zunächst halte ich fest, dass es in den Kita-Eigenbetrieben keinen Personalabbau gibt, sondern dass wir in Berlin die glückliche Situation haben, dass wir für jedes Kind, dessen Eltern einen Bedarf anmelden, auch einen qualitativ guten, pädagogisch betreuten Platz bekommen. Davon träumen viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, ich vermute, auch in Hannover. Das ist der erste Punkt, den man sehen muss.

[Beifall bei der SPD]

Der zweite Punkt ist: Ich bin froh, dass wir zwischenzeitlich – Herr Steuer, Sie wissen das auch – eine Situation haben, in der es einerseits Eigenbetriebe und andererseits freie Träger gibt. Beide werden nur nach den belegten Plätzen bezahlt. Wie sich die Eltern entscheiden, so werden auch die finanziellen Mittel zugewiesen. Das ist ein erhebliches Potenzial. Das sind über 700 Millionen € im Jahr, die das Land ausgibt, um diese Plätze zu finanzieren. Das Personal folgt den finanzierten Plätzen. Das ist eine sehr gelungene Lösung, weil sie einen vernünftigen Wettbewerb um die Qualität für die Kinder in Gang setzt. Wir haben die kommunalen Kitas – Eigenbetriebe – und die freien Träger. Wenn festgestellt wird, dass sich die Zahl der Kinder und der nachgefragte Bedarf bei den Eigenbetrieben reduzieren, dann muss das Personal auch entsprechend reduziert werden. In einem Punkt gebe ich der Intention Ihrer Frage recht: Man kann und darf nicht – gleichgültig, ob bei einem freien Träger oder Eigenbetrieb – abrupt das pädagogische Personal abziehen, wenn weniger Kinder da sind, weil wir eine Betreuungs- und Bildungskontinuität brauchen. Aber zu drei Stichtagen – so ist das vereinbart worden – wird das Personal nachgesteuert. Dies ist absolut notwendig.

Noch ein Hinweis – ich weiß, dass Sie das vor dem Hintergrund eines Eigenbetriebs in Neukölln fragen –: Mein Ratschlag und meine Bitte – ich habe dort keine Weisungsfunktion – an die Eigenbetriebe ist, bitte zu beachten, dass dieses Parlament und diese Koalition mit dem 1. Januar 2007 das letzte Kitajahr komplett kostenfrei gestellt haben, selbstverständlich mit der Intention, dass noch die 4 oder 5 %, die diesen Platz nicht genutzt haben, diesen Platz dann nutzen werden. Deswegen wäre es völlig falsch, dort das Personal zu reduzieren.

Ich will nun Ihre Frage beantworten, wie viele sich in dem Überhang befinden: Manche stellen sich den Überhang so vor, dass die Erzieherinnen irgendwo sitzen und

auf ihren Einsatz warten. Das ist selbstverständlich falsch. Überhang heißt, dass dieses Personal im Zentralen Stellenpool erfasst ist, jedoch weiterhin in den Einrichtungen tätig ist. Um nun Ihre Frage exakt zu beantworten: Seit Mai haben wir einen leichten Rückgang von 1 286 auf 1 283 Personen zu verzeichnen. Von diesen Kräften geht niemand spazieren oder langweilt sich, bis die Kinder kommen. Vielmehr befinden sich 955 der Überhangkräfte in Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen. Der Rest ist im Übergangseinsatz, das heißt, er bleibt in den Einrichtungen. Zum Teil sind diese Kräfte – worüber ich sehr froh bin – auch in die Schulen gekommen. Dies ist also das Management, das dort abläuft.

Von Stellenabbau kann also keine Rede sein. Im Gegenteil: Berlin hält an der Spitze der deutschen Bundesländer bedarfsorientiert und bedarfsgerecht eine qualitativ hochwertige, pädagogische Betreuung von Kindern vor. Das ist eine große Leistung.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Jetzt gibt es eine Nachfrage des Kollegen Steuer, der auch das Wort hat. – Bitte schön, Herr Steuer!

Sascha Steuer (CDU):

Danke sehr, Herr Präsident! – Herr Senator! Ist es nicht das klare Ergebnis Ihrer Gründung der Kita-Eigenbetriebe – entgegen Ihren eigenen Gutachten –, dass Sie – wie Sie soeben ausführten – erstens keine politische Kontrollmöglichkeit über die Eigenbetriebe mehr haben und diese – zweitens – so defizitär arbeiten, dass ihnen gar nichts anderes übrigbleibt als, wie dies beispielsweise im Kita-Eigenbetrieb Südost geschehen, 150 Erzieher in den Überhang zu schicken, damit sie ihren Wirtschaftsplan ausgleichen können?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Böger, bitte!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Steuer! Entgegen dem, was mir sehr häufig unterstellt wird, bin ich ein Anhänger von Dezentralisierung und Eigenverantwortung. Ich hoffe sehr, dass Sie und Ihre Partei, die das sonst auch immer fordern, dem auch folgen. Das heißt, wenn man freie Träger und Eigenbetriebe hat, dann müssen sie selbstständig operieren, sie müssen ihre Wirtschaftspläne erfüllen, und sie müssen effektiv arbeiten. Das finde ich vollkommen richtig. Ich finde es auch absolut vernünftig, dass eine Senatsverwaltung dort nicht ministeriell eingreift.

Nochmals in aller Ernsthaftigkeit: Der Eigenbetrieb Südost mag vielfältige wirtschaftliche Justierungsprobleme

Senator Klaus Böger

haben, aber wenn sich dort die Eltern entscheiden, ihre Kinder zur pädagogischen Betreuung in diesen Eigenbetrieb zu geben, dann wird das Personal entsprechend steigen. Wenn sich die Eltern entscheiden, das nicht zu tun, wird das Personal sinken. Das ist der normale Vorgang. Man muss darauf achten, dass man pädagogisches Personal nicht vielfältig wechseln kann, da die Kinder in ihren Gruppen die Betreuungspersonen brauchen. Die eigentliche Kunst liegt in der vernünftigen Steuerung.

Da wir lange über Eigenbetriebe gestritten haben, sage ich Ihnen noch etwas: Ich war und bin dafür, dass auch die Kommunen – in Berlin die Bezirke – die Fähigkeit haben, über einen Eigenbetrieb eine kommunale Kita zu führen. Das brauchen wir schon deshalb, um vernünftige Maßstäbe zu haben, die freien Träger entsprechend kostenglatt zu finanzieren. Ob sich diese Eigenbetriebe in dieser Formation am Markt bewähren können, das wird die Zukunft zeigen.

[Mieke Senftleben (FDP): Das hat sich schon gezeigt!]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Jetzt ist die Kollegin Jantzen mit einer Nachfrage an der Reihe und hat das Wort. – Bitte schön!

Elfi Jantzen (Grüne):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Herr Böger! Können Sie sicherstellen, dass bei der Erfüllung der Wirtschaftlichkeit – wir sehen es auch so, dass die Eigenbetriebe wirtschaftlich arbeiten müssen – die Personalverordnung eingehalten wird? Wird das über die Kita-Aufsicht in Ihrem Haus geprüft? Damit hängt nämlich die Qualität zusammen.

Wenn Sie sagen, die Eingebetriebe sollen Personal behalten, obwohl sie nicht belegte Plätze nicht finanziert bekommen: Woraus sollen diese dann finanziert werden?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Böger, bitte!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Herr Präsident! Frau Kollegin Jantzen! Die Grundlage für die Entscheidung der Eigenbetriebe ist die Personalverordnung. Ich bin sicher, dass die Eigenbetriebe nebst ihren Verwaltungsbeiräten – Bezirke und Personalräte – dies auch kontrollieren und steuern werden. Sie werden sich an diese Personalverordnung halten.

Es gibt schon Vereinbarungen. Bei uns ist häufig angemerkt worden, dass wir den Eigenbetrieben auch die Chance geben müssen, auf dieses Ziel hinzusteuern. Wenn ich sage, ab 1. Januar 2007 ist das letzte Kitajahr – gleichgültig wie lang der Betreuungsumfang ist; zurzeit sind ohnehin bereits fünf Stunden im letzten Betreuungs-

jahr kostenfrei – kostenfrei, dann darf man damit rechnen, dass noch die restlichen Prozent Kinder in die Kita gehen. Dies ist auch der Wunsch der Politik.

Ich würde als Verantwortlicher beispielsweise in einem Eigenbetrieb diesen voraussichtlichen Anstieg der Zahlen wegen der Kostenfreiheit bei Personalverlagerungen im Auge haben und entsprechend reagieren. Ich denke, dies ist auch zu steuern. Insofern bin ich sehr zuversichtlich, dass sich dort wirtschaftliche Gegebenheiten mit bildungspolitischer Vernunft vereinbaren lassen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Böger!

Dann ist mit der nächsten Frage die Kollegin Matuschek von der Linkspartei an der Reihe, und zwar zum Thema

Baustopp am Flughafen Schönefeld

– Bitte schön, Frau Matuschek! Sie haben das Wort!

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Aufgrund welcher Vergabewidrigkeiten wurde der Baustopp zum Ausbau der jetzigen Südbahn verhängt?

2. Welche Konsequenzen hat der Baustopp auf den konkreten Bauablaufplan des BBI?

Präsident Walter Momper:

Für den Senat antwortet der Regierende Bürgermeister. – Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Frau Abgeordnete Matuschek! Zu 1: Nach Auffassung der zuständigen Vergabekammer im Brandenburger Wirtschaftsministerium in Potsdam sind Bieter, die zwar juristisch selbständige Unternehmer sind, aber in einem Konzern verbunden mit anderen Bietern oder Unternehmen stehen, die bereits Aufträge beim Flughafenprojekt BBI erhalten haben, von einem Vergabeverfahren auszuschließen.

Die FBS GmbH, anhand deren Mitteilung ich die Anfrage beantworte, hält diese Forderung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH sowie der Oberlandesgerichte vergaberechtlich nicht für berechtigt. Die FBS GmbH geht davon aus, dass die Entscheidung der Vergabekammer Potsdam durch das Oberlandesgericht Brandenburg aufgehoben wird. Insoweit besteht nach Auffassung der FBS GmbH keine vergaberechtswidrige Entscheidung bezüglich der Vergabe der Bauleistungen zum Ausbau der Südbahn.

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

Zur Frage 2 – welche Konsequenzen hat der Baustopp?: Der Baustopp hat nach Aussage der FBS keine unmittelbaren Auswirkungen auf den geplanten Fertigstellungstermin im Jahr 2011. Etwaige hierdurch entstehende Verzögerungen können durch einen optimierten Bauablauf abgefangen werden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Es gibt eine Nachfrage von Kollegin Matuschek, die auch das Wort hat.

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Vielen Dank! – Herr Regierender Bürgermeister! Können Sie uns auch berichten, wie viele ähnlich gelagerte Vergabebeschwerden es bei der Vergabekammer in Potsdam gibt? Wie viele Einsprüche wurden anerkannt und mündeten in Gerichtsverfahren?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister, bitte!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Diese Art von Begründung ist mir das erste Mal bekannt geworden. Das bedeutet aber nicht, dass es dies zuvor noch nie gegeben hat. Hier handelt es sich um eine grundsätzliche Frage, weil es Auswirkungen auf alle Vergabeverfahren hat, falls dies bestätigt werden sollte. Ich halte es für richtig, diese Entscheidung nicht zu akzeptieren und gerichtlich überprüfen zu lassen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Nun ist Frau Hämmerling an der Reihe. – Sie haben das Wort, Frau Hämmerling!

Claudia Hämmerling (Grüne):

Schönen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat: Ist Ihnen bekannt, dass es eine Ermittlung der EU wegen eines weiteren Wettbewerbsverfahrens gibt?

Sind Sie zur Stellungnahme aufgefordert worden? Wie ist Ihre Antwort darauf? – Ich bin im Moment ein wenig konfus, weil ich gleich nach oben in das Präsidium muss und auch schon unsicher war, ob ich noch auf den Knopf drücken soll oder nicht. Das zur Erläuterung.

Präsident Walter Momper:

Lassen Sie sich Zeit, Frau Hämmerling! Der Kollege hier oben macht das gern noch weiter.

Aber jetzt hat der Regierende Bürgermeister das Wort zur Beantwortung. – Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Frau Abgeordnete Hämmerling! Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Sie müssten mir das noch etwas konkreter sagen, und dann kann ich bei der Flughafengesellschaft nachfragen. Sie könnten dann auch direkt eine Antwort bekommen.

Präsident Walter Momper:

Nun hat Frau Villbrandt das Wort zu ihrer Mündlichen Anfrage über

Nur Alibilösung für langjährig geduldete Flüchtlinge?**Jasenka Villbrandt (Grüne):**

Ich frage den Senat:

1. Unter welchen – erfüllbaren – Bedingungen sollen langjährig Geduldete nach Auffassung des Senats ein festes Aufenthaltsrecht erhalten?

2. Teilt der Senat unsere Auffassung, dass bisher Geduldete umgehend einen Aufenthaltstitel benötigen, der ihnen einen uneingeschränkten, bundesweiten Arbeitsmarktzugang gewährt, und wie wird er sich bei der Innenministerkonferenz dafür einsetzen?

Präsident Walter Momper:

Ich vermute, der Innensenator beantwortet diese Frage. – Jawohl, Herr Dr. Körting hat das Wort. – Bitte schön!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Villbrandt! Wir haben auf der Innenministerkonferenz einen Vorschlag vorgebracht, der aber noch nicht abschließend zwischen den Innenministern abgestimmt ist. Dieser Vorschlag sieht vor, dass Menschen mit Kindern, die mindestens in der Schule oder im Kindergarten sind – bei denen wir davon ausgehen, dass wir wegen der Kinder, die hier bei uns integriert sind, ein Bleiberecht gewähren wollen –, ein Bleiberecht erhalten sollen, wenn sie sich seit mindestens sechs Jahren im Bundesgebiet aufhalten. Damit die Voraussetzungen erfüllt sind, müssen auch eine Reihe von Zusatzfragen entsprechend geklärt werden. Sie dürfen sich nicht strafbar gemacht haben – außer in irgendwelchen Minimalfällen mit bis zu 50 Tagessätzen –, und sie müssen über einen angemessenen Wohnraum verfügen bzw. wohnungsmäßig versorgt sein. Sie sollen zudem bestimmte Sprachkenntnisse haben. Wir erwarten von denen, die hier bleiben, dass sie sich integrieren können und sich zumindest in Deutsch mündlich verständigen können. Wir erwarten auch, dass sie sich ihren Lebensunterhalt selber verdienen bzw. selber verdienen können.

Senator Dr. Ehrhart Körting

Unter diesen Voraussetzungen würde das Land Berlin einer Regelung auf der Innenministerkonferenz zustimmen. Ansonsten ist die Grundfrage nicht, ob ich allen Geduldeten eine Arbeitserlaubnis gebe, sondern ich möchte, dass diejenigen eine Arbeitserlaubnis haben, bei denen wir davon ausgehen, dass sie hier bleiben. Das heißt, diejenigen, die eine Bleiberecht erhalten sollen, sollen dann auch die Möglichkeit haben, zu arbeiten.

Die technische Frage, wie das geregelt wird, ist wird zurzeit noch zwischen dem Bundesarbeitsministerium und dem Bundesinnenministerium diskutiert. Sicherlich muss über kurz oder lang für diese Personen dann auch ein gesicherter Aufenthaltsstatus da sein, sodass sie auch in der Lage sind, sich Arbeit da zu suchen, wo Arbeit ist.

Präsident Walter Momper:

Frau Villbrandt hat das Wort zu einer Nachfrage. – Bitte!

Jasenka Villbrandt (Grüne):

Herr Senator! Was tun Sie konkret, um zu verhindern, dass eine wirksame Bleiberechtsregelung an der Blockade des SPD-Bundesarbeitsministers Müntefering scheitert, der offenbar keinen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang will – auch nicht für die, die bleiben sollen?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Frau Kollegin Villbrandt! Sie irren. Die Frage liegt nicht beim Bundesarbeitsminister, sondern die ist zurzeit in einer anderen Konstellation zu klären. Einige CDU-regierte Länder wollen einer Bleiberechtsregelung nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zustimmen – insbesondere einer Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Ich habe hierzu für diesen Senat erklärt, dass wir das so nicht mitmachen.

Die Frage der Arbeitserlaubnis muss selbstverständlich auch europarechtskonform geregelt werden. Darauf legt Herr Müntefering als Arbeitsminister der Bundesrepublik Deutschland zu Recht Wert. Es wird im Ergebnis darauf hinauslaufen, dass die Leute, um die es geht, die Möglichkeit bekommen, sich zu bewerben und Arbeit aufzunehmen, ohne dass eine Vorrangprüfung von der Arbeitsagentur stattfindet. Unmittelbar dann, wenn sie Arbeit aufgenommen haben, werden sie auch einen Aufenthaltstitel bekommen. Das ist der derzeitige Stand.

Präsident Walter Momper:

Nun hat Herr Ratzmann das Wort zu einer Nachfrage. Frau Villbrandt hat sich zwar auch gemeldet, aber jetzt wäre Herr Ratzmann an der Reihe – es sei denn, Sie treten ihr Fragerecht zugunsten von Frau Villbrandt ab.

[Jasenka Villbrandt (Grüne): Nein, nein!]

– Gut! Dann hat Herr Ratzmann das Wort. – Bitte!

Volker Ratzmann (Grüne):

Herr Dr. Körting! Ich entnehme Ihren Worten, dass Sie entgegen Ihrer Aussage, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben zu sein scheint, jetzt doch darauf bestehen, dass die Leute erst dann einen Titel bekommen, wenn sie sich tatsächlich um Arbeit bemüht und dabei auch eine Zusage bekommen haben. Habe ich das richtig verstanden?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting – bitte!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Herr Kollege Ratzmann! Sie haben das nicht richtig verstanden. Ich halte es für sinnvoll, dass die betreffenden Menschen einen Aufenthaltstitel bekommen und dann nach § 9 der Beschäftigungsverordnung arbeiten können. Das ist die Haltung des Senats, und diese Haltung vertrete ich auch auf der Innenministerkonferenz. Ich habe mich in meinen Ausführungen bemüht, Ihnen deutlich zu machen, wo zurzeit die Bruchlinien mit den anderen Bundesländern und auch mit dem Bund laufen. Das heißt: Wir müssen dort einstimmig beschließen, und in dem Moment, wo sich meine Position nicht durchsetzt, werde ich an dieser Frage nicht die Bleiberechtsregelung insgesamt scheitern lassen. Dazu ist mir das für die Menschen, um die es dabei geht – insbesondere für die Kinder, um die es mir geht –, zu wichtig.

Die Grundposition ist so, wie sie in der noch nicht von den Landesparteitagen beschlossenen Koalitionsvereinbarung niedergelegt ist.

[Zuruf von Volker Ratzmann (Grüne)]

Präsident Walter Momper:

Nun hat Kollege Meyer von der Fraktion der FDP das Wort zu seiner Mündlichen Anfrage über

Was ist der Leitfaden der rot-roten Konsolidierungspolitik?**Christoph Meyer (FDP):**

Ich frage den Senat:

1. Mit welchen Maßnahmen gedenkt der Senat in der 16. Wahlperiode dafür zu sorgen, dass der Primärüberschuss ansteigt, die Netto-Neuverschuldung massiv gesenkt wird und mit dem Abbau des Schuldenberges begonnen werden kann?

2. Ist der Senat überzeugt, dass die in den Koalitionsverhandlungen von SPD und Linkspartei.PDS be-

Christoph Meyer

schlossenen Maßnahmen geeignet sind und ausreichen, die unter Frage 1 formulierten Ziele zu erreichen?

Präsident Walter Momper:

Das Wort zur Beantwortung hat Herr Finanzsenator Dr. Sarrazin. – Bitte schön!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Meyer! Es ist eigentlich ganz einfach: Unsere Ausgaben werden fallen, und unsere Einnahmen werden steigen. Das zusammen macht den Effekt auf den Haushalt aus.

Ich kann das gern noch etwas näher darlegen: Wir planen, dass die Ausgaben weiter fallen, und zwar um eine halbe Milliarde € bis zum Jahr 2010, und dass wir damit die nach unten gehende Ausgabenlinie der vergangenen fünf Jahre fortsetzen.

[Oliver Schruoffeneger (Grüne):
Durch welche Maßnahmen?]

Dazu zählen u. a. der weitere Abbau von Mitteln im Wohnungsbau und der weitere Personalabbau. Wir planen den Abbau von 18 000 Vollzeitstellen bis zum Jahr 2011 mit Auswirkungen von 700 Millionen €. Dazu zählt all das, was wir bereits in den vergangenen Jahren zu der Frage, wo wir Ausgaben nach unten führen, entschieden haben. Das gilt alles weiter. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren gezeigt, dass wir unsere Planungen auch einhalten – mehr als die meisten anderen Länder. Dies zur Ausgabenseite!

Hinsichtlich der Einnahmenseite haben wir eine unerwartet positive Entwicklung zu verzeichnen. Wir haben aber auch noch weitere eigene Einnahmeentscheidungen getroffen. Wir werden schon in diesem Jahr 900 Millionen € mehr einnehmen, als nach dem Haushaltssoll geplant war. Die Zahlen sind abgesichert, da es bis zum Jahresende 2006 nur noch wenige Wochen sind. Im nächsten Jahr werden die Mehrreinnahmen 1,1 Milliarden € oder noch mehr betragen. Das wird sich in den Folgejahren selbst dann fortsetzen – weil wir dann eine veränderte Basis haben –, wenn wir davon ausgehen, dass die Einnahmen ab dem Jahr 2008 eher maßvoll steigen.

Die Ausgabeplanungen sind nach oben abgesichert. Das heißt, wenn wir alle Maßnahmen, wie wir sie mal angedacht haben und wie Sie sie auch kennen, so durchführen wie beschlossen, werden wir das auch erreichen. Die Einnahmeschätzungen – so, wie sie im Augenblick nach den Planungen gegeben sind – sind hingegen eher nach unten abgesichert. Das heißt, wir haben unsere Einnahmen so, wie wir das in den vergangenen Jahren immer gemacht haben, auch jetzt vorsichtig geschätzt.

Sie kennen bereits die Eckwerte. Ich habe sie gestern im Hauptausschuss vorgestellt. Sie fließen in unsere Finanzplanung bis zum Jahr 2011 ein, die der Senat innerhalb

der nächsten Wochen verabschieden und Ihnen vorlegen wird.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Jetzt gibt es eine Nachfrage des Kollegen Meyer, der das Wort erhält. – Bitte schön!

Christoph Meyer (FDP):

Herr Präsident! Ich bitte Sie, darauf hinzuwirken, dass der Finanzsenator die zweite Frage beantwortet. Das hat er nämlich nicht getan.

Präsident Walter Momper:

Herr Kollege Meyer! Bitte stellen Sie Ihre Frage!

Christoph Meyer (FDP):

Herr Momper! Können Sie bitte zunächst dafür sorgen, dass der Senat die bereits gestellten Fragen beantwortet!

Präsident Walter Momper:

Herr Kollege Meyer! Entweder Sie stellen jetzt eine Frage, oder ich entziehe Ihnen das Wort!

Christoph Meyer (FDP):

Eine konkrete Nachfrage: Herr Sarrazin, können Sie ausschließen, dass in der 16. Wahlperiode Wohnungsbaugesellschaften oder einzelne Wohnungen veräußert werden, um einen Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt zu leisten?

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Herr Senator Dr. Sarrazin!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Erstens: Ich habe beide Fragen beantwortet, Herr Meyer.

[Beifall bei der SPD –

Beifall von Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion)]

Ich habe das allerdings im Zusammenhang getan, weil das Thema etwas albern auseinandergerissen war. Ich sagte, dass alle Maßnahmen unterlegt sind. Damit habe ich Ihre Frage beantwortet, wenn auch auf einem gewissen Abstraktionsniveau.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD]

Zweitens – zu den Wohnungsbaugesellschaften: Wir haben jetzt schon eine positive Entwicklung. Die Neuverschuldung wird auf unter eine Milliarde € fallen. 900 Millionen € sind derzeit geplant. Vielleicht wird es noch weniger. Dieses Ziel können wir ohne den Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften erreichen.

Senator Dr. Thilo Sarrazin

[Dr. Martin Lindner (FDP): Die Frage war, ob Sie es ausschließen können!]

– Ich kann nicht ausschließen, dass mir aufgrund eines statischen Schadens gleich eine Scheibe auf den Kopf fällt. Ich kann nie etwas ausschließen, was die Zukunft betrifft – außer, dass die Sonne auf- und untergeht.

[Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Sarrazin! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Schruoffeneger. – Bitte, Sie haben das Wort!

Oliver Schruoffeneger (Grüne):

Herr Sarrazin! Sie haben einen ausgeprägten Optimismus. – Ich möchte an einem Punkt Ihre sehr abstrakte Darstellung konkretisieren und frage: Halten Sie es arbeitsmarkt- und sozialpolitisch für sinnvoll, einerseits 18 000 Stellen zu streichen und andererseits bei denen, die im öffentlichen Dienst verbleiben, dem Solidarpakt nicht zu folgen und alle Löhne und Gehälter auf 100 % anzuheben?

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Herr Dr. Sarrazin!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Das, was Sie sagen, Herr Schruoffeneger, ist nicht alternativ, sondern additiv. Erstens reduzieren wir die Stellen im Landeshaushalt, bis wir an der bundesweiten Benchmark angelangt sind. Wir haben derzeit 118 000 Beschäftigte im unmittelbaren Landesdienst. Wenn wir Verhältnisse wie in Bremen und Hamburg hätten, wären es nur 93 000. Wir haben demnach noch einen langen Weg vor uns, und zwar über das Jahr 2011 hinaus.

Zweitens: Wir streben politisch einen Anschluss an den Solidarpakt an. Wie der aussehen soll, wird man im Jahr 2009 verhandeln. Das können wir jetzt noch nicht absehen. Wir haben gesagt, was wir davon haben wollen, nämlich 150 Millionen €. Meine persönliche Meinung ist, dass wir das Geld bekommen müssen und werden – aber wohl nicht über Arbeitszeitverkürzungen, denn wenn wir in dem Umfang Personal abbauen, haben wir nicht mehr so viele Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu reduzieren. Wir werden aber eine Anschlussregelung finden. Das wurde politisch entschieden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator!

Jetzt geht es weiter mit der Frage 6 des Kollegen Gaebler von der SPD Fraktion zum Thema

Schließung Flughafentunnel

– Bitte schön!

Christian Gaebler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Welche Vorkehrungen hat der Senat bei der wegen Sanierungsarbeiten notwendigen Schließung des Autobahntunnels unter dem Flughafen Tegel getroffen, um dennoch einen zügigen Verkehrsfluss zu gewährleisten?

2. In welcher Weise und in welchem Umfang hat der Senat die Öffentlichkeit über die Schließung und die damit verbundenen Veränderungen in der Verkehrsführung informiert?

Präsident Walter Momper:

Die Senatorin für Stadtentwicklung erhält das Wort. – Bitte!

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Gaebler! Der Senat ist sich der Bedeutung dieses außerordentlichen Verkehrsknotenpunktes bewusst. In Zeiten der Spitzenbelastung haben täglich bis zu 90 000 Fahrzeuge den Tunnel in Tegel passiert.

Zur Minimierung der verkehrlichen Auswirkungen haben wir weit vorab verschiedene Maßnahmen geprüft, insbesondere drei Varianten der Tunnelschließung. Mir war besonders wichtig, die verkehrlich verträglichste, aber auch die für die Verkehrssicherheit am besten geeignete Variante zu finden. Es gab zunächst die Vorstellung, den Tunnel zweieinhalb Jahre lang zu schließen. Es ist gelungen, diesen Zeitraum auf 18 Monate zu verkürzen. Wir haben vertraglich gesichert, dass in einem Mehrschichtbetrieb und – wenn es der Baufortschritt und die Technik zulassen – rund um die Uhr gearbeitet wird. Wir haben im umliegenden Straßennetz die Straßenoberflächen erneuert und die Radwege verbessert. Die Umleitungsstrecken haben wir so leistungsfähig wie möglich gestaltet. Beispielsweise haben wir auf der Umleitungsstrecke über den Kurt-Schumacher-Damm alle Lichtzeichenanlagen außer Betrieb genommen, um eine maximale Durchlassfähigkeit für den fließenden Verkehr zu gewährleisten. Zudem haben wir acht Lichtzeichenanlagen umprogrammiert, um jeweils eine Bevorrechtigung für die Strecken möglich zu machen, die von Norden nach Süden und umgekehrt führen. Darüber hinaus haben wir den Kurt-Schumacher-Damm zwischen Kurt-Schumacher-Platz und der Autobahnanschlussstelle zur Einbahnstraße mit der Fahrtrichtung nach Norden erklärt. Von ganz besonderer Bedeutung für den öffentlichen Personennahverkehr ist der Bau einer Stahlbehelfsbrücke, die die ungehinderte Fahrt der BVG-Busse in Richtung Süden ermöglicht. Wir haben

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer

außerdem südlich des Kurt-Schumacher-Damms an der Cité Pasteur und der Cité Joffre eine Fußgängerbrücke gebaut, die den Wegfall der Straßenüberquerung ausgleichen soll. Es gibt straßenbauliche Veränderungen, die das Abbiegen erleichtern. Zur umfangreichen Ab- und Umleitungsbeschilderung haben wir u. a. die Infotafeln der Verkehrslenkung Berlin genutzt. In einem so genannten Vorbehaltsstraßennetz, das wir bereits zur Fußballweltmeisterschaft mit den Bezirken geübt haben, haben wir verabredet, dass in Straßen, die durch Umleitungs- und Verdrängungsverkehr belastet sind, in dieser Zeit keine Baumaßnahmen stattfinden. Wir haben außerdem dafür gesorgt, dass keine Fahrstreifenreduzierungen vorgenommen werden. Seit dem 6. November, an dem mit den Vorbereitungsmaßnahmen begonnen wurde, ist die Verkehrsleitzentrale, die sich zur Fußballweltmeisterschaft bewährt hatte, mit der Aufgabe betraut, die aktuellen Verkehrsdaten der Verkehrslenkung, der Polizei und der BVG zusammenzufassen. Auf diese Weise kann die Steuerung der Lichtzeitanlagen sehr schnell nachgebessert werden.

Mir war nicht nur wichtig, die Öffentlichkeit und die Anwohnerinnen und Anwohner so umfangreich und zügig wie möglich zu informieren, sondern auch, im Abstimmungsprozess und im Verfahren zur Findung einer weiträumigen Umleitung und zur Definition des Verkehrs vor Ort, mit der Industrie- und Handelskammer und dem ADAC Abstimmungen vorzunehmen. Ich habe auch auf eine frühzeitige Abstimmung mit den Anliegern der Berliner Flughafengesellschaft, der Taxiinnung und der Bundeswehr Wert gelegt. Die Nachfrage nach den 18 000 Flyern, die wir in der Umgebung mit Hilfe von Tankstellen, Gewerbetreibenden und des ADAC vertreiben, ist groß.

Ich danke ausdrücklich den Medien in Berlin, die unsere Informationen sehr intensiv aufgegriffen haben und vor allem die Frage, wie man in dieser Situation rund um die Autobahn 111 und den Kurt-Schumacher-Platz fährt, mit Zeichnungen und mit Plänen unterstützend in die Öffentlichkeit hineingetragen haben. Solche Informationen sind wichtig. Sie werden auch zukünftig wichtig sein.

Deshalb ist die bereits während der Fußballweltmeisterschaft eingerichtete Verkehrsnachrichtenagentur wieder aktiviert worden. Die Medien können also auf die Informationen dieser Agentur regelmäßig im Abstand von zunächst einer halben Stunde und danach zügig im Verlauf des Tages zurückgreifen.

Diese Informationen haben dazu beigetragen, dass wir an den ersten beiden Tagen, insbesondere im Berufsfrühverkehr rund um den Kurt-Schumacher-Platz, eine entgegen den Erwartungen einiger Beobachter entspannte Situation vorgefunden haben. Es gibt eine gewisse Zählflüssigkeit des Verkehrs in der weiteren Umgebung, insbesondere in der Müllerstraße. Gestern Abend gab es beim Rückreiseverkehr, insbesondere in Richtung Norden, in Richtung Brandenburger Umland, eine schwierigere Situation. Wir

beobachten das auch am heutigen Tag noch einmal sehr genau und werden dann gegebenenfalls – hoffentlich wieder mithilfe der Medien! – auf weitere Umleitungsstrecken, aber auch auf mögliche neue Schaltungen, die an dieser Stelle einen flüssigeren Verkehr gewährleisten können, verweisen.

Etwa in vierzehn Tagen werden wir ungefähr sehen können, wo sich individuell jeder mit dem Auto eine Möglichkeit geschaffen hat, so zügig wie möglich voranzukommen. Ich verweise darauf, dass es zwischen Hennigsdorf und dem Kurt-Schumacher-Platz circa 700 Park-and-ride-Parkplätze gibt. Nicht zu vergessen ist, dass die Strecke vom Kurt-Schumacher-Platz bis zur Friedrichstraße mit der U-Bahn schließlich nur 13 Minuten beträgt.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Eine Nachfrage des Kollegen Gaebler. – Bitte sehr!

Christian Gaebler (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Senatorin! Man hat jetzt gesehen, dass es am ersten Tag morgens überhaupt keine Probleme gegeben hat. Nachmittags konnten jedoch ziemlich große Staus verzeichnet werden. Gibt es Auswertungen, wie darauf reagiert werden kann bzw. woran es lag?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin – bitte!

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gaebler! Wir sind im Augenblick dabei, gemeinsam mit dem ADAC die Situation von gestern Abend auszuwerten. Wir wollen auch noch sehen, wie sich die Verkehrssituation heute Abend gegen 18, 19 Uhr gestaltet.

Nach unserer vorläufigen Einschätzung ist es so gewesen, dass die Erfahrungen, die gestern im Frühverkehr mit dem verhältnismäßig flüssigen Verkehr in Richtung Süden gemacht worden sind – auch ich persönlich habe mir das angesehen –, einige Autofahrer dazu verleitet hat zu sagen: Na ja, dann muss ich abends keine Umleitung nehmen, es scheint ja doch keinen Stau in unmittelbarer Nähe am Kurt-Schumacher-Platz zu geben! – Dann hat man doch wieder den direkten Weg gewählt. Das müssen viele gewesen sein, die sich wieder so entschieden haben. Ob sich das tatsächlich auch in den nächsten Tagen bewahrheitet, müssen wir sehen. Es sollen gegebenenfalls auch mit Unterstützung des ADAC Befragungen erfolgen. Wir müssen sehen, wie sich die Akzeptanz der Umleitungen jeweils zu jeder Stunde unterschiedlich gestaltet.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Jetzt ist Frau Matuschek mit einer Nachfrage an der Reihe. – Bitte sehr!

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Frau Senatorin, ich bin Ihnen sehr dankbar für den Hinweis, wie wenig Zeit doch eine U-Bahnfahrt benötigt. In diesem Zusammenhang möchte ich von Ihnen wissen, welche Aktivitäten unternommen wurden, um möglichst viele Autofahrerinnen und Autofahrer zu überreden, nicht nur für die Dauer der anderthalbjährigen Bauzeit, sondern generell den ÖPNV stärker zu nutzen, damit die Straßenbelastung insgesamt sinkt.

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Junge-Reyer – bitte!

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Matuschek! Wir setzen nicht auf Überredung, sondern auf Überzeugen.

Ich bin froh darüber, dass der Verkehrsverbund, aber auch das Land Brandenburg, dort die Kolleginnen und Kollegen im Verkehrsministerium, öffentlich dazu aufgerufen haben und dazu beitragen, unsere Informationen zu verbreiten. Sie machen deutlich, wo und an welcher Stelle man zum Beispiel aus Hennigsdorf, aber auch aus dem Nordteil Berlins kommend, sehr günstig vom Auto auf die U-Bahn oder den sonstigen öffentlichen Personennahverkehr umsteigen kann. Diese Informationen sind von der Presse aufgegriffen worden. In Brandenburg, aber auch bei den betroffenen Autofahrerinnen und Autofahrern, ist das offensichtlich angekommen. Insbesondere ist darauf verwiesen worden, dass es tatsächlich eine gute Möglichkeit sein kann, sich schlicht und ergreifend ein Monats ticket des Verkehrsverbundes zu kaufen.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Walter Momper:

Jetzt ist der Kollege Henkel mit der Mündlichen Anfrage Nummer 7 zum Thema

Weitere Übernahme von Kosten für hauptstadtbedingte Sicherheitsaufgaben durch den Bund

an der Reihe. – Bitte sehr, Herr Henkel!

Frank Henkel (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wann ist mit einem Abschluss der Verhandlungen mit dem Bund, betreffend die Übernahme der Kosten hauptstadtbedingter Sicherheitsaufgaben, zu rechnen, und wie verlaufen die aktuellen Verhandlungen?

2. Ist absehbar, ob der Bund über den aktuell gewährten Betrag von 38,347 Millionen € hinaus einen stärkeren Anteil der Kosten in Höhe von über 105 Millionen € tragen wird, und wenn ja, welche Größenordnung ist hier Zielvorgabe?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator für Inneres, Herr Dr. Körting hat das Wort zur Beantwortung. – Bitte sehr!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Henkel! Das, was wir an hauptstadtbedingten Aufwendungen in punkto Sicherheit geltend machen, ergibt sich aus dem Haushaltsplan des Landes Berlin. Dort haben wir entsprechende Mittel verankert, und zwar gemeinsam, sowohl der Senat als auch das Abgeordnetenhaus. Diese Summe beträgt etwas über 100 Millionen €. Das haben wir dem Bund gegenüber geltend gemacht. Wir haben dazu im Einzelnen auch sehr ausführliche Begründungen geliefert. Das betrifft einmal Fragen wie die Bewachung von Botschaften und anderen Bundeseinrichtungen. Das betrifft aber auch die Frage von Staatsbesuchen, von Großdemonstrationen, die im Zusammenhang mit Bundespolitik stehen. Ebenso betrifft es Personenschutz für eine ganze Reihe von Staatsbesuchern und ähnliche Dinge. Wir haben dem Bund einen sehr ausführlichen Vorgang zur Verfügung gestellt. Bisher zeigt sich allerdings beim Bund sehr wenig Neigung, auf diese Fragen einzugehen. Ende November wird es noch ein Gespräch mit dem Bundesinnenminister geben.

Ich bitte darum, dass gerade Fraktionen dieses Hauses, die sich im Innenausschuss des Bundestages dahin gehend geäußert haben, dass sie die Forderungen Berlins für unreal oder unseriös hielten – das ist die CDU-Fraktion, aber auch Bündnis 90/Die Grünen –, ein wenig auf die eigenen Parteifreunde einwirken, ernsthaft zu prüfen, was Berlin geltend macht. Alles andere ist wenig hilfreich.

Welche Zielvorgaben wir haben, fragen Sie. – Ich habe die Zielvorgabe, die das Abgeordnetenhaus beschlossen hat. Ich werde den Teufel tun und in der Öffentlichkeit darstellen, wo es eventuell Verhandlungsspielraum gibt.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Jetzt ist eine Nachfrage des Kollegen Henkel angesagt. Er hat das Wort und das Mikrofon. – Bitte sehr!

Frank Henkel (CDU):

Frank Henkel

Herr Senator! Sie wissen, dass ich insgesamt anderer Meinung bin als meine Kollegen im Deutschen Bundestag. Der Haushaltsentwurf des Bundes für das Jahr 2007 wirft immer noch den alten Betrag aus. Deshalb die Frage an Sie vor dem Hintergrund des jetzt vereinbarten Koalitionsvertrages, wo Sie die Möglichkeit sehen, im Bereich der inneren Sicherheit weitere Einsparungen vorzunehmen. Gibt es Ihrerseits Überlegungen, weitere Teile der Berliner Polizei auf den Bund zu verlagern, wie wir es zum Beispiel 2001/2002 bei den Polizeireitern erleben mussten?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting – bitte!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Es gibt keine Überlegungen, weitere Teile der Berliner Polizei auf den Bund zu verlagern. Es kann eventuell auch im Rahmen einer solchen Verhandlung zu Entlastungen kommen, die sich anders darstellen als in der Zahlung barren Geldes.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Jetzt geht es weiter mit Frau Dr. Hiller von der Linksfraktion.

[Uwe Goetze (CDU) meldet sich zu einer Nachfrage.]

– Entschuldigung! Ich habe einen Fehler gemacht. Es gibt noch eine Nachfrage! – Herr Goetze hat das Wort zu einer Nachfrage – bitte sehr!

Uwe Goetze (CDU):

Herr Senator! Hat der Senat die Absicht, dieses Thema auch im Hauptstadtgesetz zu verankern? Welche Planungen oder Vorarbeiten haben Sie oder hat die Senatskanzlei dazu gemacht?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Herr Goetze! Die Frage der Kosten, die wir hauptstadtbedingt für die Sicherheit haben, ist vom Grundsatz her unstrittig. Wir haben sie im Hauptstadtvertrag und in einem Sondervertrag mit dem Bund geregelt. Der ist auch in diesem Jahr kurzfristig von Innenminister Schäuble noch einmal als Verlängerung unterschrieben worden. Insofern stellt sich weniger die Frage, ob man das im Gesetz verankert.

Es geht vielmehr um die Frage, wie viel festgeschrieben wird. Es geht nicht um das Ob. Dieses ist inzwischen un-

streitig. Auch hier gab es Ansätze beim Bund zu sagen, es werde gar nichts mehr gezahlt, Berlin profitiere ungemein von der teilweisen Übersiedlung der Bundesministerien, deswegen sei Berlin ausgesteuert. Diese Debatte wird auf Bundesebene vom Grundsatz her nicht mehr geführt. Man akzeptiert, dass sie zahlen müssen. Die Höhe ist strittig. Sie kann sich übrigens auch im Verlauf der Jahre ändern. Das muss man nüchtern sehen. Sie ist abhängig von den jeweiligen Aufwendungen. Insofern halte ich es nicht für sinnvoll, eine beliebige Zahl in das Hauptstadtgesetz hineinzuschreiben. Im Gesetz sollte es sinnvoll sein aufzuführen, dass die hauptstadtbedingten Sicherheitsaufwendungen vom Bund getragen werden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Körting!

Frau Hiller! Jetzt sind Sie aber an der Reihe. Bitte schön! Ich bitte noch einmal um Entschuldigung für das Versehen. Sie haben das Wort zu einer Frage zum Thema

Kann die Schwimmhalle Finckensteinallee ersetzt werden?**Dr. Gabriele Hiller** (Linksfraktion):

Danke schön, Herr Präsident! – Ich frage den Senat:

1. Welche organisatorischen Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um die Schließung der Schwimmhalle in der Finckensteinallee vor allem für Schulen, Kitas und Vereine zu kompensieren?

2. Welche mittel- und langfristigen Perspektiven zur Reparatur und Sanierung der Schwimmhalle sieht der Senat?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Dr. Hiller! – Zur Beantwortung hat jetzt der Bildungssenator das Wort. – Bitte schön, Herr Böger!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Dr. Hiller! Ich beantworte die Fragen wie folgt: Zu 1: Durch Nutzungsvereinbarungen und Verlagerungen ist trotz der unabwendbaren Schließung der Finckensteinallee das Schulschwimmen uneingeschränkt gesichert. Für das Vereinsschwimmen haben die Berliner Bäderbetriebe in anderen Schwimmhallen Ersatzzeiten angeboten. Zunächst hat das für knapp 60 % des Vereinsschwimmens ausgereicht. Nun sind wir bei rund 80 % der bisherigen Zeiten angelangt. Kindertagesstätten sind von der Schwimmhallenschließung in der Finckensteinallee nicht betroffen, da diese Halle ausschließlich dem Vereins- und Schulsport zur Verfügung gestanden hat.

Senator Klaus Böger

Bezüglich der zweiten Frage, welche mittel- und langfristigen Perspektiven zur Reparatur und Sanierung bestehen, verweise ich auf den Umstand, dass die Halle am 19. Juni geschlossen werden musste. Das ist noch einmal in einer Betonanalyse nachgeprüft worden. Es gab dazu keine Alternative. Gegenwärtig wird von den Bäderbetrieben der Baubedarf und die Festlegung der baulichen Umbaunotwendigkeiten geprüft. Es ist zugleich mit dem organisierten Sport eine Vorplanung und Abstimmung über den Bedarf vorgenommen worden. Wenn man dort bauen sollte, wird eine Baugenehmigung der unteren Denkmalbehörde benötigt. Das wird entsprechend vorbereitet.

Wann die Vorbereitungen abgeschlossen sein werden, kann ich nicht exakt sagen, hoffe aber, dass dieses bald geschieht. Ob eine notwendige Investition getätigt werden kann, die sich nach meiner Schätzung auf etwa 8 Millionen € belaufen könnte, liegt in Ihrer Hand. Wenn der Senat das beantragen sollte, müsste es im Hauptausschuss durchgesetzt werden.

Präsident Walter Momper:

Es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Hiller. – Sie haben das Wort.

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):

Vielen Dank, Herr Senator! Sie sagten, dass der Sanierungsbedarf etwa 8 Millionen € beträgt. Ist es an dieser Stelle besser, dieses denkmalgeschützte Bad selbst zu sanieren oder von einem Neubau im Bezirk auszugehen?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Böger, bitte!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Herr Präsident! Frau Dr. Hiller! Wir haben es mehrfach geprüft. Sie müssen bedenken, dass ein Neubau an anderer Stelle das Problem des weiteren Vorhandenseins dieses denkmalgeschützten Objekts, der Halle, nicht beseitigen würde. Es ist 1936 gebaut worden und handelt sich um ein Schwimmbad mit einer großen Wassertiefe. Das ist sehr interessant. Es muss jedoch versorgt und geregelt werden, da es dem Land Berlin erhalten bliebe.

Die Vorprüfungen haben – mit aller Zurückhaltung gesagt – selbst bei einem schlanken und ausschließlich für Vereins- und Schulschwimmen vorgesehenen Neubau einen hohen Investitionsaufwand ergeben, der nicht viel unter den eben von mir genannten Kosten liegen würde. Ich glaube persönlich, dass eine Sanierung und Rekonstruktion dieser Halle aus vielfältigen Gründen, auch aus Kostengründen, insgesamt vernünftiger wäre als ein Neubau an anderer Stelle.

Präsident Walter Momper:

Schönen Dank, Herr Senator! – Wenn Herr Schruoffeneger noch eine Nachfrage hat, ist er an der Reihe. – Bitte schön, Herr Schruoffeneger!

Oliver Schruoffeneger (Grüne):

Herr Senator! Welche politischen Maßnahmen und Entscheidungen halten Sie angesichts des Investitionsstaus bei den Bäderbetrieben in der Größenordnung von 50 Millionen bis 60 Millionen € – es gibt nicht nur die Finckensteinallee – für notwendig, um zu erreichen, dass wir in Berlin in den nächsten fünf Jahren nicht zu einer massiven Schließung von Schwimmhallen durch das Zufallsprinzip des baulichen Verfalls, sondern zu einer politisch gesteuerten Bäderpolitik kommen?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Böger, bitte!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Schruoffeneger! Vielfältige Maßnahmen sind dafür notwendig. Ich habe versucht, meinen Beitrag dazu zu leisten, indem ich die Fakten ermitteln ließ. Ich stehe der Präsentation von großen Zahlen immer skeptisch gegenüber, kann aber die von Ihnen genannte Summe ungefähr bestätigen. Mein Ziel angesichts solcher Fragestellungen ist es, Prioritäten in Betracht der uns allen bekannten Haushaltslage des Landes Berlins aufzustellen. Man müsste einmal überlegen, in welchen Bereichen und in welchen Regionen gegenwärtig fast überhaupt keine öffentlichen Hallenbäder mehr vorhanden sind, beispielsweise in dieser Region. Das müsse gesteuert werden und ist Aufgabe der kommenden Legislaturperiode.

Zunächst einmal haben die Bäderbetriebe und der Aufsichtsrat die Zahlen und den Sachstand vorgelegt. Diese bedürfen der politischen Prüfung und Bewertung. Man sollte nicht zu dem Verfahren kommen, dass jeweils dort, wo notwendige Sanierungsmaßnahmen anstehen, die nicht finanziert werden können, eine Halle geschlossen wird. Das ist nicht das richtige Verfahren. Andere Lösungen müssen gewählt werden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Jetzt ist die Fragestunde durch Zeitablauf beendet. Die heute nicht beantworteten Anfragen werden mit einer von der Geschäftsordnung abweichenden Beantwortungsfrist von bis zu drei Wochen wieder schriftlich beantwortet werden.

Präsident Walter Momper

Ich rufe auf

lfd. Nr. 2:**Fragestunde – Spontane Fragestunde**

Zuerst erfolgen die Wortmeldungen nach der Stärke der Fraktion mit je einem Mitglied. Für die Fraktion der SPD hat der Kollege Schreiber das Wort. – Bitte schön!

Tom Schreiber (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich habe eine Frage an den Berliner Innensenator. Wie bewertet der Berliner Innensenator die Tatsache, dass die NPD am kommenden Samstag ihren Bundesparteitag in Berlin zelebrieren möchte? Welche Auswirkungen hat dies auf die Sicherheitslage in Berlin?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting, bitte!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Herr Kollege Schreiber! Die NPD hat offensichtlich schon vor Monaten einen Bundesparteitag in Berlin geplant. Sie hat dazu einen Mietvertrag über ein Areal an der Trabrennbahn Mariendorf abgeschlossen. Der Mietvertrag ist offensichtlich gekündigt worden. Die Kündigung ist jedoch vom Amtsgericht zurückgewiesen worden. Für Morgen wird nach meiner Kenntnis eine Entscheidung des Landgerichts erwartet, ob der Mietvertrag gültig ist.

Parallel hat die NPD beim Bezirksamt Reinickendorf versucht, das Fontanehaus für einen Parteitag zu erhalten. Wie diese Streitereien ausgehen, werden wir abwarten müssen. Wir haben uns sicherheitsmäßig darauf eingestellt, dass ein Parteitag der NPD in Berlin stattfinden wird. Zuständig wird, falls er in Mariendorf erfolgen sollte, die Direktion 4 sein, um dort die Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Dazu wird morgen eine Polizeidienstbesprechung stattfinden. Wir werden – wie in solchen Fällen üblich – die Polizeistärke vorher nicht bekanntgeben.

Im Zusammenhang mit diesem Parteitag – wenn er in Mariendorf stattfindet – wird es eine ganze Reihe von Gegenveranstaltungen geben. Eine mit einer voraussichtlichen Teilnehmerzahl von 2 000 Personen wurde von einem Mitglied dieses Hauses, dem Kollegen Ratzmann, angemeldet. Eine Veranstaltung, ebenfalls mit einer Teilnehmerzahl von erheblicher Höhe, wurde heute von der Sozialdemokratischen Partei Tempelhof angemeldet. Wir werden also mit komplizierten Situationen zu rechnen haben, wie es bei NPD-Veranstaltungen der Fall ist. Ich gehe aber davon aus, dass die Polizei in der Lage sein wird, die Sicherheit auch bei einem Parteitag einer Partei zu garantieren, die wir alle nicht mögen, die aber das verfassungsmäßige Recht hat, einen Parteitag abzuhalten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Gibt es eine Nachfrage des Kollegen Schreiber? – Das ist nicht der Fall.

Dann geht es weiter mit Herrn Hoffmann von der Fraktion der CDU. Er hat das Wort zur Anfrage. – Bitte!

Gregor Hoffmann (CDU):

Ich frage den Regierenden Bürgermeister: Wird der Senat dem Tierschutz in Berlin nach Ihrer Rede anlässlich der 125-Jahr-Feier des Deutschen Tierschutzbundes politisch wieder mehr Bedeutung als in der Vergangenheit beimessen, und was will er künftig konkret zur Verbesserung des Tierschutzes, insbesondere im Hinblick auf Tierversuche und Tierkontrollen in den Zirkussen, sowie zur Unterstützung des größten und modernsten Tierheims Europas in Berlin-Falkenberg beitragen?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister! Bitte schön – Sie haben das Wort!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Sie haben zu Recht die Belange des Tierschutzes angesprochen. In der Koalitionsvereinbarung fand er ausdrücklich eine Würdigung. Wir wollen die Stelle des Beauftragten für den Tierschutz haben, eine ganz wichtige Einrichtung, die im Interesse des Tierschutzes Aufmerksamkeit erzielen und auch Verwaltungshandeln kontrollieren und anregen soll.

Darüber hinaus ist es unsere gemeinsame Aufgabe zu begreifen, dass Tiere Lebewesen sind und artgerecht und vernünftig gehalten werden müssen. Deshalb ist es unser gemeinsames Anliegen, die Belange des Tierschutzes nach vorne zu bringen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Der Kollege Hoffmann hat eine Nachfrage. – Sie haben das Wort!

Gregor Hoffmann (CDU):

Wann wird der Öffentlichkeit bzw. dem Parlament wieder ein regelmäßiger Tierschutzbericht vom Senat vorgelegt werden, der in der letzten Legislaturperiode unter Frau Dr. Knake-Werner mit Hilfe Ihrer Regierungsmehrheit abgeschafft wurde? Das wäre ein erster Schritt.

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister! Bitte schön!

Özcan Mutlu**Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:**

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Der erste Schritt ist, dass Sie mich unterstützen und mich zum Regierenden Bürgermeister wählen. Dann kommt die Arbeit, die Sie vom Senat einfordern.

[Heiterkeit –
Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne): Wie ein Elefant
im Porzellanladen!]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Jetzt geht es weiter mit Frau Dr. Hiller von der Linksfraktion. – Bitte schön, Frau Dr. Hiller, Sie haben das Wort!

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):

Vielen Dank! – Ich habe eine Frage an Frau Junge-Reyer. – Frau Junge-Reyer! Wie bewerten Sie die gestern durch Bundesminister Tiefensee verkündete Teilprivatisierung der Bundesbahn?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Junge-Reyer! Sie haben das Wort!

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Hiller! Herr Minister Tiefensee hat gestern darauf hingewiesen, dass in Abstimmung mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages beabsichtigt ist, einen Gesetzentwurf einzubringen. Ich erwarte von diesem Gesetzentwurf, dass er sehr deutlich auf die bisherigen ausführlichen, intensiven, aber auch außerordentlich komplizierten Verhandlungen im Vorfeld dieses Gesetzentwurfes wie folgt eingeht. Ich glaube, von besonderer Bedeutung ist es, dass die Bahn auf der einen Seite in ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung, aber auch in der Qualität ihres Angebots gestärkt wird. Dieses ist unser aller Ziel seit langem. Auf der anderen Seite müssen wir einen diskriminierungsfreien Zugang zum Netz gewährleisten. Es ist wichtig und richtig, in einer Situation, in der Konkurrenzen auf dem Markt ganz selbstverständlich geworden sind, nicht von vornherein Angebote auszuschließen. Die ausschließliche Verfügungsgewalt durch einen einzelnen Betrieb würde zum Ausschluss des Zugangs führen.

Ich erwarte, dass dieser Gesetzentwurf im Frühjahr erarbeitet wird, und rechne mit einer weiteren ausführlichen Diskussion dazu, auch in der Öffentlichkeit.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Gibt es dazu eine Nachfrage von Frau Dr. Hiller? – Dann haben Sie das Wort dazu.

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):

Vielen Dank! – Frau Senatorin! Sind Sie in den Prozess dieser Entscheidungsfindung einbezogen worden? Wenn ja – welche Auswirkungen wird das für Berlin haben? Ist das schon absehbar?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Junge-Reyer – bitte!

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Hiller! Ich war im Vorfeld solcher Entscheidungen persönlich, aber nicht als Mitglied des Berliner Senats, an Erörterungen beteiligt, die – das können Sie sich vorstellen – in einer solchen Situation typischerweise in Parteien stattfinden. Darüber hinaus bin ich mit diesem Thema als Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz befasst gewesen. Ich rechne damit, dass wir noch im November auf der Verkehrsministerkonferenz genauere Informationen von der Bundesregierung, aber hoffentlich auch von der Deutschen Bahn bekommen werden. Ich habe Herrn Mehdorn persönlich gebeten, selbst oder mit einem Vertreter in der Verkehrsministerkonferenz anwesend zu sein, und erwarte dort eine dezidierte und intensive auch politische Diskussion zur weiteren Situation der Deutschen Bahn.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin!

Jetzt geht es weiter mit dem Kollegen Mutlu von der Fraktion der Grünen. – Sie haben das Wort, Herr Mutlu!

Özcan Mutlu (Grüne):

Herr Präsident! Ich würde gern dem Noch-Kultursenator eine Frage stellen, aber er ist nicht da. Deshalb frage ich den zukünftigen Kultursenator, Herrn Regierenden Bürgermeister. – Es ist eine Frage für die Zukunft, die Sie auch gerne beantworten können. – Ach, da ist Herr Flierl! – Ich habe Sie nicht gesehen! Es tut mir leid!

[Senator Dr. Thomas Flierl: Macht nichts!]

Präsident Walter Momper:

Herr Abgeordneter! Fragen Sie Herrn Dr. Flierl, wenn Sie möchten!

Özcan Mutlu (Grüne):

Herr Senator! Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache der Doppelfinanzierung von Lehrkräften der Islamischen Föderation durch die Arbeitsagentur und durch die Senatskulturverwaltung? Wie bewertet der Senat diesen Umstand, der einem Zuwendungsbetrug gleichkommt? Was heißt das für die Glaubwürdigkeit des Trägers Islamische Föderation, gegen den auch ein Er-

mittlungsverfahren eingeleitet worden ist, weil er angeblich 20 % der Gehälter einbehalten haben soll?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Flierl – bitte schön!

Senator Dr. Thomas Flierl (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten):

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Wir haben diese Vorgänge sehr detailliert zuwendungsrechtlich geprüft. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen zu dem von Ihnen genannten Vorwurf eingestellt. Es bleibt das Faktum der Doppelbeantragung von Mitteln beim Jobcenter und im Rahmen der Zuwendungsmittel. Dieses haben wir moniert. Es wird eine Rückzahlung geben. Wir haben mit dem Vorstand der Islamischen Föderation entsprechende Verabredungen getroffen. Um sicherzustellen, dass bis zur ordnungsgemäßen Abwicklung dieses Vorgangs eine korrekte Verwendung der Zuwendungsmittel erfolgt, sind die Zuwendungen auf ein Treuhandkonto überwiesen worden. Wir verurteilen und ahnden diese Doppelbeantragung. In diesem Fall werden die betreffenden Mittel vom Jobcenter zurückzufordern und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen sein.

Eine Beurteilung der Eignung für die Tätigkeit in der Schule ist durch meine Verwaltung nicht zu leisten und ergibt sich auch nicht aus den aufgeklärten Ordnungswidrigkeiten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Flierl! – Eine Nachfrage des Kollegen Mutlu? – Bitte!

Özcan Mutlu (Grüne):

Wie wollen Sie verhindern, dass sich Derartiges zukünftig wiederholt? Ich stelle auch noch einmal die Frage nach der Glaubwürdigkeit dieses Trägers.

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Flierl – bitte schön!

Senator Dr. Thomas Flierl (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten):

Die von Ihnen angesprochenen Unregelmäßigkeiten sind im Rahmen der Zuwendungsprüfung ermittelt worden. Insofern sind alle Voraussetzungen gegeben, auch zukünftig zu sichern, dass die Mittel sachgerecht verwendet und, wo das nicht der Fall ist, zurückgefordert werden. Ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Eignung des Trägers für die Erteilung von Religions- und Weltanschauungsunterricht in der Berliner Schule kann daraus nicht hergeleitet werden. Das ist durch andere Instanzen, in diesem Fall durch die Schulverwaltung, zu prüfen. Es

bleibt gleichwohl die besondere Herausforderung für die Islamische Föderation, ihre Rechtsstaatlichkeit und ihre ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Mittel nachzuweisen. Darauf wird diese und auch jede zukünftige Kulturverwaltung Wert legen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Flierl!

Jetzt ist der Kollege von Lüdeke von der FDP-Fraktion mit einer Frage an der Reihe. Sie haben das Wort!

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP):

Ich habe eine Frage an den Regierenden Bürgermeister: Herr Regierender Bürgermeister! Private Wohnungsunternehmen werden von Ihrem Parteifreunden gerne als „Heuschrecken“ tituliert. Nun kündigt ausgerechnet das landeseigene Wohnungsunternehmen GESOBAU Mieterhöhungen an. Ist das nach Auffassung des Senats als marktkonformes Verhalten zu verstehen oder als Mutation eines landeseigenen Wohnungsunternehmens zur Heuschrecke?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister, bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Mir sind die Hintergründe für die angekündigte Mieterhöhung bis heute nicht plausibel. Ich gehe davon aus, dass die entsprechenden Aufsichtsgremien der Wohnungsbaugesellschaft, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung oder die für Finanzen diesen Vorgang überprüfen werden.

[Beifall von Dr. Michael Arndt (SPD)]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen von Lüdeke. – Sie haben das Wort!

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP):

Herr Regierender Bürgermeister! Gibt es in Ihrem Haus Erkenntnisse, dass die GESOBAU gegebenenfalls Zuschüsse aus der Landeskasse braucht, um die Mieten unterhalb des Marktniveaus halten zu können, da ihnen der Verkauf von Wohnungen verwehrt ist?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister, bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Diese Erkenntnisse liegen mir nicht vor.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Damit ist die erste Runde der Spontanen Fragestunde nach der Stärke der Fraktionen beendet. Nun können wir die weiteren Meldungen im freien Zugriff berücksichtigen. Ich eröffne diese Runde wie immer mit dem Gongzeichen.

[Gongzeichen]

Schon mit dem Ertönen des Gongs haben Sie die Möglichkeit, sich durch die Ruftaste anzumelden, was Sie reichlich getan haben. Alle vorher eingegangenen Meldungen wurden gelöscht.

Es geht los mit dem Kollegen Kluckert von der Fraktion der FDP. – Sie haben das Wort!

Sebastian Kluckert (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich habe eine Frage an die Justizsenatorin. Ich frage Sie, Frau Justizsenatorin, ob Presseberichte vom heutigen Tag zutreffen, dass ein Gefangener in der JVA Tegel mit einem Nachschlüssel Türen öffnen konnte, die nicht für ihn bestimmt waren?

[Dr. Martin Lindner (FDP):

Wie die meisten Türen in der JVA!]

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Schubert, bitte schön!

Bürgermeisterin Karin Schubert (Senatsverwaltung für Justiz):

Der Gefangene hat in der JVA eine Tür geöffnet, die nicht für ihn bestimmt war. Das ist sofort bemerkt worden. Deswegen hat man ihn auch in der JVA belassen.

[Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPD –

Dr. Martin Lindner (FDP): Was bei Ihnen etwas Besonderes ist! –

Volker Ratzmann (Grüne): Hätten Sie ihn sonst rausgelassen?]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Schubert! – Herr Kollege Kluckert, haben Sie noch eine Nachfrage? – Dann haben Sie das Wort!

Sebastian Kluckert (FDP):

Mich würde interessieren, welche Tür das war: War es die Zellentür oder die Tür zum gesamten Gefängnis?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Schubert, können Sie die Frage beantworten?

Bürgermeisterin Karin Schubert (Senatsverwaltung für Justiz):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Es war weder die Zellentür noch die Tür des gesamten Gefängnisses. Es war eine Tür zum Abteilungsflur.

Präsident Walter Momper:

Danke schön!

Jetzt geht es weiter mit dem Kollegen Trapp von der Fraktion der CDU. – Bitte schön, Herr Kollege Trapp, Sie haben das Wort!

Peter Trapp (CDU):

Herr Präsident! Ich frage den Herrn Innensenator: Wie hoch waren die entstandenen Kosten für die Berliner Polizei für die Einsätze während der Fußballweltmeisterschaft?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Herr Kollege Trapp! Ich bin auf eine spontane Frage nicht in der Lage, Ihnen detaillierte Zahlen zu den Einsatzkosten der Fußballweltmeisterschaft zu geben.

[Zuruf von Uwe Doering (Linksfraktion)]

Aber ich kann Ihnen einen ungefähren Überblick unserer Kosten geben. Wir haben ca. zwei Millionen € für Überstunden zu veranschlagen. Wir haben ca. drei – oder sogar mehr – Millionen € für Kräfte aus anderen Bundesländern und vom Bund zu veranschlagen, die uns geholfen haben. Wir haben die Kosten, soweit sie angefallen sind, mit dem Finanzsenator abgeglichen. Dazu gehört auch, was an zusätzlichem Material oder ähnliches benötigt wurde. Wir sind bei der abschließenden Klärung, wie das finanziert wird. Soweit die Berliner Polizei in der Lage ist, dies aus eingesparten Mitteln selbst zu bezahlen, wird es keine Erhöhung des Ansatzes bei der Berliner Polizei geben. Das versteht sich von selbst: Was man selbst bezahlen kann, muss man nicht von anderen kriegen. Ansonsten gab es im Senat eine Absprache, dass das, was unumgänglich ist – etwa Fremdkräfte zum Endspiel oder ähnliches –, notfalls auch durch eine Erhöhung, durch außerplanmäßige Mittel, bereitgestellt wird. Ich gehe davon aus, dass das so erfolgen wird.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Ein Nachfrage des Kollegen Trapp? – Bitte schön!

Peter Trapp (CDU):

Herr Senator! Werden andere Institutionen z. B. vom Bund der Berliner Polizei finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit Sie das Defizit ausgleichen können?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting, bitte!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres):

Herr Kollege Trapp! Nach meiner Kenntnis: Nein! Die Begeisterung, hier in Berlin Fußball zu gucken, war groß. Die Begeisterung, dafür zu bezahlen, gering.

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion):
Auch bei der CDU!]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator!

Jetzt ist der Kollege Schruoffeneger von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einer Frage dran und hat das Wort. – Bitte schön, Herr Schruoffeneger!

Oliver Schruoffeneger (Grüne):

Ich muss leider Herrn Flierl noch einmal stören. – Herr Senator, ich habe eine Nachfrage. In Ihrer Verwaltung wird gerade daran gebastelt, eine zusätzliche Stelle für den Bereich Mauergedenken einzurichten. Trifft es zu, dass dort eine Stelle besetzt werden soll, ohne eine öffentliche Ausschreibung zu machen? Oder können Sie uns hier versichern, dass diese Stelle in einem geordneten Verfahren – also über eine Ausschreibung – besetzt wird?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Flierl!

Senator Dr. Thomas Flierl (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten):

Mir ist, sehr verehrter Herr Schruoffeneger, ein solcher Vorgang bei der Gedenkstätte oder in der Verwaltung nicht bekannt. Sie müssten die Frage etwas präzisieren. Ich habe keine Kenntnis davon, will es aber gern ermitteln und ihnen schriftlich mitteilen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Eine Nachfrage von Kollege Schruoffeneger. – Bitte schön!

Oliver Schruoffeneger (Grüne):

Herr Senator! Dann treffen Gerüchte, dass Sie beabsichtigen, den Mitarbeiter Ihrer Pressestelle dort auf einer Dauerstelle – statt wie bisher auf einer befristeten Stelle – un-

terzubringen, nach Ihren Informationen nicht zu und entbehren jeglicher Realität?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Flierl!

Senator Dr. Thomas Flierl (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten):

Der Zusammenhang mit der ersten Frage erschließt sich mir nicht, weil die Besetzung einer offenen, nicht besetzten Stelle in der Pressestelle meiner Senatsverwaltung mit dem Mauergedenken nichts zu tun hat. Insofern ist der Zusammenhang nicht erklärlich. Es gibt ein internes Ausschreibungsverfahren, das verschiedene Kandidaten hatte, nicht abgeschlossen ist und insofern der Vervollständigung der Pressestelle dient. Nach den gegenwärtigen Entscheidungen ist dieser Prozess aber angehalten worden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Flierl!

Jetzt hat der Kollege Scholz von der Fraktion der CDU das Wort. – Bitte schön, Herr Scholz!

Oliver Scholz (CDU):

Danke schön, Herr Präsident! – Meine Frage richtet sich an das für Europathemen zuständige Senatsmitglied. – Ich möchte wissen, wie Sie im kommenden Jahr 2007, dem fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, tun wollen, um die Begeisterung der Menschen in dieser Stadt für Europa und die Europäische Union zu erhöhen? An welchen Stellen und in welcher Form werden Sie das mittlerweile offizielle Logo dieses Jubiläumsjahres anwenden?

Präsident Walter Momper:

Kollege Scholz, nach der Geschäftsordnung müssen Sie den Senator, den Sie fragen, benennen. Aber es war offenkundig, dass der Regierende Bürgermeister gemeint war. Er hat es auch so verstanden. – Herr Regierender Bürgermeister, Sie haben das Wort!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Für uns ist einerseits dieses Jubiläum und andererseits auch die EU-Ratspräsidentschaft ein Ansporn, den europäischen Gedanken nach vorne zu bringen. Die ganze Republik wird Aktivitäten durchführen. Wir werden uns daran beteiligen. Unter Federführung der Bundesregierung ist die Beteiligung aller Länder geplant. Wir werden uns am Bürgerfest beteiligen, werden besondere Aktivitäten in Brüssel haben und werden durch etliche Veranstaltungen, die wir gerne bereit sind, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten im Einzelnen vorzustellen, dieses besondere Jubiläum und die Ratspräsidents-

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

schaft nutzen, um den europäischen Gedanken nach vorne zu bringen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Scholz. – Sie haben das Wort, bitte schön!

Oliver Scholz (CDU):

Werden Sie sich nur beteiligen, oder werden Sie auch selbst die Initiative ergreifen? – Und ich bitte noch um eine Antwort zu der Verwendung des offiziellen Logos des Jubiläumsjahrs.

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister, bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Wir werden uns selbstverständlich nicht nur beteiligen, sondern haben eigene Aktivitäten beispielsweise in Brüssel oder hier in Berlin geplant.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Da wartet der Herr Regierende Bürgermeister!]

Zu dem Logo kann ich Ihnen jetzt keine Antwort geben, aber das können wir auch im Ausschuss nachholen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön!

Jetzt geht es weiter mit dem Kollegen Goetze von der Fraktion der CDU. – Bitte schön, Herr Goetze!

Uwe Goetze (CDU):

Ich frage den Herrn Bildungssenator: Herr Böger, halten Sie es für sachgerecht, dass an einer mir namentlich bekannten Grundschule ab 11.30 Uhr der Unterricht ausfällt, um dort eine Personalversammlung für Lehrer und Erzieher durchführen zu können? Handelt es sich dabei um einen Einzelfall, oder ist das ein an Berliner Schulen übliches Verfahren?

Präsident Walter Momper:

Herr Bildungssenator Böger, Sie haben das Wort!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Der Vorgang ist mir bekannt. Es geht wohl um eine Personalversammlung im Bezirk Pankow. Dort hat der Personalrat die Beschäftigten informiert, dass er ca. um 11.30 Uhr beginnen will. Ich habe daraufhin sichergestellt, dass die Schulen angewiesen werden, dass selbstverständlich der Unterricht als verlässliche Halbtagsgrundschule am Vormittag sicherzustellen ist, so wie das Gesetz dies vorsieht – erstens –,

und zweitens, dass für diejenigen Eltern, die eine Hortbetreuung bekommen, diese Hortbetreuung sichergestellt wird.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Böger! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Goetze. – Sie haben das Wort!

Uwe Goetze (CDU):

Der aktuelle Fall bezieht sich auf den Bezirk Reinickendorf, sodass möglicherweise auch weitere Schulen betroffen sind. Wie ist es zu verstehen, dass durch ein Schreiben der Schulleitung die Eltern gedrängt werden, sicherzustellen, dass ihre Kinder möglichst aus der Schule genommen werden, weil man nur im äußersten Notfall die Betreuung der verlässlichen Halbtagsgrundschule sicherstellen kann?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Böger, bitte!

Senator Klaus Böger (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Goetze! Dieser Vorgang, den Sie anspielen, in Reinickendorf, ist auch nicht den Regelungen und Gesetzen entsprechend. Ich kann das nur wiederholen: Es ist nicht die Aufgabe von Eltern, einen gesetzlichen Anspruch sicherzustellen. Und das von mir unterstützte Personalvertretungsrecht und das Recht auf Personalversammlung hat gegenüber dem gesetzlichen Recht der Betreuungspflicht am Vormittag in den Schulen zurückzutreten, um das glasklar zu sagen. Alles andere, was in der Berliner Schullandschaft passieren sollte und was ich erfahre, wird von mir unterbunden bzw. hat nicht meine Billigung.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Böger!

Jetzt geht es weiter mit Frau Kollegin Ströver von Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön, Frau Ströver!

Alice Ströver (Grüne):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Frage richtet sich an den Kultursenator Flierl. – Herr Senator Flierl, warum ist die nächste Lange Nacht der Museen im Januar 2007 abgesagt worden, unmittelbar nachdem der Museumspädagogische Dienst aufgelöst und mit der Berliner Kulturveranstaltungs GmbH fusioniert worden ist? Stimmen Gerüchte, dass es auch mit der mangelnden Finanzierung durch Sponsoren aufgrund des Verlustes der Eigenständigkeit zu tun hat?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Flierl!

Senator Dr. Thomas Flierl (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten):

Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Ströver! Es gibt bereits seit vielen Jahren die Debatte darüber: Wie viele Lange Nächte der Museen können wir uns in Berlin leisten? Reichen die eingeworbenen Drittmittel aus, um die Aufwendungen zu tragen? Einer der Gründe der Fusion von BKV und Museumspädagogischem Dienst war im Übrigen auch, dass die Großveranstaltungen des MD, die als solche außerordentlich erfolgreich und verdienstvoll waren, regelmäßig Defizite produziert haben, die durch den Haushalt ausgeglichen werden mussten und die Rechtsform einer unmittelbar der Kulturverwaltung nachgeordneten Einrichtung, des MD, völlig ungeeignet und haushaltsrechtlich höchst bedenklich war, wenn sie nicht sogar jenseits des Haushaltsrechts geführt wurde. Insofern ist es eine logische Konsequenz, dass die in mehrere 100 000 € gehenden jährlichen Defizite, die der MD produziert hat und die aus gutem Grund zur kulturpolitischen Bilanz des MD und seines langjährigen Leiters nicht hinzugerechnet wurden, nun aber auch berücksichtigt werden und deshalb zu einem kritischeren Nachfragen über die Häufigkeit dieser Veranstaltung geführt haben. Es waren also sowohl die nicht ausreichenden Einnahmen als auch die seit längerer Zeit geführte Debatte, die dazu geführt haben, darüber nachzudenken, wie oft diese Veranstaltung stattfinden soll. Bereits in den vergangenen Jahren haben die Winter-Langen-Nächte weniger Besucher mobilisiert. Deswegen gibt es jetzt die Entscheidung, die Lange Nacht im Februar ausfallen zu lassen, und im Rahmen der Neuaufstellung des Kulturprojektbüros wird das Format der Langen Nacht der Museen mit Schwerpunkt im Sommer fortgesetzt. Und wenn es gelingt, die Finanzierung darzustellen, soll diese überaus erfolgreiche und von Berlin erfolgreich exportierte Veranstaltung auch fortgeführt werden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Eine Nachfrage von Frau Ströver. – Bitte schön!

Alice Ströver (Grüne):

Gerade, weil Sie sagen, dass dieses Modell von anderen Städten vielfach kopiert worden ist, möchte ich Sie doch noch einmal fragen: Was glauben Sie, welche Wirkung – auch über Berlin hinaus – die Absage der nächsten Langen Nacht der Museen trotz der Problematik der Finanzierung, von der Sie gerade gesprochen haben, hat?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Flierl, bitte!

Senator Dr. Thomas Flierl (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kulturelle Angelegenheiten):

Ein unmittelbarer Zusammenhang, Frau Ströver, mit der Durchführung von Langen Nächten wie etwa der „nuit blanc“ in Paris oder Ähnlichem sind nicht zu erwarten. Wir haben ein sehr erfolgreiches Modell entwickelt. Wir wollen es auch fortführen. Wir wollen es nicht zweimal im Jahr durchführen, sondern einmal. Eine unmittelbare und noch dazu negative Wirkung kann ich nicht erkennen. Berlin ist außerordentlich reich an solchen Veranstaltungen. Wir müssen sie uns nur leisten können, und die bisherige Praxis, dieses durch Finanzausgleich aus dem Kulturhaushalt aufzufangen, geht nicht so weiter, deswegen diese Entscheidung. Ich sehe hier keineswegs eine negative Ausstrahlung für Berlin.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator!

Jetzt ist Frau Matuschek von der Linksfraktion mit einer Frage dran.

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich habe eine Frage an den Finanzsenator, Herrn Sarrazin. – Herr Sarrazin, in der Berliner Zeitung ist heute zu lesen, dass die Gehag, hinter der der US-Investmentfonds Oaktree steht, die WBM übernehmen möchte. Liegt Ihnen, der Geschäftsführung der WBM oder dem Aufsichtsrat ein diesbezügliches Angebot mit einem entsprechenden substanziellen Inhalt vor, oder ist das eine Presseente?

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Herr Finanzsenator Sarrazin!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Frau Abgeordnete Matuschek! Ich habe das gestern im Laufe des Tages ebenfalls aus den Medien gehört. Mir liegt kein Angebot vor, aber mir war das Interesse vorab bekannt.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Eine Nachfrage von Frau Matuschek! – Bitte schön!

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Vielen Dank! – Herr Sarrazin! Ein allgemeines Interesse ist aber noch kein konkretes Angebot, und deswegen auch die Frage: Wie gedenken Sie, mit einem konkreten Angebot, wenn es denn irgendwann einmal vorliegen würde, umzugehen?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Sarrazin!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Ich habe kein Angebot, und es gibt auch – wie Sie wissen – die eindeutige Linie, jetzt keine weiteren Gesellschaften zu verkaufen. Insofern ist die Frage eines Angebots gegenstandslos. Wenn ich es habe, werde ich es gern nachrichtlich an den Senat und auch an das Abgeordnetenhaus weiterleiten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Sarrazin! – Damit hat die Fragestunde wegen Zeitablauf ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3:

Aktuelle Stunde

Positive Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt – weniger Arbeitslose und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Antrag der SPD und der Linksfraktion

in Verbindung mit

Antrag auf Annahme einer Entschließung

Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit bleibt oberste Priorität der Politik im Land Berlin

Antrag der FDP Drs 16/0049

Jeder Fraktion steht eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung, die auf zwei Redner aufgeteilt werden kann. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann rufe ich für die Fraktion der SPD die Kollegin Frau Grosse auf. – Bitte schön, Frau Grosse, Sie haben das Wort!

Burgunde Grosse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der heutigen Aktuelle Stunde beschäftigen wir uns mit der Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt. Das Erfreuliche und das Aktuelle daran ist, dass wir heute seit langer Zeit über eine positive Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt sprechen können. Die Koalition hat dieses Thema ganz bewusst für die heutige Aktuelle Stunde gewählt, weil es wichtig ist, den Berlinerinnen und Berliner Mut zu machen.

Lassen Sie uns gemeinsam optimistisch in die Zukunft blicken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP – schade, Ihr Fraktionsvorsitzender ist nicht anwesend! Wer hier in den letzten Jahren rumgemurkst hat, können Sie sich selbst beantworten –, gucken Sie sich nur einmal Ihre Fraktionsstärke an, mehr möchte ich dazu nicht sagen!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Gestatten Sie mir eine zweite Bemerkung: Ihren Antrag auf Annahme einer Entschließung der Fraktion der FDP, der uns heute vorliegt, obwohl Sie das Thema eigentlich gar nicht behandelt haben wollen, spricht wirklich Bände. Wenn Sie nichts anderes zur Arbeitsmarktpolitik beizusteuern haben, als diese Umbenennung in Arbeit, Integration und Soziales, dann wäre es schlecht bestellt um die Arbeitsmarktpolitik.

[Rainer-Michael Lehmann (FDP): Das ist aber ein Signal Ihrerseits!]

In der letzten Legislaturperiode haben wir gegen Stellenabbau, Werkschließungen sowie Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland gekämpft und leider viel zu oft verloren. Der Kampf um das Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk ist zwar gewonnen, obgleich es auch hier einen schmerzlichen Abbau von rund 260 Arbeitsplätzen gibt. Der kämpferische Einsatz der Belegschaft hat dieses Mal aber dazu geführt, dass in Berlin weiter produziert wird und somit die so wichtigen Industriearbeitsplätze gerade auch für die jungen Menschen bei uns in der Stadt erhalten bleiben. Das hätten wir uns – und da sind Sie sicher mit mir einig – bei Samsung, JVC und Orenstein & Koppel, um nur einige zu nennen, auch gewünscht, denn die Belegschaften haben ebenfalls um ihre Arbeitsplätze gekämpft; sie haben aber leider verloren.

Heute können wir feststellen, dass der Jobmotor in Deutschland angesprungen ist. Auch Berlin hat seit Oktober 2005 weniger Arbeitslose – und das trotz des rot-roten Senats – und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.

[Rainer-Michael Lehmann (FDP): Das ist doch nicht Ihr Verdienst!]

Die Arbeitslosenquote ist in Berlin von 18,1 % auf 16,5 % gefallen.

[Frank Henkel (CDU): Was haben Sie damit zu tun?]

– Lassen Sie mich erst einmal ausreden, ein bisschen mehr Contenance, meine Herren! –

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion – Gelächter bei der CDU]

Das heißt, dass circa 30 000 Menschen seit dem letzten Jahr nicht mehr arbeitslos sind. Und da sind Sie nicht der Meinung, dass wir darüber im Parlament sprechen sollten? – Das ist eine richtige und wichtige Botschaft, das ist eine erfreuliche Entwicklung!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Das ist eine erfreuliche Entwicklung, zumal die Nachfrage nach Handwerkern gestiegen und der Trend des Abbaus seit der Wiedervereinigung endlich gestoppt ist. Das ist eine frohe Botschaft, gerade auch im Baugewerbe.

[Mario Czaja (CDU): Frohe Botschaften gibt es in vier Wochen!]

Burgunde Grosse

Darüber muss man reden, das muss man den Menschen sagen, damit sie eine Perspektive haben!

Der Ausbau des Flughafens Berlin-Brandenburg-International ist das größte Infrastrukturprojekt der Region und muss dazu genutzt werden, dass nur sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt werden. Schwarzarbeit darf keine Chance haben, deshalb soll ein Baustellenausweis für die dort Beschäftigten eingeführt werden.

Auf Grund der demografischen Veränderungen wird sich in den nächsten Jahren die Arbeitsmarktlage weiter für qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entspannen. Schon heute herrscht in einigen Bereichen ein erhöhter Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deshalb muss die Arbeitsagentur mehr Geld für Fort- und Weiterbildung ausgeben. Es kann nicht sein, dass Gelder an den Bund zurückgegeben werden, während an Fort- und Weiterbildung gespart wird.

Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass der erste Arbeitsmarkt – trotz der guten Prognosen und der demografischen Entwicklung – zur Zeit noch nicht in der Lage ist, für alle Erwerbslosen eine Beschäftigung zu schaffen. Das ist Fakt, und wir müssen und werden handeln. Für die Menschen in Berlin, die keine Chance auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

[Rainer-Michael Lehmann (FDP): Dann tun Sie doch etwas für den ersten Arbeitsmarkt!]

Die öffentlich geförderte Beschäftigung darf allerdings nicht dazu genutzt werden, bestehende reguläre Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zu verdrängen und danach zu ersetzen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Deshalb sollen die Einsatzfelder mit den Sozialpartnern abgestimmt werden. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen erstens für ältere Arbeitslose über 55 Jahre, zweitens für Langzeitarbeitslose mit vielfältigen Vermittlungshemmnissen und drittens für Langzeitarbeitslose, die seit mindestens zwei Jahren Arbeitslosengeld II erhalten und im Ergebnis eines Profiling keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, geschaffen werden.

Die Förderung des zweiten Arbeitsmarktes bleibt eine wichtige, weiterhin auch staatliche Aufgabe. Wir müssen und wollen in Berlin einheitliche Bedingungen schaffen, denn viele Arbeitslose haben die Erfahrung gemacht – und das sagen sie uns immer wieder –, dass sie in den zwölf Berliner Jobcentern unterschiedlich behandelt werden. Deshalb soll in der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung eine zentrale Steuerungs- und Serviceeinheit mit Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik nach dem SGB II eingerichtet werden.

Die Grundlage für eine berufliche Perspektive und einen beruflichen Erfolg ist nach wie vor eine Berufsausbil-

dung. Deshalb ist es notwendig, allen Jugendlichen, die eine Berufsausbildung anstreben, ein Angebot zu unterbreiten. Dabei behält auch für uns die duale Berufsausbildung nach wie vor Priorität. Wichtiges Ziel ist es, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Berlin zu erhöhen. Hier ist die Wirtschaft gefragt und steht somit auch in der Verantwortung für Berlin.

Die Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt wird uns nicht nur heute, sondern auch in dieser Legislaturperiode ständig beschäftigen. Lassen Sie uns gemeinsam mit der Wirtschaft, den Arbeitsagenturen und den Jobcentern zum Wohle der Berlinerinnen und Berliner handeln!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen der Opposition! Bei aller Kritik, die Sie sicherlich in Ihren Redebeiträgen noch haben, denken Sie bitte daran, dass die demokratischen Parteien gemeinsam die Arbeitslosigkeit bekämpfen müssen. Kritik darf nicht zur Perspektivlosigkeit der Menschen führen. Das sollte uns am 9. November eine besondere Mahnung sein.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von Benedikt Lux (Grüne)]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete! – Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dr. Steffel! – Bitte schön, Herr Dr. Steffel!

Dr. Frank Steffel (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Grosse! Ich nehme Ihnen Ihr Engagement für Arbeitsplätze, für soziale Gerechtigkeit, für vieles andere ausdrücklich ab, habe allerdings den Eindruck, dass das Interesse beim Senat bei dieser wichtigen Aktuellen Stunde außerordentlich begrenzt ist. Zumindest stelle ich bei dem Regierenden Bürgermeister fest, dass – wie in den letzten fünf Jahren auch – ihn auch heute das Thema nicht wirklich interessiert. Andere Senatoren, das überrascht mich nicht, aber ich möchte es dennoch erwähnen, – Finanzen, Bauen, Bildung, Wissenschaft, Kultur – sehen offensichtlich keinen inhaltlichen Zusammenhang zu ihren Ressorts und dem Thema Arbeitsplätze und all dem, was Sie in Ihrer Rede zu Recht damit verbunden haben.

Das Thema der Aktuellen Stunde von SPD und Linkspartei.PDS deutet nach unserer Einschätzung entweder auf eine Verlängerung des Wahlkampfes hin, auf ziemliche Realitätsverweigerung, oder es ist ein Pfeifen im dunklen Wald, denn wie Sie angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage sehr vieler Berlinerinnen und Berliner, des Berliner Mittelstandes, der Berliner Arbeitnehmer, aber gerade auch der Lage von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ernsthaft zu der Aussage einer positiven Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt kommen, entzieht sich zumindest beim Studium der Zahlen meiner Kenntnis.

Dr. Frank Steffel

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Seit fünf Jahren ist Berlin in allen relevanten Statistiken im Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereich stets auf dem letzten, vorletzten, maximal drittletzten Platz aller Bundesländer. Die Frage war bis zur Abwahl von Herrn Höppner in Sachsen-Anhalt, welches der drei rot-roten Länder hat die rote Laterne, welches hat den vorletzten, welches den drittletzten Platz.

Mittlerweile hat selbst Ministerpräsident Höppner nicht nur dafür die Quittung von den Wählerinnen und Wählern erhalten, sondern hat selbst in Mecklenburg-Vorpommern Herr Ringstorff erkannt, dass offenkundig mit rot-roten Konzepten erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik nicht möglich ist. Ich wette heute mit Ihnen, dass das, was Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung vereinbart haben, dazu führen wird, dass Mecklenburg-Vorpommern mit der rot-schwarzen Koalition in 5 Jahren in allen Indikatoren vor Berlin liegt. Denn wenn wir uns die Indikatoren anschauen, dann müssen wir leider feststellen, dass die Rahmenbedingungen unverändert dramatisch sind. Und ich neige nicht dazu, den Standort schlechtzureden, weiß Gott nicht. Aber wir haben –

[Zurufe von der SPD]

– Hören Sie zu und lassen Sie uns dann inhaltlich im Ausschuss oder wo auch immer diskutieren. Wir haben ja so eine Zwischenphase: Der Senat ist nicht gewählt, Sie wollen aber ein wesentliches Thema diskutieren, aber der Senat, der dafür zuständig ist, ist eigentlich gar nicht anwesend oder kaum noch im Amt.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Sind beide anwesend!]

277 000 Arbeitslose haben wir, 300 000 Sozialhilfeempfänger. Über 1 Million Berlinerinnen und Berliner leben von Sozialhilfe, das sind mehr Menschen als diejenigen, die sich in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen befinden. Wir haben 175 000 Kinder in Berlin in relativer Armut, davon 80 000 unter 8 Jahren. Ich will das nicht dramatisieren, aber ich finde, es gehört zu einer ehrlichen Betrachtung, wenn Sie von einer positiven Entwicklung sprechen, der Redlichkeit halber dazu: 435 000 Personen in Berlin sind als arm definiert. Das sind fast 13 % der Berliner Bevölkerung. Und Sie reden heute und in anderen Reden des Wirtschaftssenators, des Regierenden Bürgermeisters so, als ob wir uns mitten in einem Wirtschaftswunder befänden. Man muss attestieren, dass es offenkundig auch dem rot-roten Senat nicht gelungen ist, den bundesweiten Aufschwung ganz zu unterbinden, und trotz der Politik der rot-roten Landesregierung hat man sich gegen Teile des Aufschwungs, insbesondere im Finanzbereich bei den Steuereinnahmen durch den Länderfinanzausgleich, durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die damit verbundenen Effekte für Berlin, nicht wehren können.

Ich will Ihnen aber sagen, wie Sie Ihre Statistik in Berlin manipulieren, ich benutze bewusst kein anderes Wort. Der Unternehmerverband hat am 3. November 2006 darauf hingewiesen, dass man nach genauer Prüfung der Da-

tenlage zu folgendem Ergebnis kommt: Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 10 300 gesunken. Es wurden aber im Oktober 11 500 Personen mehr mit Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert als im September. Es gibt also 1 000 Menschen weniger in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, und nur deshalb ist die Statistik geschönt, weil Sie rechtzeitig im Wahlkampf 11 000 Berliner in den so genannten zweiten und dritten, d. h. den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt geschafft haben, ohne auch nur im Ansatz darüber nachzudenken, wie diese Menschen jemals dort wieder herauskommen und wieder Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt erreichen sollen.

Der UVB stellt weiter fest: Die Unterbeschäftigung, d. h. die Zahl der Arbeitslosen und die der mit Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik Geförderten, ist gestiegen. Ich wiederhole: Die Unterbeschäftigung ist gestiegen. Und das in einem Monat, wo bundesweit die niedrigste Arbeitslosigkeit seit langen, langen Jahren bei einer Rückführung des zweiten und dritten Arbeitsmarkts festzustellen ist. Hervorzuheben – so endet der UVB – ist also die wachsende Unterbeschäftigung und keineswegs die sinkende Zahl der statistisch falsch ausgewiesenen Arbeitslosen. – Das ist die nüchterne Bilanz dieses Senats.

Und auch der DGB – um nicht nur auf der falschen Seite in die Statistiken zu schauen – kommentiert die Oktoberstatistik; Herr Senator Wolf, wie folgt:

Wenn die Oktoberstatistik zur Arbeitslosigkeit als Herbstaufschwung von politisch Verantwortlichen verkauft wird, sollte endlich Realismus angebracht sein. Wer von Abbau der Arbeitslosigkeit und steigenden Zahlen sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze spricht, darf keinesfalls vergessen, dass 73 000 Arbeitsplätze öffentlich gefördert werden.

Der UVB ergänzt: Das sind 80 000 mehr als im Jahr 2000. – Das nur zur Wahrheit. Das ist die Wahrheit, hat nichts mit schlechtreden und dramatisieren zu tun, lediglich mit Wahrheit und mit den Fakten, die die Menschen zu Recht wissen sollten, wenn sie Politik in Berlin beurteilen.

Jetzt schauen wir uns an: Was hat der Senat, was hat die rot-rote Regierung, die ihre Arbeit fortsetzen möchte, in ihrer Koalitionsvereinbarung beschlossen? – Ich zitiere mit aller Vorsicht die relevanten Verbände. Die Handwerkskammer teilt mit:

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und PDS müssen jeden enttäuschen, der sich eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin erhofft hat.

Der Hauptgeschäftsführer der IHK teilt mit:

Die Koalition verspielt leichtfertig die Chancen zur Sanierung des Landeshaushalts und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

Die Unternehmerverbände teilen mit:

Dr. Frank Steffel

Rot-Rot hat wieder einmal das Wachstumsproblem der Stadt nicht konkret angepackt.

Ich könnte die Zitate beliebig fortführen und neige nicht dazu, politische Diskussionen über Zitate von Dritten zu führen. Aber Sie sollten mindestens zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur die Opposition im Landtag, sondern offenkundig fast jeder, der sich in Berlin mit Wirtschaftspolitik beschäftigt, den Eindruck hat, dass Mittelstand, kleine und mittlere Unternehmen, Arbeitnehmer, viele andere Fragen, Existenzgründungen usw. in Ihrer Politik, in Ihrer Koalitionsvereinbarung – das Interesse des Senats zeigt das – offenkundig überhaupt nicht vorkommen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Sie haben überhaupt nicht erkannt, dass das wesentliche Ergebnis der neuen Steuerschätzung nicht der glückliche Umstand ist, dass Sie etwas mehr Geld in die Kassen bekommen. Darüber freuen wir uns alle. Die wesentliche Erkenntnis ist die, dass Sie nur mit Wirtschaftswachstum, mit Schaffung von Arbeitsplätzen, mit neuen Arbeitsplätzen, mit weniger Sozialhilfeempfängern, mit mehr sozialen Leistungen durch Arbeitsplätze überhaupt die staatlichen Probleme in Finanzen und sozialen Sicherungssystemen in den Griff bekommen. Und dafür tut dieser Senat nichts, aber auch gar nichts.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Was fällt dem Finanzsenator – in Wirtschaftskreisen teilweise geschätzt – ein? – Der Finanzsenator artikuliert sich: Berlin spielt nicht in der Liga von Hamburg oder München, sondern er vergleicht Berlin mit Duisburg und Dortmund. – Sie begrüßen das, das ist mir klar. – Unabhängig davon, dass ich die Aussage für sich genommen für verheerend halte, aus vielerlei Gründen, die wir nicht vertiefen müssen – ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir gemeinsam Berlin eher mit Paris, Rom und London vergleichen und nicht mit Duisburg, Dortmund, Recklinghausen oder Osnabrück.

[Beifall bei der CDU]

Aber nicht einmal diesen Vergleich bestehen Sie! Denn wenn Sie wenigstens die Arbeitslosenzahlen von Duisburg und Dortmund hätten, wäre ich ja zufrieden.

[Christian Gaebler (SPD): München!]

Wir haben in Berlin 16,5 % Arbeitslose. Die von Stahl und Kohle und vielen Strukturproblemen gebeutelten Großstädte Duisburg und Dortmund haben eben keine 16,5 % Arbeitslosigkeit, sondern Duisburg 15,7 % und Dortmund 15,9 %. Ich wäre schon dankbar, wenn Sie es wenigstens schaffen würden, in den wesentlichen Kennziffern auf das Niveau von Duisburg und Dortmund zu kommen. Aber selbst das schafft Ihre Politik zurzeit nicht.

Es gibt übrigens noch ein Zitat von Sarrazin, das beschreibt das Problem der SPD-Fraktion, Frau Grosse, sehr deutlich. Sarrazin sagt:

In Berlin leben rund 4 % der deutschen Bevölkerung, aber allein 10 % der deutschen Hartz-IV-Empfänger.

Da hat er zweifelsfrei recht. Aber wie Sie dann zu dieser Überschrift kommen, die da hinten hängt: „Positive Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt“, ist mir völlig schleierhaft. Wie kann man eine solche Verblödung von Menschen, die dieser Debatte zuhören, im Parlament zwischen den Wahlen veranstalten?

Übrigens, eins haben Sie getan in Ihrer Koalitionsvereinbarung: Sie haben die Ressorts Wirtschaft und Arbeit getrennt. Was bedeutet das? – Sie docken das Arbeitsressort am Sozialressort an. Sie machen also Arbeit zu einer Betreuungsfrage, zu einer Frage von Verteilungsgerechtigkeit, aber nicht zu der Frage: Wie verbinden wir Wirtschaftswachstum mit der Schaffung von Arbeitsplätzen?

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Und das beides noch in PDS-Hand liegt, zeigt, wo die Bedeutung der Sozialdemokratie für den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Berlin liegt.

Herr Präsident, ich habe gesehen, dass 10 Minuten immer noch 10 Minuten sind. Insofern mache ich es sehr kurz und sage Ihnen, dass Sie auch in den wesentlichen Standortfaktoren große Fehler machen. Einheitsschule schreckt ab, Universitäten werden geschliffen, weil Studiengebühren nicht dazu führen, dass Lehre und Forschung mehr Geld erhalten, Sie haben Gleichmacherei, Erhöhung der Grund- und Grunderwerbssteuer statt Senkung der Steuern und vieles andere beschlossen. Ich bin mir sehr sicher, mit Ihrer Politik werden wir in 5 Jahren weitere Rekorde feiern, werden noch mehr Arbeitslose haben, noch mehr Sozialhilfeempfänger, weniger Unternehmen, weniger Existenzgründer. Im Ergebnis wird dieser Senat es schaffen, Mecklenburg-Vorpommern vom letzten Platz aller Statistiken abzulösen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Danke schön, Herr Dr. Steffel! – Als nächste hat Frau Dr. Klotz von der Fraktion der Grünen das Wort!

[Dr. Martin Lindner (FDP): Die PDS fällt aus, die hat nichts mehr zu sagen!]

– Verzeihen Sie, zunächst ist die Linksfraktion an der Reihe. Frau Breitenbach, Sie haben das Wort. – Bitte!

Elke Breitenbach (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die positive Entwicklung auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist von Frau Grosse bereits dargestellt worden. Ich teile diese Darstellung.

[Beifall bei der SPD –

Dr. Martin Lindner (FDP): Bravo! Bravo! Bravo! –
Mario Czaja (CDU): Champagner!]

Nichtsdestotrotz – das hat bisher niemand bestritten – gibt es in Berlin immer noch 277 000 Menschen, die Arbeit suchen. Gleichzeitig reicht das Arbeitsplatzangebot auf

Elke Breitenbach

dem ersten Arbeitsmarkt nicht aus. Das heißt: Politik ist weiterhin gefordert, nicht nur die Landes-, sondern auch die Bundespolitik. Wenn man mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen will, dann brauchen wir endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, den die Bundesregierung einführen sollte.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Dr. Martin Lindner (FDP): Genau! –
Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):
Es ist immer dasselbe!]

Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Darüber hinaus wollen wir, dass die arbeitsmarktpolitische Palette, die das SGB bietet, endlich genutzt wird. Wir kritisieren die Konzentration der Regionaldirektionen und der Jobcenter auf die Ein-Euro-Jobs schon lange. Wir haben aber nicht die Möglichkeit, etwas anzuweisen oder einfach zu verändern. Wir müssen weiterhin versuchen, Lösungen mit den Beteiligten zu finden. Auch das wollen wir weiter versuchen.

Wir können auf viele Erfahrungen in Berlin hinweisen bei der Förderung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Hervorheben möchte ich hier das Landesprogramm „Stelle statt Stütze“, bei dem es einen Lohnkostenzuschuss für kleine und mittlere Betriebe gibt, die einen Langzeitarbeitslosen unbefristet einstellen.

[Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne): Seit zehn Jahren!]

– Ja, Frau Klotz, seit zehn Jahren. Man muss jetzt aber nicht so tun, als habe es keine Hartz-Gesetze gegeben, die zunächst einmal ganz viel verändert haben.

[Zuruf von Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne)]

Im Übrigen sind Sie gleich an der Reihe. – Im Landesprogramm „Stelle statt Stütze“ konnten im vergangenen Jahr 500 Erwerbslose auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, davon waren über die Hälfte Frauen. Dieses Jahr gab es 600 Förderfälle. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir künftig weiter ausbauen.

Wir wollen darüber hinaus einen Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Wir wollen endlich Arbeit und nicht Perspektivlosigkeit finanzieren. Ein solcher Beschäftigungssektor könnte geschaffen werden, wenn man die Mittel bündeln könnte, die jetzt zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit verwendet werden. Das jedoch ist durch das Hartz-IV-Gesetz nicht mehr möglich. Gebündelt werden sollen die Regelleistungen plus Sozialversicherungsbeiträge, die Kosten für die Unterkunft und das Entgelt der Arbeitsgelegenheiten, also der so genannten Ein-Euro-Jobs. Nötig sind dafür allerdings bundesgesetzliche Änderungen. Das wurde und wird bislang von der alten, aber auch der jetzigen Bundesregierung abgelehnt. Deshalb werden wir uns weiterhin für diese notwendigen Änderungen einsetzen, gegebenenfalls auch mit einer Bundsratsinitiative.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Beifall von Burgunde Grosse (SPD)
und Lars Oberg (SPD)]

Solange die Bundesebene einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor blockiert, wollen wir in Berlin ein Modellprojekt schaffen. Wir wollen zeigen, dass durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor sinnvolle und existenzsichernde Arbeit geschaffen werden kann. Umsetzen wollen wir dieses Pilotprojekt, indem wir die Gelder der jetzt möglichen Entgeltvariante mit den landeseigenen Mitteln für die Kosten der Unterkunft bündeln. Damit wollen wir in einem Pilotprojekt 2 500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen.

[Mario Czaja (CDU): 250 000!]

Diese sollen dann auch entsprechend der Qualifikation und in Anlehnung an Tarifverträge vergütet werden. Die Arbeitsplätze sollen auch nicht, wie jetzt bei den Ein-Euro-Jobs, einfach zugewiesen werden, sondern

[Mario Czaja (CDU): Versteigert!]

wir möchten ein ordentliches Bewerbungsverfahren, in dem sie vergeben werden. Ein Teil der Arbeitsverhältnisse soll auf dem ersten Arbeitsmarkt im Non-Profit-Bereich angesiedelt werden, ein anderer Teil im Bereich der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Was könnten das für Projekte sein? – Beispielsweise könnten Nachbarschaftsläden in Großsiedlungen geschaffen, es könnten Betreuungsangebote rund um das Wohnen angeboten werden, auch Geschäftsstraßenmanagement ist denkbar. Erste Schritte sind bereits gemacht worden, ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Projekt Kinderbetreuung außerhalb der Kitaöffnungszeiten. Dadurch wird auch deutlich, dass es um Bereiche geht, in denen es bislang kein oder kein ausreichendes Angebot gibt. Bestehende Arbeitsplätze – auch darauf hat Frau Grosse schon verwiesen – dürfen durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor nicht gefährdet werden.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Ein paar Kitatanten einstellen, das hilft der Wirtschaft!]

– Herr Lindner! Sie können von „Kitatanten“ sprechen, vielleicht fällt Ihnen aber auf, dass das nicht die korrekte Berufsbezeichnung ist und dass der Ausdruck ansonsten ein bisschen sexistisch ist.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –
Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne): Das kennt
der Onkel Martin nicht anders!]

Ideen für Projekte in einem öffentlichen Beschäftigungssektor gibt es. Es wurden auch schon eine ganze Reihe an uns herangetragen. Deshalb möchten wir gern einen Ideenwettbewerb ausschreiben und die Beschäftigungsfelder, in denen solche Projekte eingesetzt werden gemeinsam mit den Sozialpartnern abstimmen.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich hoffe, dass Sie sich an einem solchen Modellprojekt konstruktiv beteiligen, dass Sie zum Gelingen beitragen und dass Sie mit uns gemeinsam deutlich machen: Ein öffentlicher Beschäftigungssektor ist nötig. Er schafft sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeit und er fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Jetzt hat Frau Dr. Klotz von den Grünen das Wort!

Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bleibe immer freundlich Frau Bluhm! Ich bin sogar so freundlich, dass ich mit einer etwas paradoxen Eröffnung anfangen und mit etwas beginne, was uns alle eint. Können Sie sich noch an den Wahlkampf erinnern? Können Sie sich noch erinnern, was Vertreter und Vertreterinnen aller Parteien auf die Frage geantwortet haben, wo eigentlich neue Arbeitsplätze in Berlin entstehen? – Wir haben bei allen Unterschieden zwischen SPD und Grünen, zwischen CDU und FDP gesagt, dass es zwei Zukunftsbranchen in dieser Stadt gibt. Das eine ist der Gesundheitssektor, das andere ist die Kultur- und Medienwirtschaft. Wir alle haben das im Wahlkampf gesagt.

[Martina Michels (Linksfraktion):
Und der Senat, richtig!]

Wir Grünen hätten allerdings nicht gedacht, dass die erste Maßnahme, Frau Michels, des neuen Kultursenators bevor er im Amt ist zur Unterstützung der 75 000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in diesem Bereich, zur Unterstützung der 20 000 Unternehmen und der vielen Selbstständigen im Bereich der Kultur die Abschaffung des Kulturressorts sein wird. Das hatten wir uns nicht vorgestellt. Das ist auch ein arbeitsmarktpolitischer Bärenrendienst,

[Martina Michels (Linksfraktion): Das
ist weit hergeholt!]

– Das ist nicht weit hergeholt! – der mit der Abschaffung des Kulturressorts geleistet wird.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass einer der wenigen wirtschaftlichen Wachstumsbranchen, die in Berlin existieren, ein solcher Bärenrendienst erwiesen wird. Sie werden das noch bereuen, genau so, wie es in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein bereut wird. Für Berlin als Kulturmetropole ist diese Entscheidung ohnehin das absolut falsche Signal.

[Beifall bei den Grünen]

Es ist gesagt worden, dass in Berlin – wie im Bundestrend – die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zurückgeht, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse endlich wieder zunimmt.

Ich sage für meine Fraktion – Frau Grosse, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen –: Wir freuen uns darüber. Das ist doch ganz klar, dass wir uns darüber freuen und dass wir diesen erfreulichen Umstand als einen solchen bezeichnen. – Aber zur Wahrheit gehört eben auch, Frau Grosse, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir heute die-

selbe Arbeitslosenzahl und dieselbe Arbeitslosenquote wie vor fünf Jahren haben und dass es nicht reicht, nur mit dem November und Oktober des vergangenen Jahres zu vergleichen.

[Zuruf von der SPD]

Deswegen kann ich den Erfolg der rot-roten Koalition bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht erkennen. Es gibt ihn nicht.

[Beifall bei den Grünen und der FDP –
Beifall von Christian Gräff (CDU)]

Ich hätte gedacht, dass Sie als Gewerkschaftlerin in der Lage sind, Frau Grosse, die Lage nicht schönzureden, wenn man sich die Zahlen anguckt. Wenn man sieht, was für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zugenommen haben, dann sind es die Minijobs, die in Berlin nach oben gegangen sind. Es ist die Leiharbeit. Es ist die Zeitarbeit, die richtig nach oben gegangen ist und die deutlich zugenommen hat. Wir haben 50 000 Personen im öffentlich geförderten Bereich, davon 40 000 MAE-Maßnahmen, also die sogenannten Ein-Euro-Jobs. Damit ist Berlin die Hauptstadt der Ein-Euro-Jobs. Das ist genau das Instrument, das die PDS politisch so hart bekämpft. Und wir haben es in Berlin mit immer mehr Menschen zu tun, die trotz Arbeit Arbeitslosengeld II bekommen, die also trotz Arbeit arm sind. Das gehört auch zur Wahrheit und muss ausgesprochen werden.

[Beifall bei den Grünen –
Zuruf von Martina Michels (Linksfraktion)]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Frau Dr. Klotz! Frau Grosse möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie das?

Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):

Wird mir ja nicht mehr auf die Zeit angerechnet. – Dann erlaube ich das.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Frau Grosse! Sie wollten eine Zwischenfrage stellen. – Bitte schön!

Burgunde Grosse (SPD):

Frau Klotz! Sie wollen hier die Wahrheit sagen, wie Sie gerade dargestellt haben. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass vor fünf Jahren in den Arbeits –

[Zurufe: Frage!]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Frau Kollegin Grosse! Wir brauchen eine Frage von Ihnen.

Burgunde Grosse (SPD):

Frau Klotz! Ist Ihnen bewusst, dass die Arbeitslosenzahlen vor fünf Jahren ganz anders berechnet wurden, weil die Hartz-IV-Empfänger noch nicht enthalten waren?

[Beifall von Martina Michels (Linksfraktion)]

Und deswegen ist der Vergleich wohl nicht richtig.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):

Das ist mir bewusst, Frau Grosse, und deswegen habe ich mich an die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg gewendet – das können Sie auch tun –, und dort kann man eine Statistik erhalten, die unter Berücksichtigung der neuen, sozusagen veränderten Gesetzeslage die Arbeitslosenquoten von 2001 und 2006 miteinander vergleicht. Und was ist das Ergebnis, Frau Grosse? Die Arbeitslosenquote ist heute genauso hoch wie 2001. Also, das ist mir sehr wohl bewusst.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Zuruf von Burgunde Grosse (SPD)]

Der allergrößte Skandal in diesem Zusammenhang – den finde ich wirklich empörend und will ihn hier deutlich nennen – ist die Arbeitsmarktsituation von jungen Erwachsenen unter 25 Jahren, von denen dauerhaft zwischen 30 000 und 35 000 erwerbslos sind. Dazu kommt nach Schätzungen von Insidern noch einmal eine fast genauso hohe Zahl von Jugendlichen, die in Warteschleifen sitzen, die auf Ausbildungsverträge warten. Das heißt, wir haben zwischen 50 000 und 60 000 junge Leute in der Stadt, die für sich keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt sehen. Dieses Problem ist Ihnen nicht nur heute in der Aktuellen Stunde kein Wort wert, sondern es ist Ihnen in Ihrem Koalitionsvertrag auch kein Wort wert. Das ist ein absoluter Skandal.

[Beifall bei den Grünen –
Martina Michels (Linksfraktion): Das stimmt nicht! Es steht drin!]

Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass eine rot-rote Koalition, die sich die soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, dazu nichts sagt. Frau Susanne Kahl-Passoth hat recht mit dem, was sie heute in der „taz“ sagt. Frau Michels! Ich kann sehr gut lesen und habe festgestellt, dass das Problem der Unter-25-Jährigen, der jungen Erwerbslosen bei Ihnen eine halbe Seite einnimmt. Und es geht noch weiter. Sie haben das Thema „berufliche Bildung“ bei der Benennung der Ausschüsse im Haus vergessen. Sie haben es schlicht vergessen. Es kam nicht vor. Und wo landet das Ressort „Berufliche Bildung“? Landet es im Zukunftsressort Bildung und Wissenschaft? – Nein, da landet es nicht! Es landet bei der Arbeitsmarktpolitik, die wahrscheinlich nicht einmal mehr eine eigene Staatssekretärin oder einen eigenen Staatssekretär mit dem Namen haben wird.

[Pfui! von der CDU –

Uwe Doering (Linksfraktion): Woher wissen Sie denn das?]

Wie Sie dieses Problem behandeln, finde ich unterirdisch. Es ist nicht angemessen. Sie haben offensichtlich überhaupt noch nicht begriffen, was die wirklichen Probleme in der Stadt sind.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Frau Dr. Klotz! Herr Dr. Lederer hat eine Zwischenfrage angemeldet.

Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):

Bitte, da mir das nicht angerechnet wird!

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Teilen Sie meine Einschätzung, dass die Zeit der Vollbeschäftigung vorbei ist? – Und wenn wir gerade dabei sind: Erinnern Sie sich noch daran, wer es erfunden hat, den Druck auf die Schwächsten in dieser Gesellschaft, nämlich die Arbeitslosen, zu erhöhen?

Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):

Ich habe das nicht verstanden. Die Vollbeschäftigung ist vorbei. Ob ich das weiß – und was war der zweite Teil?

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Wissen Sie noch, wer seinerzeit die Idee hatte, als Antwort darauf den Druck auf die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland selbst zu erhöhen?

[Ramona Pop (Grüne): Lafontaine!]

Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):

Das war in erster Linie Ihr Koalitionspartner in Berlin, nämlich die Sozialdemokratie, lieber Herr Lederer!

[Beifall bei den Grünen –
Zurufe von der SPD]

Ich finde, die Kritik an der Bundespolitik muss sein, und sie ist berechtigt. Ich habe Teile von Hartz IV immer kritisiert. Aber das ist kein Freifahrtschein für eine Landespolitik, die sich dezent zurücklehnt. Frau Breitenbach braucht nicht einmal 60 Sekunden, um die Verantwortung beim Bund zu suchen, anstatt zu gucken, was man hier vor Ort selbst machen kann, Herr Lederer! Das ist das Problem mit Ihnen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Deswegen hat Frau Susanne Kahl-Passoth, Chefin der Diakonie in Berlin recht, wenn sie heute in der „taz“ sagt: Es gibt zum Thema Armut, es gibt zum Thema Beschäftigung insbesondere von jungen Erwachsenen in diesem

Dr. Sibyll-Anka Klotz

Koalitionsvertrag nichts Neues, und das findet sie enttäuschend, und da hat sie recht, Herr Lederer!

[Beifall bei den Grünen]

Dabei hätten Sie es in der Hand. Es gibt Möglichkeiten. Es ist nicht so, dass man nichts machen kann. Verdoppeln Sie doch beispielsweise die Zahl der Ausbildungsplätze in den öffentlichen Unternehmen!

[Beifall bei den Grünen]

Das wäre eine Variante.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Am besten wir verkaufen sie!]

Bei Vivantes! Bei der BVG! Bei den öffentlichen Unternehmen, die dem Land gehören! Schmieden Sie einen Pakt mit den großen Unternehmen dieser Stadt! Mit den Verlagen beispielsweise! Mit Unternehmerinnen und Unternehmern nichtdeutscher Herkunft, die auch allesamt eine Verantwortung für dieses Thema tragen! Da stimme ich denen zu, die das vor mir gesagt haben. Und sorgen Sie – last but not least – dafür, dass das Geld der Jobcenter nicht wie in der letzten Legislaturperiode in der Größenordnung von 300 Millionen € zurückgegeben wird, sondern sorgen Sie dafür, dass es für Bildung, Qualifizierung und Schulabschlüsse in dieser Stadt ausgegeben wird!

[Beifall bei den Grünen]

Da meine Redezeit gleich um ist, will ich noch etwas zu dem Ressortzuschnitt sagen, den Sie hier zu verantworten haben. Da teile ich die Einschätzung von Herrn Steffel nicht. Ich bin froh, dass Sie Arbeit und Soziales wieder zusammenlegen. Schön wäre gewesen, wenn Sie es 2001 gar nicht auseinandergelegt hätten. Dann hätten Sie es jetzt nicht wieder zusammenlegen müssen. Ich finde es richtig, dass die Umsetzung von Hartz IV und das SGB II auch ressortmäßig in einer Hand sind. Dass Sie allerdings das Schaffen existenzsichernder, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze so ernst nehmen, dass Sie im Zuge dieser Zusammenlegung gleich noch ein Senatorenamt für die PDS schaffen müssen, das, meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, wäre nicht nötig gewesen.

[Zurufe von der Linksfraktion]

Das ist der Beweis, dass Ihnen die Postenschacherei im Land wichtiger ist als die Gestaltung einer wirklichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP – Gelächter bei der Linksfraktion]

Deswegen wünsche ich mir – anders als in den vergangenen fünf Jahren, wo immer nur nach dem Bund geguckt wurde, und wenn es der Bund nicht war, dann war die Globalisierung schuld –, dass Sie die Möglichkeiten, die es im Land gibt, die Einflussmöglichkeiten, die Sie haben, nutzen, zum Nutzen der Erwerbslosen in der Stadt, damit Sie 2011 nicht wieder mit so einer schlechten Arbeitsmarktzahl dastehen, wie Sie es heute tun.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP –
Zurufe von der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Als Nächster hat Herr Lehmann von der FDP-Fraktion das Wort.

Rainer-Michael Lehmann (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich schon, dass die neue rot-rote Koalition gerade dieses Thema zu Ihrer ersten Aktuellen Stunde macht. Auf keinem anderen Themengebiet hat die Koalition so eklatant versagt wie auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik.

[Beifall bei der FDP]

Der Senat ist in den letzten fünf Jahren als Arbeitslosen-senat in die Geschichte des Landes Berlin eingegangen. Unter keinem anderen Senat waren so viele Menschen arbeitslos wie unter dieser rot-roten Koalition.

[Burgunde Grosse (SPD): Ach, Herr Lehmann!]

Zwar ist die Arbeitslosigkeit dank der guten konjunkturellen Entwicklung zurückgegangen, aber wir dürfen eines nicht vergessen:

Zu den derzeit 277 000 Arbeitslosen in Berlin müssen wir noch 14 500 hinzuzählen, die sich in einer Qualifizierung befinden. Dazu kommen noch ungefähr 33 000, die sich in beschäftigungsbegleitenden oder beschäftigungsschaffenden Maßnahmen befinden. Zählt man die Bedarfsgemeinschaften und diejenigen, die überhaupt nicht mehr registriert sind, hinzu, so kommt man auf eine Zahl, die zwischen 430 000 und 450 000 liegt.

Der Unternehmerverband, den bereits der Kollege Steffel zitiert hat, meint dementsprechend, dass die geförderten Personen im Vergleich zum Jahre 2000 um 80 000 gestiegen sind. Bei einer Bevölkerungszahl von 3,5 Millionen ist dies eine Katastrophe. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zwischen 2000 und 2005 um 11 % zurückgegangen.

Jeder Zweite lebt von staatlichen Leistungen. Die Armut ist exorbitant gestiegen. Allein über 150 000 Kinder sind massiv von Armut betroffen. Unternehmen, die eigentlich Arbeitsplätze in Berlin schaffen sollten, werden stattdessen vergault und durch einen bürokratischen Monsterapparat gezeißelt.

[Beifall bei der FDP]

Es ist richtig, dass die Belebung der Konjunktur zu mehr Arbeitsplätzen führt. Insofern ist der Titel der Aktuellen Stunde heute nicht ganz von der Hand zu weisen. Doch was hat die konjunkturelle Entwicklung und damit die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen mit den Leistungen der rot-roten Koalition zu tun? – Rein gar nichts! Anderherum wird ein Schuh daraus: Trotz eines Senats, der Arbeitsplätze vernichtet hat, ist dank des Bundestrends und

Rainer-Michael Lehmann

nur wegen des Bundestrends eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten. Das hat mit Rot-Rot in Berlin überhaupt nichts zu tun.

[Beifall bei der FDP]

Der rot-rote Senat war ein Arbeitsplatzvernichter, ist ein Arbeitsplatzvernichter und wird in den nächsten fünf Jahren ein Arbeitsplatzvernichter bleiben.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Man muss ihn direkt für die steigende Armut in Berlin verantwortlich machen. Wer als erste Amthandlung die Steuern erhöht, der wird auch in Zukunft nicht davor zurückschrecken, die Leistungsbereitschaft von vielen Menschen weiter zu beschränken.

Die Erhöhung von Grunderwerbssteuer und Grundsteuer wird in Zukunft weitere Arbeitsplätze kosten. Es ist doch grotesk: In den Senatsverwaltungen werden demnächst Millionen verschleudert, weil die Umzugskisten gepackt werden, und andererseits werden die Steuern erhöht. Erklären Sie das den vielen Arbeitslosen in dieser Stadt! Wer sich eine so überbürokratisierte Verwaltung leisten kann, der braucht wirklich nicht von einer exorbitanten Haushaltskrise zu reden.

Welche Konsequenzen wird der neue Senat aus der schlechten arbeitsmarktpolitischen Lage ziehen? – Da gibt es den Koalitionsvertrag, und was ich daraus entnehme, ist einerseits ein bürokratisches „Weiter-so!“ und andererseits eine Zementierung des zweiten Arbeitsmarktes beziehungsweise die Schaffung eines dritten Arbeitsmarktes. Rot-Rot will in der arbeitsmarktpolitik eine andere Republik. Sie haben überhaupt gar kein Interesse mehr daran, dass sich Menschen selbständig und in Eigenverantwortung eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt suchen.

Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag:

Notwendig ist neben dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor.

Lieber Senat! Ich rufe Ihnen zu – was ich im Übrigen bereits die letzten fünf Jahre getan habe –: Ändern Sie die Strukturen des Arbeitsrechtes, senken Sie die Steuern, und schaffen Sie im Sinne der Unternehmen eine exorbitante Bürokratie ab, anstatt mit fremdem Geld immer wieder neue Beschäftigungsprogramme zu initiieren!

[Beifall bei der FDP]

Es ist doch nahezu naiv zu meinen, man kann durch eine Zusammenfassung von aktiven und passiven Leistungen ein Programm für 2 500 Menschen auflegen und gleichzeitig zu glauben, die Arbeitslosigkeit dadurch wirksam bekämpfen zu können.

Weiterhin sitzen Sie noch immer dem Irrglauben auf, dass mit staatlich finanzierten Beschäftigungsverhältnissen reguläre Arbeitsplätze nicht verdrängt werden. Vielleicht

lebten Sie in den vergangenen Monaten auf einem anderen Planeten als ich, aber genau das Gegenteil ist doch eingetreten: Viele Handwerksbetriebe sind in die wirtschaftliche Bredouille gekommen, weil öffentliche Aufträge außerhalb des Marktes vergeben wurden. Einerseits beschimpfen Sie das Handwerk – da ist Frau Große mit Vorreiterin –, weil es zu wenig Ausbildungsplätze schafft, andererseits leisten Sie genau dem Vorschub.

[Beifall bei der FDP]

Ein weiterer Punkt sind die Jobcenter. Was seit Einführung von Hartz IV bezüglich einer Kooperation zwischen Senat und den Jobcentern nicht funktioniert hat, wird auch in Zukunft nicht funktionieren. Deshalb sehe ich der Absicht, die Arbeit der Jobcenter zu optimieren, mit Skepsis entgegen. Wir werden erleben, wie sich weiterhin beide Seiten die Schuld in die Schule schieben, wenn irgendetwas schief läuft.

Lassen Sie mich noch auf die Entscheidung zurückkommen, Arbeit und Soziales in einer Senatsverwaltung zusammenzuführen. Ich glaube, dass Wirtschaft und Arbeit zusammengehören und nicht Arbeit und Soziales.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Sie haben doch einen ganz anderen Antrag gestellt!]

Hier wird doch schon rein symbolisch der zweite und der dritte Arbeitsmarkt gestärkt. Ein Arbeitsplatz wird von einem Unternehmen geschaffen und von keiner Sozialbehörde. Ein Arbeitsplatz muss sich für ein Unternehmen rentieren und ist somit nur sekundär eine soziale Angelegenheit.

[Beifall bei der FDP]

Mit dieser Zusammenlegung zementiert der Senat, dass der Staat nicht der Schiedsrichter ist, sondern Mitspieler. Diese Haltung ist für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wahrscheinlich der Todesstoß.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Kennen Sie Ihren eigenen Antrag?]

Ausgerechnet die Mutter Courage Berlins, Frau Dr. Heidi Knake-Werner, darf sich höchstwahrscheinlich nun auch noch um die arbeitsmarktpolitik in Berlin kümmern – eine Senatorin, die für Sozialabbau und Inkompetenz – siehe Telebus – steht, eine Senatorin, die die Interessen der hilfebedürftigen Menschen permanent ignoriert, eine Senatorin, die für die größte Armutsquelle verantwortlich ist, die Berlin je gesehen hat. Da kann ich nur sagen: Arbeitslose dieser Welt vereinigt euch! – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege Lehmann! – Das Wort für den Senat hat Herr Senator Wolf.

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Klaus Wowereit hat es bereits in der Fragestunde festgestellt: Wenn die Arbeitsmarktzahlen gut sind, ist der Bund dafür zuständig, und der Senat trägt keine Verantwortung. Sind die Arbeitsmarktzahlen schlecht, ist der Senat dafür verantwortlich – so die Lesart der Opposition. Ich möchte allerdings den Vorschlag machen, dass wir uns als erwachsene Menschen mit einem zumindest durchschnittlichen Intelligenzquotienten darauf verständigen sollten, dass beides falsch ist.

Der Grund für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und für die wirtschaftliche Entwicklung ist kein monokausaler, sondern es kommen mehrere Faktoren zusammen. Wir haben einerseits Faktoren der bundesweiten Entwicklung, die auch nicht ausschließliches Verdienst der Bundesregierung sind, sondern es gibt ebenfalls weltwirtschaftliche Trends. Auf der anderen Seite habe wir lokale und regionale Trends. Darüber können wir uns dann im Einzelnen gern unterhalten, welcher Einfluss wie stark ist.

In der Diskussion sollte man erst einmal feststellen und festhalten, dass wir seit langer Zeit in Berlin wieder Wachstum haben – wahrscheinlich 1 % in diesem Jahr – und dass wir vor allem eine günstigere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben als in den Jahren zuvor. Es ist erst einmal eine gute Nachricht, wenn in diesem Jahr 14 000 Menschen mehr als im Vorjahr eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Das ist ein Trend, den wir seit Jahren nicht mehr hatten. Er reicht nicht aus, aber ich darf doch feststellen, dass ich mich darüber freue, und ich denke, wir freuen uns alle, dass 14 000 Menschen mehr in dieser Stadt eine sozialversicherungspflichtige und – wie ich hoffe – existenzsichernde Beschäftigung haben. Das finde ich gut.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Herr Steffel! Sie sollten aufhören, uns vorzuhalten, dass Berlin in den letzten fünf Jahren die rote Laterne gehalten und mit Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern laufend einen Kampf in der Rangliste der Arbeitslosigkeit geführt habe.

Ich könnte jetzt sagen: Wir sind im Moment vor Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. – Aber ich sage: So what? – Ich schenke es mir auch, Ihnen zu sagen: Das war auch in den fünf Jahren davor so. Das war schon zu den Zeiten von Wolfgang Branoner und zu den Zeiten von Elmar Pieroth so. – Vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass diese Stadt ein Strukturproblem hat, das unabhängig davon existiert, ob gerade die eine oder die andere Regierung an der Macht ist und regiert. Wir haben vielmehr ein grundsätzliches Problem innerhalb dieser Stadt, an dem wir noch eine ganze Generation lang arbeiten müssen, und zwar hart arbeiten müssen. Das ist die Wahrheit, und in dieser Hinsicht sollten wir den Leuten draußen und uns selbst nichts vormachen.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Deshalb müssen wir uns umsehen und die Punkte identifizieren, wo sich positive Tendenzen herausbilden, auch wenn diese noch nicht die vorhandenen Probleme lösen.

Ich finde es zunächst einmal positiv, dass dieser Aufschwung zurzeit von einer guten Auftragslage in der Industrie ausgeht. Wir haben in der Industrie eine um zwei Prozent höhere Auftragslage gegenüber dem Vorjahr. In einzelnen Branchen wie z. B. der Metallindustrie oder der Druckindustrie – Papier und Druck – ist sie sogar um über 10 Prozent höher. Das macht deutlich, dass die Industrie ein Motor für die konjunkturelle Entwicklung ist, denn höhere Auftragseingänge in der Industrie bedeuten auch eine höhere Nachfrage nach Dienstleistungen. Damit kommt der Motor in Gänge.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Ich möchte an dieser Stelle aufgreifen, was Frau Grosse gesagt hat: Ich möchte noch einmal ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen von Bosch und Siemens Hausgeräte gratulieren. Ich weiß, dass sie über das erreichte Ergebnis nicht nur glücklich sind, denn es ist mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden. Es war aber ein lang anhaltender Kampf um die Sicherung industrieller Arbeitsplätze und um die Sicherung des Standortes, der als erfolgreich anzusehen ist, weil der Standort gesichert werden konnte – im Gegensatz beispielsweise zu AEG Nürnberg oder BenQ. Das ist gar nicht genug zu würdigen, und damit haben die Kolleginnen und Kollegen dort auch einen Erfolg für den Standort Berlin mit herausgearbeitet. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich meine Anerkennung für die Moral und den Einsatz, den sie gezeigt haben, ausdrücken und auch denjenigen danken, die hier im Abgeordnetenhaus – aus allen Parteien – die Kolleginnen und Kollegen dort unterstützt haben.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –
Zuruf von Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne)]

Es ist völlig zu Recht über die nach wie vor existierenden Probleme gesprochen worden. Es ist richtig, dass auch ein Zuwachs an Arbeitsmarktinstrumenten zur Verbesserung der Arbeitsmarktzahlen geführt hat. Es ist allerdings nicht richtig – wie der UVB sagt –, dass die Unterbeschäftigung generell angestiegen ist. Wenn man sich die offiziellen Arbeitsmarktzahlen ansieht, stellt man fest, dass die Unterbeschäftigung im Vergleich zum Vorjahr um 41 000 Stellen gesunken ist. Aber wir haben nach wie vor eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wo angesichts des langsamen Anwachsens von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nur von einem schmalen Lichtstreif am Horizont die Rede sein kann und wo wir gleichzeitig feststellen müssen, dass sich die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse ausweitet.

[Zuruf von Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne)]

Es kommt zu einer Ausweitung von nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen wie den Minijobs. Frau Klotz! Die werden übrigens in der offiziellen Statis-

Bürgermeister Harald Wolf

tik nicht als sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mitgezählt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, wer die Tür für diese Minijobs wieder aufgemacht hat: Das war die rot-grüne Bundesregierung. Die Grünen waren in dieser Regierung mit dabei.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Die Minijobs haben mit dazu beigetragen, dass massiv sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch diese nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnisse reduziert worden sind. Mit der Zuverdienstregelung bei Hartz IV ist obendrein noch ein massiver Anreiz zur Ausweitung dieser Minijobs geschaffen worden. Hartz IV mit der Zuverdienstregelung ist ein Förderprogramm für diese Minijobs geworden. Damit sind viele Menschen in prekäre, nicht existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse gekommen.

[Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne)
meldet sich zu einer Zwischenfrage.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Klotz?

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen):

Selbstverständlich!

Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne):

Herr Wolf! Sind Sie sich hinsichtlich der Sozialversicherungspflicht sicher? Es gibt 180 000 Minijobs in Berlin, von denen ohnehin 120 000 nicht als Zuverdienst zu einer – in Anführungszeichen – normal versicherungspflichtigen Beschäftigung zählen. Ich frage das auch vor dem Hintergrund, dass die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg auf eine Nachfrage von mir – ich wollte es nämlich auch nicht glauben – erklärt hat, dass sie sehr wohl unter die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse gerechnet werden, weil sie sozusagen Beiträge generieren.

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen):

Es wird die Pauschale abgeführt, aber in der Statistik ist festzustellen, dass wir auf der einen Seite – und zwar zeitlich im gleichen Verlauf – eine Erhöhung der Minijobs und gleichzeitig ein Absinken der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen haben. Da gibt es eine unmittelbare Korrelation, Frau Klotz!

Zum anderen haben wir mit der Einführung der Minijobs die Situation, dass ungesicherte Beschäftigung – weil es eben kein Beschäftigungsverhältnis, sondern ein Sozialverhältnis ist, wo die Rechte, die in einem Beschäfti-

gungsverhältnisse gelten, nicht gegeben sind – und Prekarität ausgedehnt werden. Damit wird auch der Druck auf die Menschen, Jobs um jeden Preis anzunehmen, weiter ausgedehnt. Das ist nicht nur in Berlin, sondern bundesweit so, und ich finde, dem muss man ein Stoppschild gegenüberstellen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Beifall von Iris Spranger (SPD)]

Wir haben in Berlin seit langen Jahren wieder ein Wachstum, und zwar in Höhe von 1 %. Dieses Wachstum liegt allerdings nach wie vor hinter dem bundesweiten Wachstum von – jetzt prognostiziert – 2,4 oder 2,5 % zurück. Das heißt, das Bruttoinlandsprodukt in Berlin bleibt auch weiterhin hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Der Abstand zwischen dem Bundesdurchschnitt und Berlin wird nicht geringer, sondern er bleibt nach wie vor größer – trotz Wachstum. Auch das gehört zur Wahrheit.

Deshalb ist es notwendig – und das haben wir in der Koalition verabredet –, dass wir uns auch weiterhin in unserer wirtschaftspolitischen Strategie darauf konzentrieren, wo die Stärken Berlins sind und wo heute überdurchschnittliches Wachstum existiert. Frau Klotz! Das sind nicht nur zwei Bereiche, sondern das betrifft zum einen die Gesundheitswirtschaft und zum anderen nicht nur die Kulturwirtschaft, sondern den gesamten Bereich Medien, Kommunikation und Kultur. Und zudem ist der Bereich Verkehr und Mobilität zu nennen. Das sind die drei Bereiche, auf die wir uns in unserer Wirtschaftspolitik konzentrieren, und das sind die Bereiche, in denen Berlin bereits heute überdurchschnittliche Wachstumsraten hat.

Deshalb wird das das Thema sein, auf das wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen unserer Innovationsstrategie und Innovationspolitik konzentrieren. Wir werden die Vernetzung mit Wissenschaft weiter voranbringen. Deshalb ist es auch richtig, dass diese Koalition beschlossen hat, dass sie nicht den Empfehlungen aus Karlsruhe, die Hochschulen weiter herunterzufahren und auf das Durchschnittsniveau des Bundes zu nivellieren, folgen wird, sondern wir wollen diese Zukunftspotenziale, diese Potenziale in Wissenschaft und Forschung nutzen, um daraus neue Arbeit und neue Beschäftigung zu schaffen.

Wir werden uns auch darauf konzentrieren, dass wir die Industrie in Berlin stabilisieren und ihre Standortbedingungen verbessern, und zwar im gemeinsamen Dialog mit den Belegschaften, mit den Betriebsräten, mit den Gewerkschaften und den Unternehmensleitungen, weil es für diese Stadt von zentraler Bedeutung ist, dass wir den industriellen Besitz stabilisieren und wieder industrielles Wachstum bekommen. Denn nur so wird auch die Dienstleistungswirtschaft wieder entsprechend ausgiebig Jobs schaffen können.

Weil es wichtig ist, dass wir Wachstum und Beschäftigung voranbringen, haben wir entschieden, der Empfehlung, die Gewerbesteuer zu erhöhen, nicht zu folgen. Denn das Land Berlin muss – gerade dann, wenn uns mit

Bürgermeister Harald Wolf

dem Urteil aus Karlsruhe gesagt wird, wir ständen jetzt im Wettbewerbsföderalismus – seine Wettbewerbsvorteile nutzen und ausbauen. Deshalb war es eine richtige Entscheidung, die Gewerbesteuer nicht zu erhöhen, gerade vor dem Hintergrund, dass wir im Rahmen der europäischen Strukturfonds ab 2007 ein Fördergefälle gegenüber Ostdeutschland bekommen.

Es geht aber nicht nur darum, für Wachstum und Beschäftigung einzutreten, sondern es muss gleichzeitig die soziale Balance innerhalb dieser Stadt gewahrt werden. Deshalb ist es gut und vernünftig, dass wir den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor beschlossen haben, indem eine Alternative zur prekären Beschäftigung mit Ein-Euro-Jobs geboten und eine an tariflichen Standards angelehnte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in einem gemeinnützigen Sektor geschaffen wird.

Es ist auch richtig, dass wir uns dafür entschieden haben, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen stärker als bisher an die Tariftreue und die Schaffung von Ausbildungsplätzen zu knüpfen, weil das Land Berlin damit Einfluss auf die Standards und die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen nehmen kann.

Wir werden in den nächsten fünf Jahren eine Politik verfolgen, die auf Innovation setzt, die durch Innovation mehr Wachstum und Beschäftigung erreichen will und die dabei die soziale Gerechtigkeit nicht aus dem Auge verliert. Die soziale Gerechtigkeit und die Sicherung sozialer Standards gehören zu einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Ich biete Ihnen an, gemeinsam daran zu arbeiten. Ich glaube, wir haben bezüglich der Identifikation der Wachstumspotentiale und der wichtigen Aufgaben eine breite Übereinstimmung. Wir sollten versuchen, diese im Interesse Berlins und der vielen Menschen, die ohne Arbeit sind und um ihre Perspektive fürchten, zu nutzen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat die Aktuelle Stunde ihr Ende gefunden.

Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion – Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit bleibt oberste Priorität der Politik im Land Berlin. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Gegenprobe! – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Fraktion der SPD für die heutige Sitzung keine Priorität benannt hat. Der Tagesordnungspunkt 4 a entfällt somit.

Ich rufe auf als Priorität der CDU

lfd. Nr. 4 b:

Antrag auf Annahme einer Entschließung

Nach dem Urteil den Blick nach vorn richten

Antrag der CDU Drs 16/0037

Die Redezeit beträgt bis zu fünf Minuten pro Fraktion. Das Wort für die CDU hat Herr Goetze. – Bitte!

Uwe Goetze (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist der Haushalt 2006/2007 verfassungswidrig, weil die vorgesehene Verschuldung eindeutig die Investitionsausgaben übersteigt und der Ausnahmetatbestand der extremen Haushaltsnotlage, auf den sich der Senat bei seiner Klage in Karlsruhe berufen hat, weggefallen ist. Die Verfassung sieht in diesem Fall die vorläufige Haushaltswirtschaft vor, bei der lediglich die notwendigen Ausgaben geleistet werden dürfen. Daran haben wir aber alle kein Interesse. Angesichts der neuen Zahlen, die uns der Finanzsenator vorgelegt hat, ist es vielmehr notwendig, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen.

Dafür wirbt die Entschließung, die wir Ihnen heute vorgelegt haben, nämlich für einen verfassungsgemäßen Haushalt auf der Basis eines Nachtragshaushaltsplanes, mit dem man Einnahmen und Ausgaben ins Lot bringen kann. Man kann auch einige Zahlenspielerereien und Trickereien beseitigen, z. B. die Tatsache, dass bisher der Zuschuss an die BVG als Investition verbucht wird. Das ist eine unmögliche Trickerei, die mit Billigung von SPD und Linksfraktion vonstattengegangen ist. Das hat mit Haushaltswahrheit und -klarheit nichts zu tun.

Es wird damit gerechnet, dass es im Haushalt 2007 Verschiebungen in Höhe von wenigstens einer Milliarde € bei den Einnahmen und mindestens 300 Millionen € bei den Ausgaben gibt. Das heißt, die Planungsgrundlagen für den Haushalt 2007 sind nicht mehr gegeben. Es ist nunmehr das Recht des Haushaltsgesetzgebers – das sind wie alle hier –, uns nicht entmündigen zu lassen und den Anspruch zu stellen, neue, klare, wahre Zahlen vorgelegt zu bekommen. Der Senat soll sagen, wo das Geld herkommt und hinget, er muss das begründen und unterlegen. All das lehnt der Finanzsenator allerdings ab. Ich sehe ihn nicht auf der Regierungsbank.

[Frank Henkel (CDU): Zitiere ihn her!]

Herr Präsident! Ich bitte Sie zu veranlassen, dass der Finanzsenator an der Debatte teilnimmt.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Wer kann den Finanzsenator hereinbitten? Die Senatsbanken sind komplett leer. Das ist auch ein wunderbares Zeichen der Geschlossenheit.

[Frank Henkel (CDU): Der Senat ist zurückgetreten!]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns

Ich höre gerade, dass der Regierende Bürgermeister hier ist. – Bitte seien Sie so freundlich und fordern Sie den Finanzsenator auf, der Debatte beizuwohnen! – Vielen Dank! – Wir warten einen Moment.

Uwe Goetze (CDU):

Ebenso wie die Anwesenheit im Parlament hat Herr Sarrazin gestern die Haushaltshoheit des Parlaments im Hauptausschuss äußerst gering geschätzt. Der Kern seiner Aussage war, dass er dem Parlament keinen Nachtragshaushalt vorlegen wolle, weil er es nicht für nötig halte, die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts herzustellen. Herr Sarrazin ist aber nicht der von dem einen oder anderen immer mal wieder erwähnte Sparkommissar des Bundes mit Sonderrechten, sondern er ist Senator im Land Berlin. Er steht unterhalb der Berliner Verfassung und muss sich dem Haushaltsrecht des Parlaments beugen. Insofern ist es ein Unding, dass wir die Aussage dieses Finanzsenators hinnehmen müssen, er lasse den Haushalt verfassungswidrig und werde daran nichts ändern.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Es ist auch aus einem anderen Grund ausgesprochen wichtig, Klarheit darüber zu erzielen, was die neu verabschiedeten Koalitionäre wollen. Wir haben gestern vom haushaltspolitischen Sprecher der Linksfraktion gehört, es gäbe keine zumutbare politische Strategie zur Haushaltskonsolidierung für das Land Berlin. Die Koalitionsvereinbarung ist noch nicht gebilligt, es gibt noch keinen gewählten Senat, und es wird bereits jetzt offenkundig, dass die nächsten fünf Jahre haushaltspolitisch verschenkt werden sollen. Das ist unzumutbar.

[Beifall von Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) –
Zuruf von der Linksfraktion]

Deshalb braucht dieses Parlament unbedingt eine Haushaltsdebatte und einen Nachtragshaushalt.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Bei den Einnahmen geht es – ich sagte es gerade – um rd. eine zusätzliche Milliarde €, die die verabschiedete Koalition zusätzlich einnehmen will. Berlin hat über 60 Milliarden € Schulden und zahlt dafür jedes Jahr 2,5 Milliarden € Zinsen. Das sind mehr als 10 % des Gesamthaushalts. Da muss man erwarten, dass dieses Parlament darüber beschließen kann, was mit solchen exorbitanten Beträgen passieren und welcher Strategie der Finanzsenator folgen soll.

Der Finanzsenator hat sich gerade dazu bereiterklärt, uns vielleicht eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, aber auch das hat er erst wieder nach dem Urteil des Verfassungsgerichts getan.

[Frank Henkel (CDU): Sehr großzügig!]

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass in diesem Parlament nicht immer das Spielchen stattfindet: einerseits die Weigerung des Finanzsenators und andererseits der Gang vors

Verfassungsgericht. Das kann so nicht sein. Der Senator hat sich der Verfassung zu unterwerfen, und das fordern wir ein.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den
Grünen und der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Goetze! – Das Wort erhält nun Frau Spranger von der SPD-Fraktion. – Bitte schön!

Iris Spranger (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Es ist schon eine ziemliche Frechheit, sich hinzustellen und das, was gestern im Hauptausschuss zu all den Punkten, die Sie vorhin genannt haben, vom Finanzsenator sehr klar definiert worden ist, so darzustellen, als ob der Finanzsenator komplett falsche Aussagen gemacht hätte. Herr Goetze! Ich bitte Sie, bei derartigen Sachen entweder genauer zuzuhören – Sie sind ja neu im Hauptausschuss, das sei Ihnen in der zweiten Sitzung noch eventuell verziehen! –, aber zukünftig vielleicht doch auch etwas besser zuzuhören!

[Beifall bei der SPD]

Als ich die Entschließung das erste Mal gelesen habe, dachte ich: Na, gut, eigentlich gibt es nicht viel auszusetzen! – Aber nach Ihrer Rede sollte ich mir doch noch einmal den einen oder anderen Punkt genauer anschauen.

[Frank Henkel (CDU): Eben!]

Erstens sagen Sie, das Abgeordnetenhaus solle in der 16. Wahlperiode einen verfassungsgemäßen Landeshaushalt verabschieden.

[Frank Henkel (CDU): Das wäre
zu schön!]

Tatsächlich haben SPD und Linkspartei.PDS in dem dann zu schließenden Koalitionsvertrag etwas ausgehandelt, in dem das klar steht, und zwar nicht irgendwann in der Legislaturperiode, sondern im Jahr 2007, und dass die NettoKreditaufnahme de facto dann unter den Investitionsausgaben bleiben wird. Das führt dazu, dass es zur Absenkung der Kreditaufnahme führen muss und wird.

[Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

– Ja, schreien Sie herum! Auch Sie sind neu! Zumindest denkt man das! –

[Beifall bei der SPD]

Was die Regierungsfractionen deutlich in diesem Koalitionsvertrag definiert haben, wird festgeschriebene Grundlage für die nächsten fünf Jahre bleiben. Dazu benötigt man eigentlich keine Entschließung.

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

Zweitens: Die CDU stellt fest, dass es jetzt die vorrangige Aufgabe sei, die Konsolidierung des Haushaltes vorzunehmen.

Iris Spranger

[Andreas Gram (CDU): Endlich spricht das mal jemand aus!]

Da könnte ich sagen, wenn es nicht schon später Nachmittag wäre: Guten Morgen! – Aber: Willkommen im Club, liebe CDU! – Genau das – und im Übrigen stets gegen heftigen Widerstand vonseiten der CDU – haben wir in der letzten Legislaturperiode fünf Jahre mit diesem Landeshaushalt gemacht. Wir haben Strukturentscheidungen getroffen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wenn Sie sich die Eckwertetabelle ansehen, stehen heute selbstverständlich die Ergebnisse drin. Auch das, Herr Goetze, sollten Sie vielleicht lernen: Wie man so eine Querliste liest!

[Zurufe von den Grünen –
Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Sie auch!]

Es ist schön, dass die CDU nun endlich, nachdem sie in Karlsruhe bei der mündlichen Verhandlung nicht einmal dabei war, obwohl es ihr angeblich doch so wichtig war, aufgewacht ist. Da hat man niemanden von der CDU gesehen.

[Frank Henkel (CDU): Ammenmärchen!]

Es ist schön, dass die CDU am 19. Oktober 2006 aufgewacht ist und endlich sagt: Wir brauchen die dringende Notwendigkeit der Konsolidierung des Haushalts. Diese Notwendigkeit bestand schon lange vorher. Daran hat das Karlsruher Urteil nichts geändert. Im Übrigen hätte auch ein positives Urteil an diesem Grundsatz nichts verändert. Wenn Sie sich die Koalitionsvereinbarung ansehen, ist ein Finanztableau enthalten, in dem wir sagen, dass die Konsolidierung auch in den nächsten Haushalten fortzusetzen ist.

Es sind gewisse Signale von der CDU zu hören, dass es für das Wohl des Landes Berlin erforderlich sei, mit der Regierung konstruktiv zusammenzuarbeiten. Nun haben Sie gestern in der zweiten Sitzung des Hauptausschusses dem FDP-Berlin-Abrissprogramm Gott sei Dank nicht zugestimmt, aber Sie haben gute Gelegenheit, sich in den zukünftigen Haushaltsberatungen konstruktiv zu beteiligen. Da wird man merken, ob Sie wieder nur rhetorisch etwas von sich geben oder tatsächlich durch Handeln beweisen, dass Ihnen an diesem Land Berlin gelegen ist. Deshalb ja zum verfassungsgemäßen Haushalt, ja auch zu der Haushaltskonsolidierung.

[Mario Czaja (CDU): Ja zum Untergang!]

Die dritte Frage hat Ihnen der Regierende Bürgermeister heute Früh beantwortet.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Ihre Redezeit ist beendet, Frau Spranger!

Iris Spranger (SPD):

Also, keine Neuheiten in diesem Antrag. Wir werden das alles im Hauptausschuss beraten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns :

Vielen Dank! – Das Wort für die Grünen erhält nun Herr Esser. – Bitte sehr!

Joachim Esser (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Spranger! Auch ich hätte mir gewünscht, der Entschließungsantrag der CDU wäre etwas präziser in der Formulierung des Sanierungsziels und in der Festlegung der Mittel, die uns an dieses Ziel führen sollen. Ich teile jedoch die Grundintention der Entschließung, denn sie zielt auf das ab, was wir benötigen. Wir müssen im Parlament Raum für den Wettbewerb der Ideen schaffen und für die politische und gesellschaftliche Diskussion über das Parlament hinaus, wie mit der neuen Finanzsituation der Stadt umgegangen werden soll.

Dabei stelle ich fest, dass Ihre Position, die Sie zum Nachtragshaushalt 2007 vorgetragen haben, darauf hinausläuft, schon im Ansatz eine derartige Diskussion ersticken zu wollen, indem Sie eine solche Debatte verweigern.

[Beifall bei den Grünen]

Sie fordern uns auf: Machen Sie doch Vorschläge in der Haushaltsberatung! – Sie lassen es aber nicht zu, dass sie stattfindet. Sie wissen dabei, dass Sie sich auf schwankendem Grund bewegen, dass die Rechtslage eindeutig gegen Sie spricht. Dennoch machen Sie es und versuchen wieder – wie das so Ihre Art ist –, sich um die rechtlichen Notwendigkeiten herumzumogeln.

[Beifall bei den Grünen –
Beifall von Christoph Meyer (FDP)]

Die Frage an dieser Stelle ist doch nicht, steht in der Zeitung und in Ihrem Koalitionsvertrag, dass wir im nächsten Jahr irgendeine Einnahmeerwartung haben dürfen, sodass am Ende ein nicht mehr verfassungswidriger Haushalt dabei herauskommen könnte. Die Frage, die sich stellt, ist, dass wir als Parlament die Kreditemächtigung kassieren müssen, die dieser Senat hat und die verfassungswidrig hoch ist.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das ist eine materielle, nicht nur eine juristische Frage. Denn selbst wenn Sie sie nicht ausschöpfen, würde sie für die Folgejahre existieren. Diese Kreditemächtigung werden wir Ihnen nehmen, deswegen gehen wir Ihren Weg nicht mit.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Beifall von Uwe Goetze (CDU)]

Der zweite, politisch vielleicht wichtigere Grund ist: Wenn wir eine Haushaltsdebatte führen würden, müssten

Joachim Esser

Sie sich wohl der Frage stellen, welche Bedeutung den Sparhinweisen des Karlsruher Urteils zugemessen werden müssten. Das ist in der Tat eine Debatte, die Sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, denn Sie wollen diesen Hinweisen offenkundig auch nicht ansatzweise nachkommen.

[Carl Wechselberg (Linksfraktion): Richtig!]

– Und auch das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, Herr Wechselberg, denn damit nehmen Sie die gesamte Stadt in Geiselhaft für Ihre eigene Handlungsunfähigkeit.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Beifall von Uwe Goetze (CDU)]

Die Haushaltshinweise des Verfassungsgerichts – darüber sollte sich niemand hier im Saal Illusionen hingeben! – haben bundesweit äußerst große Akzeptanz gefunden, und das in Ost und in West, in reichen Bundesländern und in armen, in der Politik, den Medien und – das müssen wir leider auch zugeben – in der Bevölkerung.

[Carl Wechselberg (Linksfraktion): So ein Unsinn!]

Wenn Sie die Realität nicht verweigern wollen, werden Sie feststellen müssen, dass diesen Hinweisen wenigstens ein Stück weit Folge zu leisten Voraussetzung dafür ist, dass politische Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern für Berlin erfolgreich verlaufen, etwa die, nach denen Sie heute Mittag den Regierenden Bürgermeister gefragt haben, nämlich die über die zweite Stufe der Föderalismusreform und über die finanzielle Ausgestaltung der neuen Hauptstadtklausel im Grundgesetz. Wenn Sie keinen Millimeter auf die Mitte der Gesellschaft, auf die anderen Bundesländer, auf den Bund und auf das Verfassungsgerichtsurteil zugehen, dann erreichen Sie nichts. Sie zwingen die gesamte Stadt in das gesellschaftspolitische Abseits, in dem Sie als PDS stehen, nämlich linksaußen.

[Beifall bei den Grünen –
Dr. Martin Lindner (FDP): Bravo!]

Die SPD muss sich die Frage stellen lassen, wie man in einer solchen Situation mit solchen Leuten eine Koalition eingehen und eine Regierung bilden kann, die überhaupt nicht fähig ist, in fünf Jahren die Stadt voranzubringen. Wir werden darüber sicherlich noch in der nächsten Sitzung eine heitere Debatte führen.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Sie müssen doch angesichts der Trothaltung dieses Menschen – der jetzt hier nicht sitzt –, der sagt, es müsse nun erst recht wie vorher weitergemacht werden, die Lehren auch aus dem ziehen können, was wir in dem Verfassungsverfahren selbst erlebt haben. Wir haben Sie vor der mündlichen Verhandlung beschworen und geraten, auf die Vorhaltungen der anderen Länder und auf die zu erwartenden Fragen einzugehen, und Sie darum gebeten, dem Gericht weitere Konsolidierungsvorschläge zu machen.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Esser! Sie müssen leider zum Schluss kommen!

Joachim Esser (Grüne):

Ja, ich komme zum Schluss. – Ich möchte nur noch darauf hinweisen, was mir Herr Sarrazin dazu geantwortet hat:

Was soll ich noch einen Schriftsatz schreiben? Den lesen die Richter sowieso nicht.

In der mündlichen Verhandlung haben Sie es fertiggebracht, auf die Frage nach Sparmöglichkeiten zu antworten, man werde jede Auflage des Gerichts erfüllen, dann sei aber auch klar, wo die Verantwortung liegt. Das hat mich im Gerichtssaal fast vom Stuhl gehauen. Wir haben dafür dann die Quittung bekommen. Wir haben die Verantwortung nun zurückbekommen.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Ich muss Ihnen gleich das Wort entziehen!

Joachim Esser (Grüne):

Die ganze Stadt muss Ihre Haltung ausbaden. Diese Haltung nach dem Urteil nun auch noch fortzusetzen heißt, die Lehre aus Karlsruhe und der fehlerhaften Prozessstrategie überhaupt nicht verstanden zu haben.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Dr. Friedbert Pflüger (CDU): Sehr gut!]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Das Wort hat jetzt Herr Wechselberg von der PDS-Fraktion.

Carl Wechselberg (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den vergangenen Jahren haben wir mit harten Einsparungen und zahlreichen Zumutungen für die Berlinerinnen und Berliner dieses Bundesland regiert und haben dieses Gemeinwesen in einem beispiellosen Maß saniert. Heute sind wir endlich in der Lage, unsere laufende Ausgaben durch eigene, reguläre Einnahmen zu finanzieren. Wir sind auch nicht nach Karlsruhe gezogen, um frisches Geld für neue Leistungen zu erhalten, sondern um eine Lösung für die Schuldenfalle zu ersuchen, aus der sich Berlin durch weitere Ausgabenkürzungen objektiv nicht befreien kann.

Sparsamkeit und der sorgsame Umgang mit dem Geld und dem Vermögen der Berliner sind vor diesem Hintergrund nicht nur ein Gebot der Generationengerechtigkeit, sondern sind eine politische Selbstverständlichkeit für die Linkspartei und sicher auch für die alte und neue rot-rote Regierungskoalition. Gerade weil wir finden, dass Berlin nicht kaputtgespart werden darf und wir deshalb weitere radikale Kürzungen zu Lasten der Berliner und der Zu-

Carl Wechselberg

kunftpotentiale dieses Landes ablehnen, ist dies keineswegs zugleich ein Freibrief für ungehemmte Mehrausgaben und den radikalen Gang in die Neuverschuldung.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Ramona Pop (Grüne): Schauen Sie doch mal in
Ihre eigene Bedarfsplanung!]

Sparsamkeit allein ist zwar noch keine hinreichende finanzpolitische Strategie nach Karlsruhe, aber ihre notwendige und unverzichtbare Voraussetzung. In den Koalitionsverhandlungen haben sich Linke und SPD dazu verpflichtet, dass wir Mehreinnahmen – alles, was Berlin an zusätzlichen Steuereinnahmen erhält – in der Legislaturperiode vollständig für die zusätzliche Verringerung der Neuverschuldung aufwenden. Das ist eine rigorose Selbstbeschränkung, auch wenn sich hierdurch der unvermeidliche Aufwuchs von Schulden und Zinsen nur verlangsamen mag. Auf diesem Weg allein kann er ohnehin nicht gestoppt werden.

Berlin wird auch in den kommenden Jahren mit seinem jetzigen Ausgabenniveau leben müssen. Unverzichtbare Mehrausgaben müssen an anderer Stelle durch Kürzungen oder Steuererhöhungen erbracht werden. Das ist der wesentliche Grund dafür, weshalb wir uns entschieden haben und entscheiden mussten, den erheblichen Mehrausgaben im Bildungsbereich für Kitas und Schulen, die SPD und Linkspartei für unverzichtbar halten, zugleich die Erhöhung der Grund- und der Grunderwerbssteuer entgegenzustellen.

Eines allerdings ist offenkundig, und dieses ist ein mathematischer und politischer Grundsatz, den bisher alle namhaften Experten von der Hertie School of Governance bis hin zum DIW für richtig befunden haben. Durch zusätzliche Kürzungen kann die Zinsschuldenfalle, in der sich Berlin befindet, nicht bewältigt werden. Wer dies wollte, Frau Eichstädt-Bohlig, müsste Berlin bis zum Jahr 2020 mit Kürzungen von über 2,6 Milliarden € traktieren. Schulen, Kitas und Universitäten müssten geschlossen und damit das Land in den Grundfesten erschüttert werden. Berlin wäre dazu verurteilt, seine eigenen Zukunftspotentiale vollständig zu zerstören.

[Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Ist doch
gar nicht wahr!]

Die Schließung der Humboldt-Universität spare zwar 300 Millionen € im Jahr, aber nicht nur ein barbarischer Akt, sondern wäre zugleich finanzpolitisch völlig sinnlos. Denn hierdurch ließe sich der Aufwuchs von Schuld und Zins bestenfalls verlangsamen, nicht aber verhindern. Rot-Rot wird deshalb dem Druck der politischen Rechten widerstehen und dieses Land nicht kaputtsparen, sondern Zukunft für Berlin erhalten.

Nach Karlsruhe steht Berlin allein und vor einer Anpassung seiner finanzpolitischen Strategie. Uns hilft am Ende niemand außer uns selbst. Aus dieser Feststellung erwächst kein Selbstmitleid, sondern politische Stärke und ein gesellschaftlicher Aufbruch. Die Erholung am Arbeitsmarkt und die anziehende Berliner Wirtschaft zeigen

ganz deutlich, dass Berlin eine Chance hat, wenn die Rahmenbedingungen auch langfristig stimmen. Wir brauchen allerdings eine Neubestimmung der Aufgaben der Finanzpolitik und eine Rückbesinnung auf ihre dienende Funktion. Haushaltskonsolidierung und Verfassungskonformität sind keine Selbstzwecke, gerade nicht in der Berliner Lage. Die Finanzpolitik muss sich darauf konzentrieren, Spielräume zu eröffnen und gute Rahmenbedingungen zu erhalten, damit mit den Stärken dieses Landes aus Wissenschaft, Bildung, Kultur und dem sozialen Zusammenhalt dieser großartigen Metropole eine Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft und damit eine langfristige Bewältigung der Schuldenlast ermöglicht werden kann. Dafür steht Rot-Rot. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Das Wort von der FDP-Fraktion hat jetzt Herr Meyer. – Bitte schön!

Christoph Meyer (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Goetze! In der Begründung zu Ihrem Antrag haben Sie sehr viel Richtiges ausgeführt. Leider – das ist der Hauptkritikpunkt der FDP an Ihrem Antrag – wird es in dem Antrag selbst nicht so deutlich. Wenn Sie – hierauf wurde bereits von meinen Vorrednern eingegangen – in der 16. Wahlperiode einen verfassungskonformen Haushalt einfordern, sind wir schon etwas weiter.

Wir diskutierten im gestrigen Hauptausschuss, wie schon in den Wochen zuvor in der Stadt, darüber, was mit dem Haushalt im Jahr 2007 zu geschehen hat. Das ist auch die entscheidende Frage. Der Finanzsenator hat gestern – das fand ich den eigentlichen Skandal, Frau Spranger – wieder einmal in seiner typischen Art und Weise das geschriebene Recht in unserem Land – die Verfassung – mit Füßen getreten, indem er sagte:

Der Haushalt wird schon im Haushaltsvollzug verfassungsgemäß werden.

Das ist genau das, was wir nicht wollen. Wir wollen keinen im Vollzug verfassungsgemäßen Haushalt, sondern wollen ein Haushaltsgesetz, welches verfassungsmäßig ist. Wenn in den letzten Jahren mehr Wert darauf gelegt worden wäre, wären wir nun nicht in der Haushaltslage, in der sich das Land Berlin derzeit befindet.

[Beifall bei der FDP und den Grünen]

Ich finde es auch eine Frechheit, Frau Spranger, wenn Sie hier großartig etwas von Ihrem Koalitionsvertrag erzählen. Der Koalitionsvertrag ist nicht die Grundlage, auf der wir hier Politik machen. Auf dieser Grundlage machen Sie und die Linkspartei vielleicht Politik. Das gilt aber nicht für das Haus. Soviel möchte ich zum ersten Absatz sagen.

Christoph Meyer

Auch den zweiten Absatz in diesem Antrag finden wir sehr unglücklich formuliert. Die erste Pflicht, sich mit einem verfassungskonformen Haushalt und der Haushaltskonsolidierung zu beschäftigen, hat das Abgeordnetenhaus von Berlin, das sind alle fünf Fraktionen sowie der Senat. Weitere gesellschaftliche Gruppierungen damit zu beschäftigen ist interessant, aber nicht das vordergründige Ziel.

Letztlich müssen wir uns Karlsruhe genau ansehen und die Urteilsbegründung genau lesen. Was uns aufgeschrieben wurde – hier irrt der dritte Absatz in diesem Antrag –, ist, dass wir keine Hilfe von außen erwarten können. Das ist das, was an Erkenntnisprozess bei allen hier im Haus vertretenen Parteien und Fraktionen festgehalten werden sollte. Wir müssen uns selbst darüber Gedanken machen, wie wir das, was nach Steuereinnahmen und anderem an Konsolidierungsziel übrig bleibt, darstellen können.

Da sollten wir eine offene Debatte führen. Um diese Debatte zu führen, ist es so wichtig, einen Nachtragshaushalt zu bekommen, um an geeigneter Stelle, nämlich in den Haushaltsberatungen im Parlament, im Hauptausschuss und in den Fachausschüssen, alle Abgeordneten in die Pflicht zu nehmen.

[Beifall bei der FDP und den Grünen]

Das Richtige an diesem Antrag ist das Ziel, vor allem die SPD nicht aus der Verantwortung zu lassen. Von dieser ursprünglichen Verantwortung, diesen Haushalt nachhaltig zu konsolidieren – mit der der Regierende Bürgermeister im Jahr 2001 gewählt wurde –, darf sie sich nicht klammheimlich mit Hinweisen auf Koalitionsverträge oder Steuermehreinnahmen verabschieden.

Herr Wowereit führte heute in der Fragestunde aus, dass im Endeffekt nur das „Prinzip Hoffnung“ relevant für ihn sei, dass man mit weiteren Steuermehreinnahmen in irgendeiner Form irgendwann in den nächsten fünf, zehn, zwanzig, dreißig Jahren auf einen ausgeglichenen Haushalt komme. Dabei wird einem angst und bange, wie es in diesem Land weitergehen soll. Wenn man sich dann noch Herrn Sarrazin, ebenfalls in der Fragestunde, anhört, muss man fragen: Was wurde mit Ihnen in den letzten zwei Wochen gemacht? Direkt nach dem Karlsruher Urteil – wir erinnern uns alle – haben Sie noch ein eigenes Konsolidierungsziel von 1 Milliarde € definiert. Sie sprachen davon – heute wieder –, dass wir auf 93 000 Stellen im Landesdienst reduzieren müssen etc. Was ist davon in den Koalitionsverhandlungen übrig geblieben? Welche konkreten Maßnahmen im Hinblick auf das, was in der letzten Legislaturperiode eingeleitet wurde, haben Sie in diesen Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, Herr Sarrazin? – Es ist nichts übrig geblieben. Hier haben wir alle die Verantwortung zu tragen.

Wenn die SPD nicht bei dieser Gelegenheit – diese Hoffnung verbinden wir mit diesem Antrag – oder bei den nächsten Gelegenheiten, wenn andere Anträge gestellt werden, zur Besinnung kommt, müssen wir uns genau überlegen –, ob wir nicht wieder den Weg wählen, den wir als Opposition bereits zweimal erfolgreich beschritten ha-

ben, nämlich den Gang zum Landesverfassungsgericht. Gestern im Hauptausschuss rief Herr Wechselberg aus: „Dann klagen Sie doch!“ Man wird sich fragen müssen, ob das wirklich die Art und Weise ist, auf die diese Regierung und diese Regierungskoalition sich in den nächsten fünf Jahren mit der Opposition auseinandersetzen möchten.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, dass Sie alle mit der Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss einverstanden sind. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Die Fraktion der Linken und die Fraktion der Grünen haben für die heutige Sitzung keine Prioritäten benannt. Somit entfallen die Tagesordnungspunkte 4 c und 4 d.

Als Priorität der FDP rufe ich auf

Ifd. Nr. 4 e:

Antrag

Keine Amnestie für Stasi-Spitzel – Berlin unterstützt Thüringens Änderung im Stasi-Unterlagen-Gesetz

Antrag der FDP Drs 16/0030

Dieser Tagesordnungspunkt ist identisch mit der Ifd. Nr. 11.

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von 5 Minuten zu. Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Dragowski gemeldet. – Bitte schön, Herr Dragowski, Sie haben das Wort!

Mirco Dragowski (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das heutige Datum, der 9. November, ist ein Symbol für die historischen wie politischen Ereignisse, die die deutsche Geschichte jeweils stark geprägt haben – und das leider nicht immer im positiven Sinne. Am 9. November 1989 aber fiel endlich die Mauer, brach das menschenverachtende SED-Unrechtsregime zusammen. Der Weg zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes begann. Berlin war der Schauplatz eines politischen Umbruchs, nicht nur in Deutschland, sondern über den ganzen Globus hinweg. Seit 1989 sind 17 Jahre vergangen – für manchen eine lange Zeit. Zur Aufarbeitung der jüngsten deutschen Diktatur war diese Zeit bei weitem nicht ausreichend. Denn 16 Jahre nach der Wiedervereinigung sind noch nicht alle Hintergründe und Verstrickungen des SED-Unrechtsregimes vollständig aufgeklärt, sind noch längst nicht alle Opfer rehabilitiert, ist eine Vielzahl von Tätern noch nicht identifiziert. Das war in so kurzer Zeit auch nicht zu erwarten.

Mirco Dragowski

Aber man muss klar trennen zwischen der historischen Aufarbeitung eines Regimes und der Frage, inwieweit Menschen, die in diesem Regime Schuld auf sich geladen haben, für unser öffentliches Gemeinwesen arbeiten dürfen, von Steuergeldern bezahlt. Die systematische und umfassende Bespitzelung der eigenen Bevölkerung durch die Stasi, psychische und physische Folterung und auch Morde an Regimegegnern waren die Voraussetzung für die 40-jährige Herrschaft des SED-Unrechtsregimes. Ein Mitarbeiter, der für die Stasi tätig war, erfüllt deshalb ganz sicher nicht die Voraussetzung für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst einer Person, die sich aktiv an den verbrecherischen Machenschaften des SED-Unrechtsregimes beteiligt hat, würde die rechtsstaatliche Integrität der Bundesrepublik nachhaltig in Frage stellen und wäre ein Schlag in die Gesichter der vielen Stasi-Opfer, die noch heute häufig unter den Nachwirkungen ihrer Verfolgung leiden. Manchen wurden ganze Lebensentwürfe zerstört.

Die verdachtsunabhängige Überprüfung der in den §§ 20 und 21 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes genannten Personen ist nach wie vor ein angemessenes Instrument zur Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Die dadurch entstehende Transparenz ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Die auf Initiative Thüringens vom Bundesrat beschlossene Beibehaltung der verdachtsunabhängigen Regelanfrage begrüßen wir deshalb sehr. Ich bin sehr froh, dass auch der Senat den Entwurf Thüringens im Bundesrat unterstützt hat.

Obwohl es also schon diesen Thüringer Gesetzesentwurf gibt, haben Union, SPD und Bündnisgrüne einen weiteren Entwurf im Bundestag eingebracht – für mich unverständlich, denn offenbar war man sich im Bundesrat bereits einig. Dass es einen weiteren Antrag zum selben Sachverhalt gibt, ist nicht ungewöhnlich. Doch es ist verantwortungslos, dass der neue Entwurf die faktische Abschaffung der verdachtsunabhängigen Regelüberprüfung vorsieht. Nur noch Personen in gesellschaftlich oder politisch herausgehobenen Positionen, wie zum Beispiel Regierungsmitglieder oder Berufsrichter, sollen nach dem Gesetzesentwurf überprüft werden dürfen, und dieses auch nur noch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht auf eine Stasi-Tätigkeit vorliegen. Besonders bei herausgehobenen Positionen ist das öffentliche Interesse sehr groß, das ist keine Frage. Das ist aber noch lange kein Grund dafür, die Regelüberprüfung abzuschaffen. Welche Relevanz die Regelüberprüfung bis heute hat, zeigen die Überprüfungszahlen des vergangenen Jahres. 2005 wurden insgesamt 118 210 Personen überprüft. Bei 2,9 % der Fälle wurden belastende Hinweise gefunden. Das sind 3 452 Fälle. Das zeigt doch, dass von verminderter Relevanz hier noch eine ganze Weile keine Rede sein kann. Mittlerweile scheint aber auch den Kolleginnen und Kollegen im Bundestag klarzuwerden, dass das Gesetz in der

vorliegenden Form nicht tragbar ist. Die Tatsache, dass die Abstimmung über den oben genannten Entwurf von der Tagesordnung der morgigen Bundestagssitzung abgesetzt wurde, ist ein positives Signal.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es ist insbesondere zu begrüßen, dass man noch über eine Verlängerung der Frist um weitere fünf Jahre nachdenkt. Aber damit wäre es nicht getan; auch dann wird das Problem wahrscheinlich nicht vom Tisch sein. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam dafür sorgen, dass auch in fünf Jahren kein automatischer Schlusstrich gezogen und die Regelüberprüfung klammheimlich abgeschafft wird. Denkbar ist hier ein Verlängerungsautomatismus, wenn nichts anderes beschlossen wird.

[Andreas Gram (CDU): Gut!]

Damit hat man alle Freiheit, je nach Sachlage neu zu entscheiden. Aber im Zweifel muss hier immer gelten: Transparenz vor Täterschutz.

Als Berliner tragen wir eine besondere Verantwortung, denn Berlin war Hauptstadt der DDR und damit Herrschaftszentrum des SED-Unrechtsregimes,

[Christian Gaebler (SPD): Was ist mit der Redezeit?]

und Berlin ist die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Kollege! Sie müssen jetzt Ihren letzten Satz finden!

Mirco Dragowski (FDP):

Es geht hier nicht um strafrechtliche Verjährungsfristen oder um das Wissen darum, wer für die Stasi andere Menschen bespitzelt hat und daher für bestimmte Tätigkeiten nicht geeignet ist. Hier geht es um die moralische Verantwortung gegenüber den vielen Stasi-Opfern. Sie verjährt nie. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Felgentreu von der SPD-Fraktion. – Bitte schön!

Dr. Fritz Felgentreu (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein merkwürdiger Antrag, über den wir heute zu beraten und zu beschließen haben. Üblicherweise beschließt das Abgeordnetenhaus Gesetze und Aufforderungen an den Senat. Hin und wieder kommen auch Resolutionen dazu.

Auch der Antrag der FDP, den Thüringer Gesetzesentwurf zur Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu unterstützen, liest sich zunächst wie eine Resolution. Dabei freut

Dr. Fritz Felgentreu

es uns natürlich, dass die FDP Unterstützung für die Haltung des Senats im Bundesrat zum Ausdruck bringt. Denn der Senat hat dem Thüringer Entwurf in leicht abgewandelter Form bereits zugestimmt.

[Zuruf von Andreas Gram (CDU)]

Allerdings, Herr Gram, könnte der Ansatz der FDP, den Senat durch eigene Anträge für tätiges Handeln zu loben, die Koalition in erheblichen Zugzwang bringen. Wenn wir der FDP folgten, müssten wir in Zukunft wohl ungleich öfter auch selbst entsprechende Anträge einbringen, haben wir doch wesentlich öfter als die Opposition Anlass, das Handeln des Senats zu loben.

[Andreas Gram (CDU): Wird sich zeigen!]

Im letzten Absatz erkennen wir aber, dass es der FDP um mehr geht. Das Abgeordnetenhaus soll die Berliner Bundestagsabgeordneten auffordern, auch im Bundestag der Thüringer Initiative zu folgen. Damit allerdings haben wir aus sachlichen und formalen Gründen unsere Probleme. Zunächst einmal steht es uns gar nicht zu, auf die Entscheidungsfindung eines anderen Parlaments direkt Einfluss zu nehmen. Nicht wir haben diese Bundestagsabgeordneten delegiert, sondern das Volk von Berlin. Und wir haben nicht die Aufgabe, das Handeln der Bundestagsabgeordneten zu kontrollieren, sondern das des Senats. Nachdem nun aber CDU, SPD und Grüne im Bundestag längst einen Alternativantrag zu dem Gesetzentwurf des Bundesrats eingebracht haben, und nachdem Berlin in dieser Auseinandersetzung ganz klar die Position des Bundesrats unterstützt, bewegt sich ein zusätzlicher Appell des Abgeordnetenhauses an die Berliner Bundestagsabgeordneten in einer Grauzone zwischen Taktlosigkeit und Lächerlichkeit. Wir sollten davon die Finger lassen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von Christoph Meyer (FDP)]

Gestatten Sie mir dennoch ein Wort zur Sache: In seiner geltenden Fassung sieht das Gesetz vor, dass mit Ablauf dieses Jahres die Akten der Birtler-Behörde nicht mehr zur Überprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst herangezogen werden dürfen. Der Bundesrat will deshalb die bisherige Regelanfrage entfristen, damit kein Schlusstrich unter die Aufarbeitung von DDR-Unrecht gezogen wird. Die Bundestagsmehrheit will diese Entfristung im Wesentlichen auf Personen beschränken, die öffentliche Ämter bekleiden. Sie argumentiert mit der rechtsstaatlichen Logik der Verjährung. Beide Betrachtungsweisen haben ihre Berechtigung. Der Senat hat sich aber ganz klar aufseiten des Bundesrats positioniert. Und die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt diese Entscheidung.

Das heißt aber noch lange nicht, dass wir auch dem Antrag der FDP zustimmen werden. Dieser Antrag ist nicht nur überflüssig, sondern auch in einer Weise manipulativ, die nur mit Ablehnung beantwortet werden kann. – Lieber Kollege Lindner! Nach fünf Jahren Erfahrung mit Rot-Rot dachte ich, auch die FDP hätte verstanden, dass Stasi-Themen nicht geeignet sind, diese Koalition auseinanderzudividieren. Niemand kann und will der Linksfraktion

die oftmals schmerzhaft Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit ersparen. Auch in der öffentlichen Debatte über die DDR-Diktatur darf es keinen Schlusstrich geben. Aber zu keinem Zeitpunkt hat der Koalitionspartner der SPD eine Entsolidarisierung mit den Opfern des DDR-Unrechts oder gar eine Begünstigung der Täter abverlangt, im Gegenteil. Der Antrag der FDP ist deshalb vollkommen ungeeignet, die SPD in Verlegenheit zu bringen. Wenn wir ihn heute ablehnen, dann deswegen, weil wir nicht damit anfangen werden, Selbstverständlichkeiten immer wieder zu bekräftigen.

Die SPD wird auch in Zukunft für die Aufarbeitung und Verfolgung des Unrechts der DDR-Staatssicherheit eintreten. Sie wird auch in Zukunft die Politik dieses Regierenden Bürgermeisters unterstützen. Auf neunmalklugen Oppositionsanträge verzichten wir dabei dankend.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Gram.

Andreas Gram (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Der Antrag der FDP-Fraktion findet unsere uneingeschränkte Unterstützung.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Uwe Doering (Linksfraktion): Oh!]

Lassen Sie mich kurz darlegen, warum es in dieser Frage für uns keine Alternative geben kann. Es geht hier vereinfacht gesagt darum, ob es im Jahr 2006 – also 16 Jahre nach Ende der DDR – an der Zeit ist, unter die Aufklärung einer Mitarbeit bei der Staatssicherheit bis auf Ausnahmen einen Schlusstrich zu ziehen, oder ob weiterhin dem Anspruch der Menschen auf vollständige Information Rechnung getragen werden muss. Sicherlich ist der Zeitraum von 16 Jahren eine lange Zeit. In solchen Zeiten ändern sich Menschen und auch Meinungen. Prof. Richard Schröder hat dies in einem lesenswerten „Tagespiegel“-Artikel in den vergangenen Tagen beschrieben. Richtig ist, dass das Gemeinwesen mit den Tätern der DDR-Diktatur, seien sie hauptamtlich oder inoffiziell, anders umgehen muss, als diese selbst agierten, nämlich rechtsstaatlich. Zum Rechtsstaat, lieber Kollege Dr. Felgentreu, gehört nun einmal das Verzeihen und die Verjährung. Das steht außer Frage. Das war wahrscheinlich auch die Auffassung, die die Fraktionen – darunter auch die CDU – bewogen haben, den Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen. Ich bin froh, dass wir heute dazu beitragen können, hier einen Prozess des Überdenkens zu begleiten. Die Frage, die sich im Kern stellt, ist: Wann ist die Zeit reif für einen Schlusstrich? Hier können wir uns Schröders Auffassung nicht anschließen. Noch ist dieser Zeitpunkt nicht gekommen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Andreas Gram

Immer noch gibt es spektakuläre Enthüllungen der Tätigkeit für die Stasi. Jüngstes Beispiel ist hierfür der ehemalige Leiter des Hotels Adlon. An der Reaktion der Öffentlichkeit konnten wir erkennen, dass es hier auch nach 16 Jahren noch keine Abgeklärtheit gibt. Aufgrund der Dimension der vom MfS begangenen Verbrechen verwundert dies nicht. Natürlich – das sage ich ausdrücklich – sind es vorwiegend die Opfer, die immer noch Aufklärung und Transparenz einfordern. Aber es sind eben nicht nur die Opfer, für die eine Aufklärung von großer Bedeutung ist. Es sind weite Teile der Bevölkerung, für die nach wie vor von großem Belang ist, dass eine verlässliche und authentische Aufarbeitung dessen stattfindet, was damals war und heute noch ist.

Hier neigt sich für mich die Abwägung klar zugunsten der Betroffenen und der Öffentlichkeit statt zugunsten der Täter von damals und heute, welcher Kategorie auch immer man sie zuordnen mag. Es ist leider mitnichten so, dass sich das Thema Staatssicherheit erledigt hat, gerade nicht in Berlin. Denken wir an die Ereignisse in Hohenschönhausen, wo Veranstaltungen und Führungen gezielt von MfS-Kadern gestört wurden und dies vor Ort von anwesenden Mitgliedern der Linksfraktion widerspruchsfrei hingenommen wurde. Wir haben uns im Verfassungsschutzausschuss in öffentlicher Sitzung mit der Frage beschäftigt, ob diese fortwährenden Strukturen von staatlicher Seite beobachtet werden sollen. Die endgültige Entscheidung hierüber steht noch aus.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Was hat das mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz zu tun?]

Die ehemaligen Stasi-Spitzel sind heute nicht minder aktiv. Sie sind vernetzt, betreiben verschiedene Organisationen. Die bekannteste ist wohl die GRH. Sie agieren auch – und das darf nicht vergessen werden – politisch. So werden Schulen angeschrieben und Initiativen gestartet, die das Ziel verfolgen, die Verbrechen der DDR-Diktatur zu verharmlosen. Senator Körting und die Regierungsfaktionen halten dies für harmlose Geschichtsklitterung alter Männer. Die CDU-Fraktion sieht hiergegen klare verfassungsfeindliche Tendenzen. Wie auch immer: Virulent ist das Problem in jedem Fall.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Wir wollen nicht, dass über Derartiges in Zukunft nur noch eingeschränkt berichtet werden darf. Es muss auch künftig möglich bleiben, Ross und Reiter zu nennen und seine Argumente ohne Restriktionen vorzutragen. Ich kann nicht ausschließen, dass die CDU-Fraktion diese Frage in einigen Jahren anders bewertet. Heute jedenfalls sollten wir alles unternehmen – und, lieber Kollege Dr. Felgentreu, da werden Sie mit mir konform gehen, wenn ich Ihre Worte vorhin richtig verstanden habe –, um die Möglichkeit einer Aufklärung der Mitarbeit bei der Stasi öffentlich zu machen.

[Dr. Fritz Felgentreu (SPD): Was hat das alles mit dem FDP-Antrag zu tun?]

Jeder mag, wenn solche Tatsachen an die Öffentlichkeit geraten, seine Schlussfolgerungen selbst ziehen. Die In-

formationen jedoch müssen abfragbar bleiben. Deshalb werben wir für die Unterstützung des Anliegens des Ministerpräsidenten Althaus in Thüringen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Gram! – Das Wort hat jetzt Herr Liebich von der Linksfraktion.

Stefan Liebich (Linksfraktion):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Gram! Sie haben jetzt versucht, hier einen Pappkameraden aufzubauen, der mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz und der Debatte dazu überhaupt nichts zu tun hat.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Wir diskutieren im Moment eine ganz andere Frage. Herr Felgentreu hat es gesagt. Die FDP hat dazu ein einigermaßen ungewöhnliches Verfahren gewählt, nämlich das Abstimmungsverhalten des Landes Berlin im Bundesrat zu begrüßen. Wenn das zur Regel werden sollte, freue ich mich schon auf den entsprechenden Antrag, wenn wir dann eine Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auf Bundesebene fordern oder Vermögensteuern erheben wollen.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Abgesehen vom eigenartigen Verfahren: Die FDP will, dass das Abgeordnetenhaus in der derzeit auf Bundesebene kontrovers und heftig geführten Debatte zum Stasi-Unterlagengesetz Stellung bezieht, und das per Sofortabstimmung. Sie gehen sogar so weit – Herr Felgentreu hat darauf hingewiesen –, und das interessanterweise nur in der Begründung Ihres Antrags, den Berliner Abgeordneten im Bundestag zu empfehlen, den Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen. Der Hinweis sei mir gestattet, liebe Kollegen von der FDP, dass sich die Abgeordneten des Bundestags in erster Linie in politischen Fraktionen zusammenfinden und deshalb der Appell an die Berliner Abgeordneten einigermaßen weltfremd ist.

Liebe Kollegen! Ich finde, dass Sie es sich zu einfach machen. Der Blick in die bundesweite Mediendebatte zeigt, dass es sehr schwer ist, hier schwarz und weiß scharf voneinander zu trennen. Um die „Kämpfer für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat gegen Diktatur, Unterdrückung und Bespitzelung“, wie Sie es in Ihrem Antrag formulieren, um sie geht es in der gegenwärtigen Debatte nicht. Ich zitiere Thomas Rogalla aus der „Berliner Zeitung“:

Es ist seit 15 Jahren bekannt, dass das Stasi-Unterlagengesetz für die Überprüfung das Verfallsdatum 2007 enthält. Dafür gab es von Anfang an gute Gründe: Das Verfassungsgebot der Verhältnismäßigkeit, den politischen Willen der DDR-Bürger, die Stasi-Mitarbeiter einmal der Überprüfung aussetzen zu lassen, aber nicht jedem IM le-

Stefan Liebich

benslang seine Verfehlung vom Rechtsweg her vorzuhalten. Ein Ende der Überprüfung würde auch keinen Schlusstrich bedeuten, denn eine Regelanfrage gab es nie. Laut Stasi-Unterlagengesetz dürfen die MfS-Akten zur Überprüfung genutzt werden, was Behörden, Parlamente oder etwa der Sport stets unterschiedlich genutzt haben, manche gar nicht.

Um einen anderen Kommentator zu zitieren, Wolfgang Gast von der „taz“:

Die von der Regierung und den Bündnis-Grünen vorgelegte Novellierung verfolgt sogar das Gegenteil eines Schlusstrichs. Sehr bewusst hatten sich die Parlamentarier bei der Verabschiedung des Stasi-Unterlagengesetzes vor 15 Jahren dafür eingesetzt, dass die Überprüfungen in Analogie zu den Verjährungsfristen des Strafgesetzbuches irgendwann einmal auslaufen müssten. Der jetzt von der Tagesordnung genommene Gesetzentwurf sollte sicherstellen, dass Überprüfungen auf eine Stasi-Tätigkeit weiter vorgenommen werden können. Nur 17 Jahre nach dem Untergang der DDR sollte der massenhafte Regelfall durch den selteneren Verdachtsfall ersetzt werden, und dafür ist es höchste Zeit, auch wenn die Kritiker der Novellierung das nicht wahrhaben wollen.

Ein letztes Zitat: Joachim Gauck, der Namensgeber der Gauck-Behörde, sieht

durch die Neufassung des Stasi-Unterlagengesetzes das Prinzip der offenen Aufarbeitung des DDR-Unrechts nicht gefährdet. Die Masse der Überprüfungen des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland ist erledigt,

sagt Gauck derzeit. Damit habe das Gesetz weitestgehend seinen Zweck erfüllt.

Gestatten Sie mir noch, etwas zur Debatte im Bundesrat zu sagen. Den Vertretern des Landes Berlin war es wichtig, den Antrag Thüringens zu ändern, und zwar in einem anderen Punkt: Wir wollten, dass die Antragsfristen zur Rehabilitation von Opfern um drei Jahre verlängert werden. Das ist die Debatte, die mir wichtiger ist, und deshalb finde ich es gut, dass wir uns mit der SPD im Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, nicht nur die Arbeit des Landesbeauftragten als weiterhin bewährt zu bezeichnen, sondern auch eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung –

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Liebich! Gestatten Sie eine Frage von Herrn Ratzmann?

Stefan Liebich (Linksfraktion):

Ja, bitte!

Volker Ratzmann (Grüne):

Vielen Dank! – Herr Liebich, ich höre sehr wohl, dass Sie diesen Bundestagsentwurf sehr hoch loben, aber wenn ich das richtig verfolgt habe, hat der rot-rote Senat im Bundesrat doch schon dem Thüringer Antrag zugestimmt. Das passt nicht so ganz mit Ihrer Rede zusammen.

Stefan Liebich (Linksfraktion):

Gute Frage, Herr Ratzmann, aber ich war gerade an der Stelle wo ich erläutert habe, warum sich das Land Berlin im Bundesrat wie verhalten hat, und das müssten Sie sich zu Ende anhören,

[Volker Ratzmann (Grüne): Gerne! Ich wollte nicht vorgreifen!]

weil wir einen Änderungsantrag eingereicht haben, wo es um die Verlängerung der Antragsfristen für die Rehabilitation von Opfern geht. Das ist uns wichtiger. Diese Debatte nehmen wir auch im Koalitionsvertrag auf, und dort haben wir auch – das habe ich vorhin gerade begonnen zu sagen, als Sie die Frage gestellt haben – eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Opferentschädigung verankert. Weil sich dieser Änderungsantrag durchgesetzt hat, hat das Land Berlin im Bundesrat dem Antrag von Thüringen zugestimmt.

Gleichwohl ist die Debatte weiterhin notwendig. Ich finde es gut, dass die Debatte jetzt weitergeführt wird, und ich finde, dass wir uns in dieser Debatte in unseren Parteien beteiligen sollten. Ich glaube, dass der Schwarz-Weiß-Antrag der FDP in dieser Debatte nicht nützt, sondern schadet, und deshalb schlage ich vor, dass wir den Antrag der FDP ablehnen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Liebich! – Das Wort hat Herr Otto von den Bündnis-Grünen!

Andreas Otto (Grüne):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will keinen Schlusstrich, und wir wollen, dass es weiterhin eine Behörde mit einem Archiv gibt, das unter ganz bestimmten Kriterien und für ganz bestimmte Zwecke genutzt werden darf.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

In einem zeithistorischen Seminar hat mir ein Student aus dem Südwesten Deutschlands, der das erste Mal in Berlin war, erklärt, er hätte die Verfassung der DDR studiert und festgestellt, dass darin umfangreiche Rechte für die Bürgerinnen und Bürger festgeschrieben sind, und er fand das gut. Ich habe ihm gesagt: Da haben Sie unrecht. Was nützt es in einem Staat wie der DDR, eine Verfassung zu haben, worin alles Mögliche steht, wenn aber in der Pra-

Andreas Otto

xis Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit überhaupt nicht existiert haben?

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

An diesem Beispiel wird sehr deutlich, wie wenig auch 15 Jahre nach dem Ende der DDR die politischen Strukturen dieses Staates bekannt sind und wie wenig sich historisches Bewusstsein in ganz Deutschland bisher entwickelt hat, denn dafür war die Zeit bisher einfach zu kurz. Das müssen wir heute so konstatieren.

[Beifall bei den Grünen]

Das Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – das ist der vollständige Begriff für das abgekürzte StUG – ist ein sehr vorbildliches Gesetz, um das uns viele Länder im ehemaligen Ostblock beneiden. Selbst in Südamerika hat man sich dafür interessiert, und es gibt einige Staaten, die erwägen, Ähnliches in Gang zu setzen, um mit ihren geheimdienstlichen Strukturen aus Diktaturen umzugehen. Das Gesetz ermöglicht die Erforschung der Herrschaftsmechanismen. Es kann helfen, Unrecht an Gruppen und Einzelnen aufzuklären, und es bietet die Chance, sich mit Personen und ihrer Vergangenheit direkt auseinanderzusetzen, eine Chance, die jedem Einzelnen gegeben ist und die von Institutionen genutzt werden kann. Eine solche Institution ist auch dieses Parlament.

Ich darf Ihnen sagen – ich bin erst relativ neu hier –, dass wir uns in dem Bezirksparlament, in dem ich vorher tätig war, gerade in der letzten Wahlperiode einige Male mit Stasi-Unterlagen der Behörde beschäftigen mussten und einige sehr interessante Auseinandersetzungen hatten. Die waren auch notwendig, weil die Leute, um die es ging, sich selber mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen mussten und wir als Bezirksparlament, als Bezirksversammlungen, uns direkt an sie wenden und direkt mit ihnen darüber diskutieren konnten, und das ist auch 15 Jahre nach dem Ende der DDR nicht überflüssig.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Otto! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Liebich?

Andreas Otto (Grüne): Gerne!

Stefan Liebich (Linksfraktion):

Sehr geehrter Herr Kollege Otto! Ich verstehe Sie also richtig, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Berlin auf Antrag der FDP möchte, dass der von Frau Künast mitunterzeichnete Gesetzesentwurf auf Bundesebene abgelehnt wird.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Otto! Bevor Sie weitermachen, gestatten Sie auch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Brauer?

Andreas Otto (Grüne):

Ich glaube, eine reicht! – Herr Liebich, Sie haben die Frage gestellt, bevor ich zu diesem Themenkomplex gekommen bin.

Das Gesetz im Bundestag ist von drei Fraktionen eingebracht worden, und diese haben versucht, sich auf einen Kompromiss zu einigen, der ihnen als das weitestgehend Mögliche erschien. In den letzten Tagen gab es viele Diskussionen, viele Initiativen und Betroffene haben sich zu Wort gemeldet und angeregt, noch einmal darüber nachzudenken, ob dieser Entwurf weit genug geht. Deswegen wurden die Beratungen ausgesetzt, und deswegen ist es auch gut, wenn wir als Land Berlin das, was Thüringen vorgelegt hat, unterstützen, und wenn wir hoffen, dass sich daraus ein von möglichst Vielen getragener Kompromiss ergibt. Das ist die Aufgabe und das Ziel, das wir als Bündnis 90/Die Grünen verfolgen.

[Beifall bei den Grünen –

Beifall von Christoph Meyer (FDP) –

Zuruf von Wolfgang Brauer (Linksfraktion)]

In der Vergangenheit gab es einige erfolgreiche Klagen gegen Presseveröffentlichungen, in denen Mitarbeiter des MfS namentlich genannt wurden, prominente und nicht so prominente. Es gibt die Befürchtung, dass nach Ablauf der Frist von 15 Jahren diese Klagen zunehmen werden. Auch unter diesem Aspekt ist es sinnvoll und richtig, dass die Frist verlängert wird. Wir wollen eine möglichst weitgehende Lösung, die die Nutzung der Akten erlaubt. Es gibt keine Regelanfrage, Herr Liebich hat bereits darauf hingewiesen, sondern es ist ein Gesetz, das vorgibt, was man mit den Akten machen darf und wer sie wofür anfordern darf. Regelanfrage steht dort nicht. Es liegt in der Entscheidung jeder Körperschaft, ob sie Fragen stellt.

Wir wollen eine möglichst weitgehende Lösung, und damit wollen wir erreichen: Rehabilitation, wo diese noch nicht erfolgt ist, wir wollen die Erforschung des Herrschaftssystems der DDR voranbringen, und wir wollen die Überprüfung von hochrangigen Vertretern in diesem Lande ermöglichen. Deshalb stimmen wir dem Antrag der FDP zu. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Otto! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen?

[Christian Gaebler (SPD): Bei der CDU
fehlen fünf Leute! –

Dr. Martin Lindner (FDP): Also?]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki

Das Präsidium ist sich über das Ergebnis der Abstimmung im Zweifel. Wir müssen daher auszählen.

[Christian Gaebler (SPD): Das kann doch nicht sein! Da fehlen fünf Leute! –

Uwe Doering (Linksfraktion): Was sehen Sie denn da?]

Wir probieren heute – seit langem das erste Mal – den sogenannten Hammelsprung. Das ist vielen Abgeordneten, mir auch, neu. Die linke Tür, vom Präsidium aus gesehen, ist die Ja-Tür. Dorthin bitte ich Frau Abgeordnete Ströver und Frau Abgeordnete Dr. Schulze. Die mittlere Tür ist die Tür für Enthaltungen. Dorthin bitte ich Frau Abgeordnete Hämmerling und Herrn Abgeordneten Scholz. Die dritte Tür ist für die Nein-Stimmen. Zu dieser Tür bitte ich Herrn Abgeordneten Jauch und Frau Abgeordnete Grosse. Nunmehr bitte ich die Damen und Herren, den Saal zu verlassen. Nach Ertönen des Gongzeichens treten Sie bitte einzeln wieder in den Saal.

[Abstimmung gemäß § 70 Abs. 2 GO Abghs]

Wenn die Beisitzer dann so weit sind, bitte ich sie, nach vorn zu kommen und mir ihre Ergebnisse bekanntzugeben. Ich denke, dass jeder die Möglichkeit hatte eintreten zu können, und würde dann die Beisitzer zu mir bitten. – Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, Platz zu nehmen, damit wir zügig weitermachen können.

Nachdem Sie wieder Platz genommen haben, verkünde ich das Ergebnis. Für den Antrag gab es 70 Ja-Stimmen, 75 Nein-Stimmen und null Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir fahren fort in der Tagesordnung. Jetzt kommt

lfd. Nr. 4 A:

Dringliche II. Lesung

Berliner Ladenöffnungsgesetz (BerLadÖffG)

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0044

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0015

in Verbindung mit

Antrag auf Annahme einer EntschlieÙung

Endlich: Der Ladenschluss wird abgeschafft!

Antrag der FDP Drs 16/0051

Hierzu der Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/0015-1; der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen Drucksache 16/0015-2 sowie der EntschlieÙungsantrag der FDP „Endlich – der Ladenschluss wird abgeschafft“ Drucksache 16/0051.

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der 12 Paragraphen zu verbinden. – Hierzu höre ich keinen Widerspruch. Ich rufe auf die Drucksachen

16/0015, 16/0044 sowie die Änderungsanträge Drucksachen 16/0015-1, 16/0015-2. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu 8 Minuten zur Verfügung. – Zunächst erteile ich das Wort den Grünen. Frau Paus, bitte!

Elisabeth Paus (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vor Eintritt in meine Rede, Herrn Busch-Petersen vom Einzelhandelsverband Berlin-Brandenburg zu begrüßen, mit dem wir seit Jahren gegen das Ladensterben in der Stadt ankämpfen. Herr Busch-Petersen, ich begrüße Sie recht herzlich. Ich hoffe, dass es, wenn wir einmal unterschiedlicher Meinung sind, unserer grundsätzlich guten Zusammenarbeit keinen Abbruch tut.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Frau Paus, darf ich Sie unterbrechen? – Das ist eigentlich immer die Aufgabe des Präsidiums. Wir schließen uns natürlich alle an und begrüßen Sie recht herzlich hier in diesem Haus.

[Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP]

Elisabeth Paus (Grüne):

Nun ist es also beraten, das Ladenöffnungsgesetz. Dringlich eingebracht, wurde innerhalb von zwei Tagen eine Anhörung aus dem Boden gestampft. Gestern, nur eine Woche später, wurde es zwischen der roten Nummer 0017 – Aufhebung der vorläufigen Hauhaushaltswirtschaft Bezirk Mitte – und einer Nachfrage zu Seite 11 der roten Nummer 0006 im Hauptausschuss nebenbei abgehandelt. Eine fachliche Beratung fiel vollständig aus, statt dessen oberflächliches Geplänkel. So kann man mit so einem Gesetz nicht umgehen!

[Beifall bei den Grünen]

Den Vogel hat meines Erachtens gestern Herr Goetze von der CDU abgeschossen, als er sich nämlich zu der Aussage verstieg, Shopping an den Adventssonntagen sei vielleicht genau das Richtige, um sozial benachteiligten, zerrütteten Familien zu helfen, indem die Eltern sich sonntags einmal nicht um die Kinder kümmern; in der Shopping-Mall seien die Kinder besser aufgehoben als auf der Straße.

[Heiterkeit links]

Woher aber gerade diese Kinder und Familien das Geld haben sollen, ihren Frust mit Konsum zu töten, blieb allerdings, wie so vieles, bei der Beratung dieses Gesetzes offen.

Auch wir Bündnisgrünen wollen die Ladenöffnungszeiten in Berlin einer internationalen Tourismusmetropole entsprechend weiterentwickeln. Immerhin geht es hierbei um

Elisabeth Paus

einen Wirtschaftszweig, der jährlich 6 Milliarden € zur Bruttowertschöpfung in dieser Stadt beiträgt und in dem zwischen 60 000 und 70 000 Beschäftigte, überwiegend Frauen, ihren Lebensunterhalt verdienen. Aber gerade weil der Handel so wichtig ist, haben wesentliche Änderungen der Rahmenbedingungen eine ordentliche Beratung und keinen Schweinsgalopp verdient.

[Beifall bei den Grünen]

Sie von CDU bis Linkspartei erweisen der Sache einen Bärendienst. Deswegen werden wir diesem Gesetz so nicht zustimmen.

Im Übrigen verfängt der Verweis auf das Weihnachtsgeschäft nicht. Dass der Heiligabend auch in diesem Jahr wieder auf den 24. Dezember fallen würde, war frühzeitig abzusehen. Und genauso verhält es sich mit der Gewissheit, dass die Föderalismusreform noch vor dem Weihnachtsgeschäft rechtskräftig sein und damit ein reines Landesgesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten beschlossen werden kann. Bereits letztes Jahr im November war mit der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD auf Bundesebene klar, dass diese Reform noch vor der Sommerpause beschlossen wird. Und deswegen gibt es nur einen Grund, warum wir dieses Gesetz nicht im Frühjahr, nicht im Sommer und auch nicht im August beraten haben, sondern eben erst nach der Wahl und dann in dieser Form bekommen haben. Sie von SPD und Linkspartei-PDS wollten die vermuteten Wählerinnen und Wähler unter den über 60 000 Beschäftigten nicht verprellen, das aber nennt sich schlicht Wahlbetrug.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Quatsch! – Beifall bei den Grünen]

Und der wird schlimmer und nicht besser, wenn hinterher ein schlechtes Gesetz entsteht, weil keine Zeit für eine ordentliche Beratung bleibt.

Aber, das hat jedenfalls auch die Beratung gestern für mich gezeigt, anscheinend sind Sie zu mehr als zu Rumdrucksen in dieser Frage gar nicht in der Lage. Denn der andere Teil der Wahrheit ist ja wohl: Das einzige Argument für dieses Gesetz in dieser Form, das von Ihnen aus der rot-roten Koalition wirklich inhaltlich vertreten wird, lautet: Wovorein will es so, basta!

Aber das, was dann dringlich eingebracht wurde, war dann schon noch einmal eine Überraschung.

Da legte der Senat und die verantwortliche Senatorin Knake-Werner, die sich vorher immer dagegen ausgesprochen hatte, einen Gesetzentwurf vor, der glatt den Entwurf der FDP rechts überholt. Zehn öffnungsfreie Sonntage, inklusive Adventssonntage gesetzlich festgeschrieben, da ist der FDP gar nichts anderes mehr übrig geblieben als ihren Gesetzentwurf eilig für erledigt zu erklären. Dabei hat eine Umfrage des „Tagesspiegels“ am 1. November ergeben,

[Stefan Liebich (Linksfraktion):
Das war keine Umfrage!]

dass 88 % der Umfrageteilnehmer gegen eine Ladenöffnung an den Adventssonntagen sind. Eine verfassungsrechtliche Auseinandersetzung, das hat die Anhörung deutlich gemacht – sollte dieses Gesetz heute so beschlossen werden –, wird wahrscheinlich folgen. Kirchen, Verdi und die Geschäftsstraßengemeinschaften jenseits der großen touristischen Zentren laufen jedenfalls Sturm gegen dieses durchgepeitschte Gesetz.

Wie wird sich der Lebensalltag der Beschäftigten, wie die Nahversorgung der Berlinerinnen und Berliner jenseits der touristischen Zentren, wie der Bedarf für Kinderbetreuung, wie die Anforderungen der Fahrgäste an den ÖPNV verändern? – Wir alle müssen ehrlicherweise sagen: Wie wissen es nicht. Wir Bündnisgrüne sind jedenfalls der Auffassung, wenn das Land Berlin als Gesetzgeber die Öffnungszeiten derart radikal und kurzfristig ändert, dann ist es zumindest in der Verpflichtung, sich und der Öffentlichkeit Rechenschaft darüber abzulegen, welche gesellschaftlichen Auswirkungen es gegeben hat. Dann ist es verpflichtet, für ein entsprechend angepasstes Angebot an Kinderbetreuung sowie an BVG- und S-Bahn-Verkehr zu sorgen. Dann sollte der Senat zumindest darüber informieren, welche flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten – wie Tagesmütter – jetzt bereits vorhanden sind. Aber selbst unser Vorschlag, nach einem halben Jahr über die Wirkung des Gesetzes insbesondere auf den Kinderbetreuungsbedarf der Beschäftigten und die Beanspruchung des ÖPNV zu berichten, wurde gestern von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Oh! Wie gemein!]

Wir kündigen an, dass wir in dieser Frage nicht lockerlassen werden.

[Beifall bei den Grünen]

Das machen wir auch, weil wir wissen, dass die Koalition grundsätzlich auch dieser Auffassung ist. Als wir im Jahr 2004 das erste Mal in den Fachausschüssen darüber gesprochen haben, sagte Harald Wolf, Wirtschaftssenator, mit erweiterten Arbeitszeiten brauche man selbstverständlich auch flexiblere Formen der Kinderbetreuung. Auch die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD, Frau Grosse, hatte damals – das können Sie im Protokoll nachlesen – erheblichen Diskussionsbedarf bei der Kinderbetreuung. Auch der parlamentarische Geschäftsführer der PDS, Herr Doering, vertrat ebenfalls die Auffassung, wenn man über längere Ladenöffnungszeiten rede, müsse man auch über eine adäquate Reaktion des öffentlichen Dienstes, Kitas, Bürgerbüros und anderes mehr nachdenken.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Haben wir gemacht!]

Heute will sich von Ihnen niemand mehr daran erinnern. Selbst unser Berichtsauftrag ist abgelehnt worden.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ich habe nachgedacht!]

Wir Grüne wollen eine Liberalisierung mit Augenmaß.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Globalisierung mit Augenmaß!]

Elisabeth Paus

Deswegen begrüßen wir eine landesgesetzliche Regelung, finden aber, dass Öffnungszeiten montags bis samstags von 8.00 bis künftig 22.00 Uhr in der aktuellen Situation ausreichend sind.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Was sagt die Bundestagsfraktion der Grünen dazu?]

Das haben nicht zuletzt die während der Fußball-WM gemachten durchaus gemischten Erfahrungen bestätigt. Die Adventssonntage sollten wie bisher wie die übrigen Sonntage behandelt werden und arbeitsfrei bleiben. Der Tag der Deutschen Einheit sollte wie andere hohe Feiertage behandelt werden und ebenfalls für die im Einzelhandel Beschäftigten arbeitsfrei bleiben. Deshalb haben wir Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt. Noch ist es nicht zu spät. Selbst die bayrische CDU-Landtagsfraktion hat sich gestern entschieden, nichts zu überstürzen. Deshalb fordern wir Sie auf: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu und damit einer angemessenen Liberalisierung der Berliner Ladenöffnungszeiten. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank Frau Paus! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Jahnke – bitte!

Frank Jahnke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Monat könnten wir ein tolles Jubiläum feiern, das 50-jährige Jubiläum des Ladenschlussgesetzes, das genau im November 1956 in Kraft getreten ist. Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, dass wir es hier in Berlin in der Weise begehen, dass wir ein Ladenöffnungsgesetz beschließen, das dieses Ladenschlussgesetz ablöst. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten sind nicht mehr die von 1956. Der Ladenschluss, das hat man in den letzten Jahren erlebt, ist durch Tankstellen, Bahnhöfe und Flughäfen ausgehöhlt worden. Deshalb ist das Gesetz immer wieder angepasst worden, zuletzt mit der Öffnungsmöglichkeit werktags bis 20.00 Uhr. Deshalb ist eine gesetzliche Regelung, die eine Liberalisierung an Werktagen vorsieht, die konsequenteste Lösung.

Nun ist uns gerade von Frau Paus vorgehalten worden, wir zögen das hier im Schweinsgalopp durch. Sie selbst aber haben das Argument genannt, das gegen diese Behauptung spricht. Schon im letzten Winter ist eine Änderung des Gesetzes erwartet worden, nur leider ist die Föderalismuskommission gescheitert, sodass es auf Länderebene keine Möglichkeit gab, solch ein Gesetz zu beschließen. Erst seit August 2006 besteht diese Möglichkeit, und wir nutzen sie sofort. Wir sind von den Verbänden – Sie haben den Verbandsvertreter feierlich begrüßt – und der Presse gefragt worden, ob wir es hinbekommen, dass die neuen Öffnungszeiten rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft in Kraft treten. Wir haben es geschafft.

Das neue Gesetz gibt die Ladenöffnungszeiten von Montag 0.00 Uhr bis Sonnabend 24.00 Uhr gänzlich frei. Das ist kein Öffnungszwang. Es wird nicht über die ganze Stadt jeder kleine Laden rund um die Uhr öffnen, das wird je nach Lage gehandhabt. In der Innenstadt, am Kudamm, am Tauentzien, am Alex und in der Friedrichstraße werden die Läden natürlich länger öffnen, was internationalem Standard entspricht. Ob es dann in der Müllerstraße, in der Turmstraße oder in Dahlem und Frohnau auch so sein wird, ist eine ganz andere Frage. Es wird sowohl den Ladeninhabern als auch den Kunden freigestellt, ob sie öffnen beziehungsweise einkaufen wollen. Einen Einkaufszwang haben wir nämlich auch nicht.

So ähnlich wird es auch mit den viel diskutierten Adventssonntagen sein. Berlin, Touristenstadt Nummer 3 in Europa, kann so zusätzliche Kaufkraft generieren. Es mag sein – Sie haben die Umfrage des „Tagesspiegel“ zitiert –, dass 88 % der sich dort geäußert Habenden – das war ja nicht repräsentativ – eine Contrahaltung eingenommen haben. Aber auch diese Leute wissen es zu schätzen, wenn man in Rom, London und Paris offene Geschäfte vorfindet. Für die Touristen ist es auf jeden Fall positiv, wir werden damit Kaufkraft von außerhalb generieren, die wir andernfalls nicht hätten.

Die Sonn- und Feiertage bleiben geschützt. Es ist nicht so, dass sie gänzlich freigegeben sind. Sie sind durch die Verfassung geschützt, und das bleibt auch mit diesem Ladenöffnungsgesetz so. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Kinder unter 12 Jahren haben oder eine pflegebedürftige Person betreuen, müssen nach 20.00 Uhr – also in der Zeit, die jetzt neu hinzukommt – nicht verkaufen. Unser Änderungsantrag zum Gesetzentwurf sieht das auch für die Sonn- und Feiertage vor.

[Michael Schäfer (Grüne): Toll, dann werden sie gar nicht erst eingestellt!]

Das bedeutet: Dieses Gesetz trägt den veränderten Freizeit- und Konsumbedingungen Rechnung. Es gibt insbesondere der Touristenstadt Berlin die Möglichkeit, ihre Chancen national und international als Einkaufsstadt zu nutzen und berücksichtigt dabei schutzbedürftige Arbeitnehmerinteressen. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

[Beifall bei der SPD und der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank Herr Jahnke! – Als nächster hat für die Fraktion der CDU Herr Dr. Pflüger das Wort – bitte!

Dr. Friedbert Pflüger (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die große Mehrheit der CDU-Fraktion stimmt dem Gesetz zu, weil wir damit eine alte Forderung der Unionsparteien verwirklicht sehen, mehr Liberalisierung, mehr Freiheit zu schaffen. Das ist gut – gerade für eine Stadt wie Berlin.

Dr. Friedbert Pflüger

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Wir haben den vorliegenden Gesetzentwurf in der Fraktion ausführlich diskutiert. Es gab dabei kontroverse Auffassungen. Wir finden, dass uns in der Tat manche Äußerungen von Gewerkschaften, von engagierten Bürgern und nicht zuletzt aus dem Bereich der Kirchen aufhorchen lassen sollten. Besonders ein Brief von Kardinal Sterzinsky und Bischof Huber hat uns berührt. Ich möchte mich vor allen Dingen mit deren Argumenten zum Thema Adventssonntage auseinandersetzen. Ist es nicht tatsächlich traurig, dass Advent und Weihnachten immer mehr ihre eigentliche Bedeutung verlieren? Dass immer mehr Menschen die eigentliche Weihnachtsbotschaft gar nicht mehr kennen, geschweige denn für ihr eigenes Leben ernst nehmen?

[Zuruf von der SPD: Amen!]

Ist es nicht schade, dass Innehalten, Besinnung, Gespräch in der Familie, gemeinsamer Kirchengang, Singen von Weihnachtsliedern, Basteln, Kuchenbacken im Familienkreis immer mehr zurückgedrängt werden

[Gelächter bei den Grünen]

– was z. B. meine Kindheit und, ich nehme an, die von vielen Kolleginnen und Kollegen noch geprägt hat – und dass Weihnachten heute viel mehr Kommerz geworden ist? Jagd nach Geschenken, Kauflust! Ist nicht unser Dezember viel mehr von materiellen Überlegungen geprägt und weniger von Besinnung und Innehalten, die wir uns in der Weihnachtszeit wünschten?

[Beifall bei der CDU –
Ramona Pop (Grüne): Dann
lehnen Sie das Gesetz doch ab!]

Diese Fragen der Kirchen sind berechtigt. Sie sollten ernst genommen und nicht mit Hämme bedacht werden.

[Beifall bei der CDU]

Aber wir sollten die Kirchen umgekehrt auch fragen, ob sie wirklich glauben, wir könnten solche gesellschaftlichen Entwicklungen durch ein Ladenschlussgesetz rückgängig machen oder aufhalten, denn alle beklagenswerten Entwicklungen – diese Ökonomisierung der Weihnacht – gibt es bereits seit vielen Jahren. Offenbar sind sie durch den bisherigen Schutz der Adventssonntage nicht verhindert worden. Wir haben am letzten Wochenende gesehen, wie der verkaufsoffene Sonntag Hunderttausende von Berlinern und unzählige Touristen angezogen hat. Das Verhalten der Menschen, ihr Umgang mit Sonntagen unterliegt einem gesellschaftlichen Wandel. In Wahrheit vollziehen wir heute mit unserem Gesetz doch nur, was vorher bereits an gesellschaftlichem Wandel stattgefunden hat.

Aber muss die Politik dem Wertewandel nicht durch ihre Rechtsetzung entgegenreten, anstatt dem Zeitgeist nachzugeben?

[Alice Ströver (Grüne): Müsste sie!]

Auch diese Frage ist sehr berechtigt. Ich glaube aber, dass sich die Politik damit überschätzte. Politik muss Visionen

und Ziele bieten, nicht nur das tägliche Taktieren. Sie muss Linie haben, darf nicht hin und her pendeln und sich sofort an jeden Zeitgeist heranwerfen. Grundwerte in der Politik sind deshalb wichtig. Aber diese Grundwerte können durch Politik und Staat nicht erzwungen werden. Die entscheidende Aufgabe der Politik im freiheitlichen Verfassungsstaat ist der Schutz von Grundrechten des Einzelnen, nicht die verbindliche Durchsetzung von Grundwerten.

[Zuruf von der SPD: Was?]

Zwar ist richtig, dass die Grundrechte ihrerseits auf Werten beruhen. Es ist auch richtig, dass der Staat mehr ist als die wertneutrale Vollzugsinstanz eines sich ständig wandelnden sittlichen Bewusstseins in der Gesellschaft. Der Verfassungs- und Rechtsordnung in Deutschland liegt ein seit Jahrhunderten gewachsener Wertekonsens zugrunde, der nicht zuletzt durch das Christentum geprägt worden ist. Auf der anderen Seite ist der Staat bei wertbezogenen Entscheidungen auf genau diesen Grundkonsens in der Gesellschaft angewiesen. Man kann Wertebewusstsein nicht erzwingen. Es wäre eine Illusion zu glauben, die Politik, zumal eine Landesregierung, könne mit einem Ladenschlussgesetz eine normative Kraft entfalten, die auch nur annähernd in der Lage wäre, den Wertewandel der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen oder auch nur aufzuhalten.

Was aber die Politik konkret absehen kann, was wir messen können, ist, dass das vorliegende Gesetz eine Öffnung bedeutet, die vielen Menschen in Berlin die Chance auf einen Arbeitsplatz gibt. Das Weihnachtsgeschäft in der Stadt wird angekurbelt. Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Taxifahrer, viele andere – sie werden davon profitieren. Menschen im Umland werden sich entschließen, ein Adventswochenende in Berlin zu verbringen, um die Chancen des Sonntags zu nutzen. Das steigert die Ertragskraft unserer Stadt. Wir sollten diese Chancen nutzen. Wenn wir nach Irland, nach Polen und in die USA blicken, also in Länder, in denen das Christentum eine größere Bedeutung hat als bei uns, werden wir sehen, dass der Ladenschluss dort noch weiter liberalisiert ist als bei uns. Wir haben mit der jetzigen Regelung immerhin den Sonntagvormittag – auch im Advent – geschützt. Generell bleiben die Sonntage geschützt, auch durch das jetzt vorliegende Gesetz.

Vor diesem Hintergrund und angesichts dieser Debatten ist die große Mehrheit meiner Fraktion letztlich in der Abwägung zu dem Ergebnis gekommen, dass wir dem Gesetzentwurf zustimmen wollen. Berlin hat die Chance, seine Attraktivität bei Touristen, Messe- und Kongressbesuchern mit einem modernen Ladenöffnungsgesetz nachhaltig zu stärken. Die Berliner Wirtschaft braucht gute Rahmen- und Standortbedingungen. Liberale Öffnungszeiten gehören dazu. Vielleicht wird das Gesetz sogar positive Auswirkungen auch auf die Lebenswelten und Familien haben.

[Zuruf von den Grünen: Welche?]

Dr. Friedbert Pflüger

Wir appellieren an die Geschäftsleute, so weit wie möglich Rücksicht auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familiensituation zu nehmen. Sie sind nach dem Gesetz sowieso nur verpflichtet, an zwei von vier Adventssonntagen zu arbeiten. Ich wünsche mir in der Adventszeit Ruhe, Stärkung der Familie, Zuwendung zu Mitmenschen. Aber das alles muss aus der Gesellschaft wachsen. Das können wir nicht per Gesetz verordnen und einfordern. Die Menschen sind frei, sich zu entscheiden, jedenfalls die vielen Kunden im Weihnachtsgeschäft. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es nicht ganz so. Aber die meisten Menschen sind frei zu entscheiden, wie sie ihren Adventssonntag verbringen wollen. Diese Freiheit ist im Kern gut. Wir hoffen und glauben, dass sie in unserer Stadt verantwortungsbewusst genutzt werden wird. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall von Marion Seelig (Linksfraktion)]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Dr. Pflüger! – Das war eine punktgenaue Landung. Genau acht Minuten! Als Nächster hat Herr Liebich von der Linksfraktion das Wort.

Stefan Liebich (Linksfraktion):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesen Wochen findet ein langer Kampf in der Bundesrepublik Deutschland sein Ende. Das Ladenschlussgesetz, das Symbol für die Reformunfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland für die einen und für den rheinischen Kapitalismus für die anderen,

[Gelächter bei den Grünen]

für manche sogar als Symbol, dass der Mensch nicht gänzlich hinter Konsuminteressen zurückzustehen hat, wird in den Bundesländern diskutiert und in den meisten – ich vermute, letztlich in allen Bundesländern – grundsätzlich verändert werden, auch wenn die CSU in Bayern noch darüber diskutiert. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, dass Sie von solchen Entscheidungen nicht verschont geblieben wären, wenn Sie noch in irgendeinem Bundesland mitregierten.

[Heiterkeit bei der SPD]

Ich will mich – so komisch das klingt – in vielen Punkten an Herrn Pflüger anschließen,

[Klatschen bei den Grünen]

denn auch wir hatten dazu kontroverse Debatten. Das Schöne ist, dass die Grünen in dieser Frage wie eine Eins stehen und alle Bündnisgrünen in der Bundesrepublik Deutschland die gleiche Position vertreten. Deswegen können Sie jetzt auch von Ihrem hohen Ross herab über andere Fraktionen lachen, die dazu Kontroversen führen. Die Grünen sind sich in dieser Frage wie in nahezu allen Fragen komplett einig. Das ist schön. Das nehmen wir zur Kenntnis.

In unserer Fraktion gab es dazu Kontroversen. In unserer Partei gab es dazu Kontroversen, auch wenn die Kritik, die wir berücksichtigen, wenig überraschend, eher die Kritik ist, die aus den Gewerkschaften kommt. Wir beraten heute über ein Ladenöffnungsgesetz, das das alte Ladenschlussgesetz ablöst, das die Öffnungszeiten in der Woche weitestgehend freigibt und nur noch den Sonntag reguliert. Ich finde wie Herr Pflüger, dass das gegenwärtig diskutierte Gesetz inklusive der Änderungsanträge, die wir im Hauptausschuss beschlossen haben, dem Zeitgeist entspricht, auch wenn mir dieser Zeitgeist nicht passt. Ich glaube, das Argument, das Frau Paus vorbrachte, dass im „Tagesspiegel“ bei einer TED-Umfrage 83 % der Anruferinnen und Anrufer dagegen waren, den Ladenschluss freizugeben, wird sehr schnell durch die Realität widerlegt werden, wenn Sie mit den Leuten reden.

[Zuruf von Elfi Jantzen (Grüne)]

Mit gefällt dieser Zeitgeist nicht. Trotzdem glaube ich, dass wir ihn in unseren Debatten zu berücksichtigen haben. Deshalb versuchen wir im Moment eines, nämlich den Arbeitsschutz der im Handel Beschäftigten zu regeln. Diese Beschäftigten sind zum überwiegenden Teil Frauen. Jeder von Ihnen, der Freunde oder Verwandte hat, die als Marktleiterin im Extra-Markt arbeiten, die bei Schlecker an der Kasse sitzen oder bei Kaufhof Verkäuferin sind, jeder von Ihnen weiß, mit wie viel Zorn die Debatten, die wir hier führen, von den Kolleginnen begleitet wird.

[Zuruf von den Grünen: Zu Recht!]

Trotzdem, fürchte ich, ist diese Debatte unausweichlich. Der Kampf gegen das Ladenschlussgesetz ist verloren, und das seit vielen Jahren. Das sei auch den Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften gesagt: In einer Stadt, in der zu einer Demonstration gegen Sozialabbau nur halb so viele Menschen gehen wie zur langen Nacht des Shoppings, in so einer Stadt kann man nicht von einer rot-roten Regierung erwarten, dass wir alle Dämme halten.

[Gelächter bei den Grünen]

Wie die Stimmung ist, liebe Kollegen von den Grünen, hat man an der Debatte gesehen, die von den Medien entfacht wurde – Sie haben darauf Bezug genommen. Die erste Gesetzgebungskompetenz, die wir als Bundesland nach der Föderalismusreform bekommen, sollte plötzlich gar nicht ausgeübt werden. Jedes normale parlamentarische Verfahren wurde als Verzögerungstaktik denunziert und ein möglichst einstimmiges Durchpeitschen gefordert. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns dem nicht gebeugt, auch wenn Frau Paus dies hier behauptet hat.

Die erste ordentliche Anhörung, die es im Hauptausschuss jemals gegeben hat, ist zu diesem Gesetz durchgeführt worden. Leider konnte Frau Paus bei dieser Anhörung nicht anwesend sein.

[Och-Rufe]

Stefan Liebich

Die Anhörung war sehr ausführlich, und sie ist nicht ohne Ergebnis geblieben. Wir haben die Anregungen einiger Angehörter gegriffen. Deswegen wird heute nicht der Senatsentwurf, sondern eine geänderte Fassung abgestimmt. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

Ich prophezeie trotzdem, dass die Wünsche und Erwartungen hinsichtlich massenhafter Mehreinnahmen der Händler und mehr Arbeitsplätzen nicht in Erfüllung gehen werden. Allenfalls in der Innenstadt werden wir durch Touristen von außerhalb mehr Geld in unsere Stadt holen, und das ist auch nicht schlecht. Auch die Öffnungszeiten werden nicht uferlos ausgedehnt werden, weil es sich für viele Einzelhändler gar nicht rechnen wird. Ist das aber nun ein Grund, an den alten Regelungen festzuhalten? – Ich meine nein. Wir werden deshalb mit der Beschlussfassung heute, so weit es geht, die Beschäftigten schützen.

Mit der heutigen Entscheidung wird keine neue Konjunktur entfacht werden, aber auch nicht dem Neoliberalismus Tür und Tor geöffnet. Nur eine Regulierung, die das soziale Gesicht der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte geprägt hat, wird aufgehoben werden. Ich finde nicht, dass das ein Anlass zum Jubeln ist, wie die FDP, die kurz vor Toresschluss noch einmal einen sehr eigenartigen Antrag hierzu vorgelegt hat, dies tut, aber ich finde auch nicht, dass es den Weltuntergang bedeutet. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zum Ladenöffnungsgesetz in der vom Hauptausschuss geänderten Version. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Liebich! – Das Wort hat jetzt Herr Thiel von der Fraktion der FDP.

Volker Thiel (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag – ein guter Tag für den Berliner Einzelhandel, für den Handel insgesamt, aber auch ein guter Tag für die Berlinerinnen und Berliner.

Warum? – 50 Jahre gesetzlich verordnete Einkaufszeiten haben Freiheiten auf allen Seiten beschnitten. Nach 50 Jahren können jetzt wir entscheiden, wann wir Handel treiben wollen oder wann wir einkaufen gehen wollen. Dazu brauchen wir den Gesetzgeber nicht. Deswegen finden wir das, was Sie hier als Gesetz vorgelegt haben, unterstützenswert.

1956, dies wurde schon erwähnt, wurde das damalige Ladenschlussgesetz als ein Schutzgesetz eingeführt. Wie sah dies in dieser alten, verkrusteten, konservativ geprägten Bundesrepublik bis dahin aus? – An den Adventssonntagen waren nach dem Kirchgang die Geschäfte geöffnet, mit dem sozialen Ziel, dass die Familie, nachdem sie vormittags in der Kirche war, anschließend gemeinsam durch die Geschäfte gehen konnte, um in aller Ruhe Weihnachtseinkäufe tätigen zu können – nicht zu müssen.

In der DDR war es bis 1989 so üblich. Herr Pflüger hat darauf hingewiesen, dass dies in Polen und Irland ohne Bruch bis heute so üblich ist. Wir meinen, dass das Gesetz, so wie es vorliegt, dem Rechnung trägt, dass mittlerweile 50 Jahre Erfahrung ins Land gegangen sind und die Gesellschaft sich verändert hat.

Wir haben einen kleinen Änderungsvorschlag, und ich bitte Sie, ihn wohlwollend zu prüfen. Wir stimmen zu, wenn in dem Gesetz gesagt wird, dass die Beschäftigten an maximal zwei Adventssonntagen arbeiten dürfen. In der Umkehrung heißt dies, dass die anderen zwei Adventssonntage frei sind. Das sehen wir genau so. Ist es jedoch nicht sinnvoll, wenn ein Beschäftigter auch an den beiden anderen Adventssonntagen arbeiten will, ihm die Möglichkeit hierfür zu eröffnen? – Niemand wird behaupten, dass die Beschäftigten im Einzelhandel zu den gut oder besser Verdienenden gehören. Wenn jemand die Chance wahrnehmen will, an dem dritten und vierten Adventssonntag mehr zu verdienen, um für sich wiederum mehr ausgeben zu können, ist dies seine freie Entscheidung. Wenn man schon in der Gesetzgebung bereits so großzügig ist – wir freuen uns, dass Sie unserer alten Forderung nach „Schluss mit Ladenschluss“ nachkommen –, dann bitte ich, auch dem Einzelnen die Entscheidung zu eröffnen, ob er zusätzlich arbeiten will oder nicht. Das sollte man nicht ausschließen.

[Beifall bei der FDP]

Wenn hier so getan wird, als wenn dieses Gesetz aus heiterem Himmel kommt und im „Schweinsgalopp“ durchgepeitscht werden soll, frage ich, wo diese Kollegen eigentlich leben. Seit Anfang der Neunzigerjahre hat meine Partei und haben meine Fraktionen immer wieder darauf hingewiesen, dass der Ladenschluss verändert werden muss. Ende der Neunzigerjahre ist der Handelsverband darauf eingestiegen und hat dies voll unterstützt: Schluss mit Ladenschluss! Wir haben allein in der letzten Legislatur mehrfach darüber diskutiert – sicherlich kontrovers, was gut ist. Jetzt nun zu tun, als wenn es noch irgendwo neue Erkenntnisse oder Argumente gäbe, ist, als wenn man die ganzen letzten Jahre verschlafen hätte.

[Beifall bei der FDP]

Wir meinen, dass alle Argumente für und gegen abgewogen sind, und wir haben es gerade in dem sehr nachdenkswerten und tiefgreifenden Beitrag des Kollegen Pflüger gehört, dass man es sich mit einer Entscheidungsfindung nicht leicht tut. Wenn man jedoch am Ende alles subsumiert, dann wird man zu dem Schluss kommen, dass das heute vorgelegte Gesetz mehr Vorteile bietet.

Es bietet Vorteile im Wettbewerb zu den Verkaufsständen mit angeschlossenen Gleisanlagen oder den Geschäften, die sich im Besitz von internationalen Multikonzernen der Ölindustrie befinden – zu gut deutsch: die Tankstellen. Jetzt wird es nicht mehr nötig sein, abends zur Tankstelle gehen zu müssen, sondern man wird die Möglichkeit haben, ein offenes Geschäft zu finden.

Volker Thiel

Wichtig für uns in Berlin ist aber auch der Wettbewerb mit dem Umland, mit Brandenburg. Wir haben in der Anhörung gehört, und hier nehme ich Anleihe bei der Formulierung von Herrn Busch-Petersen, der uns dies sehr plastisch vor Augen führte: Im Umland geht man sehr viel großzügiger mit Sonntagsöffnungszeiten um. Da wird eine Hüpfburg aufgestellt und ein Feuerwehrauto vor das Center gefahren, und fertig ist das Feuerwehrfest, und das Center öffnet. So wurde teilweise Kaufkraft aus Berlin abgezogen.

Viel wesentlicher erscheint mir aber, dass wir uns im Wettbewerb mit den Metropolen Europas befinden. Wir müssen dort unsere Stellung finden. Es ist nicht einzusehen, dass die Touristinnen und Touristen, die uns besuchen kommen, am Sonnabendnachmittag oder -abend nicht mehr ihr Geld in der Stadt ausgeben können.

[Unruhe bei den Grünen –
Beifall bei der FDP]

– Sie müssen ja nicht einkaufen gehen. Sie können auch zu Hause in Ihrem Kiez bleiben!

Ich freue mich über etwas sehr Politisches: Ich finde es ausgesprochen sympathisch, dass von Berlin ein positives Signal in den Rest der Republik hinausgeht, nämlich das Signal: Wir nehmen die Möglichkeiten, die die Föderalismusreform uns bietet, auch schon in der ersten Stufe positiv wahr.

Wir sehen unter dem Strich mehr Chancen für Händler und Konsumenten. Wir sind überzeugt davon, dass der Markt die Öffnungszeiten regeln wird, so wie wir dies aus anderen Ländern kennen, die gar keine Beschränkungen haben. Dort ist interessanterweise die Wochenöffnungszeit deutlich geringer, als sie bei uns bislang staatlich zugelassen war, denn Einzelhändler sind Kaufleute. Sie werden auch nur dann öffnen, wenn Sie eine Chance sehen, damit Geld verdienen zu können.

[Beifall bei der FDP]

Noch ein Angebot an den Senat und die Koalition: Wenn Sie zukünftig mit solchen überflüssigen Gesetzen, die es noch mannigfaltig gibt, ähnlich zügig verfahren, um sie abzuschaffen, können Sie unserer Unterstützung sicher sein. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Thiel! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, und ich lasse abstimmen.

Zuerst lasse ich über den FDP-Änderungsantrag Drucksache 16/15-1 abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Die Gegenprobe! – Das sind die Koalition, die Grünen und die CDU. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Grünen Drucksache 16/15-2 abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, denn bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen. Die Gegenprobe! – Das ist der Rest des Hauses. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und gegen eine Stimme der Fraktion der CDU die Annahme mit Änderungen. Wer so gemäß der Beschlussvorlage Drucksache 16/0015 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung Drucksache 16/0044 beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Mehrheit des Hauses – alle Fraktionen mit Ausnahme der Grünen. Die Gegenprobe! – Das sind die Grünen und einige Stimmen von der CDU. Drei wurden von uns gezählt. Enthaltungen? – Drei Enthaltungen! – Damit ist dieser Antrag so beschlossen.

Zum korrespondierenden Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/0014 hat die FDP-Fraktion den Antrag gestellt, diesen für erledigt zu erklären. Hierüber lasse ich abstimmen. Wer den Antrag für erledigt erklären möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Die Gegenprobe! – Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen! – Damit wird dieser Antrag für erledigt erklärt.

Ich lasse nun noch über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/0051 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP. Die Gegenprobe! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen! – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Die lfd. Nrn. 5 und 6 sind in Erster Lesung bereits durch die Konsensliste erledigt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 7:

Wahl

zweier Abgeordneter zu Mitgliedern des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages

Wahlvorlage Drs 16/0013

Zur Wahl werden die bisherigen Mitglieder des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages, Frau Abgeordnete Kirsten Flesch und Herr Abgeordneter Dr. Peter-Rudolf Zotl, vorgeschlagen. Wer diese beiden Abgeordneten erneut in den Hauptausschuss des Deutschen Städtetages entsenden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine! Die beiden Abgeordneten wurden mit der Zustimmung aller Fraktionen gewählt. – Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg!

[Allgemeiner Beifall]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki

Wir kommen zur

lfd. Nr. 8:

Wahl

von zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Arbeitgeberverbände zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin sowie deren Stellvertreter/-innen

Wahlvorlage Drs 16/0022

Die Kandidaten entnehmen Sie bitte der Anlage der Drucksache. Wer die dort Genannten zu wählen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Damit sind die in der Anlage Genannten einstimmig gewählt. – Auch Ihnen wünschen wir viel Erfolg.

[Allgemeiner Beifall]

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9:

Wahl

von zwei Personen zur Vertretung der Interessen von Frauen und der Umweltbelange sowie deren Stellvertreter/-innen zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin

Wahlvorlage Drs 16/0024

Die Kandidaten entnehmen Sie bitte der Anlage der Drucksache. Wer die dort Genannten zu wählen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit sind die in der Anlage Genannten gewählt. – Auch Ihnen wünschen wir viel Erfolg.

[Allgemeiner Beifall]

Wir kommen nun zur

lfd. Nr. 9 A:

Wahl

der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz

Wahlvorlage Drs 16/0040

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Für jedes der neuen Mitglieder wird ein stellvertretendes Mitglied gewählt, das im Fall der Verhinderung des Mitglieds dessen Rechte und Pflichten wahrnimmt.

Von der SPD werden vorgeschlagen: Zunächst als Mitglied Frau Canan Bayram und als deren persönlicher Stellvertreter Sven Kohlmeier, dann Herr Dr. Fritz Felgentreu und als sein Vertreter Herr Robert Schaddach, dann wiederum als Mitglied Herr Thomas Kleineidam und als dessen Vertreterin Frau Burgunde Grosse sowie schließlich Herr Tom Schreiber und als dessen Vertreterin Frau Anja-Beate Hertel.

Von der Fraktion der CDU werden vorgeschlagen: Als Mitglied Herr Andreas Gram und als dessen Vertreter Herr Peter Trapp sowie Herr Frank Henkel und als dessen Vertreter Herr Nicolas Zimmer.

Von der Linksfraktion werden vorgeschlagen: Als Mitglied Herr Udo Wolf und als dessen Vertreter Frau Marion Seelig.

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden vorgeschlagen: Als Mitglied Herr Dirk Behrendt und als dessen Vertreter Herr Benedikt Lux.

Von der Fraktion der FDP werden vorgeschlagen: Als Mitglied Herr Björn Jotzo und als dessen Vertreter Herr Sebastian Kluckert.

Wer die von mir Genannten mit den entsprechend zugeordneten Stellvertretern zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine! – Damit sind die Genannten einstimmig gewählt. – Auch Ihnen wünschen wir viel Erfolg.

[Allgemeiner Beifall]

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9 B:

Dringliche Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft Nr.16/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0045

Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß

§ 38 Abs. 1 GO Abghs

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme. Wer dem Vermögensgeschäft Nr. 16/2006 in der Drucksache 16/0045 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit wurde diesem Vermögensgeschäft einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 10:

Zusammenstellung

Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB

Drs 16/0035

Die Fraktion der FDP bittet zur lfd. Nr. 4 der Zusammenstellung – das ist die Verordnungsnummer 15/378 unter dem Stichwort „BSR“ – um die Überweisung an den künftigen Wirtschaftsausschuss. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist das so überwiesen.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki

Die Fraktion der CDU bittet zur lfd. Nr. 5 der Zusammenstellung – das ist die Ordnungsnummer 15/370 unter dem Stichwort „Grundschulverordnung“ – um die Überweisung an den künftigen Bildungsausschuss. – Auch hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so überwiesen.

Dann stelle ich noch fest, dass das Haus von den übrigen Verordnungen Kenntnis genommen hat.

Die lfd. Nr. 11 hatten wir bereits als Priorität der FDP unter dem Tagesordnungspunkt 4 e aufgerufen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 12:

Antrag

Nächste Ausfahrt „Flughafen Tempelhof“

Antrag der FDP Drs 16/0031

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Die Antragsteller bitten um die sofortige Abstimmung.

Wer dem Antrag der FDP Drucksache 16/0031 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Die Gegenprobe! – Das sind die Stimmen der Koalition und der Grünen sowie einzelne Stimmen der CDU. Enthaltungen? – Einzelne Enthaltungen der CDU. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die lfd. Nrn. 13 bis 15 sind bereits durch die Konsensliste erledigt. Die lfd. Nr. 16 wurde als Priorität der CDU-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 4 b behandelt.

Wir kommen zur

lfd. Nr. 16 A:

Antrag

Einsetzung von weiteren Ausschüssen“

Antrag der SPD, der CDU, der Linksfraktion, der Grünen und der FDP Drs 16/0041

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Ohne weitere Aussprache können wir sofort über den Fünf-Fraktionen-Antrag beschließen. – Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Koalition, die Grünen, die FDP und mittlerweile auch die CDU.

[Mario Czaja (CDU): Na, na!]

– Das war anfänglich beim Aufruf nicht zu erkennen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen! Dann ist das mit den Stimmen aller Fraktionen so beschlossen worden.

Die lfd. Nr. 17 ist durch die Konsensliste erledigt.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Donnerstag, dem 23. November, um 13.00 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 18.09 Uhr]

Anlage 1

Liste der Dringlichkeiten

Lfd. Nr. 4 A: Dringliche II. Lesung

Berliner Ladenöffnungsgesetz (BerlLadÖffG)

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0044

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0015

mehrheitlich mit SPD, CDU, Linksfraktion und FDP
gegen Grüne und eine Stimme CDU mit Änderungen
angenommen

Lfd. Nr. 9 A: Wahl

der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz

Wahlvorlage Drs 16/0040

Lfd. Nr. 9 B: Dringliche Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft Nr.16/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0045

Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß
§ 38 Abs. 1 GO Abghs

einstimmig mit SPD, CDU, Linksfraktion, Grüne und
FDP angenommen

Anlage 2

Konsensliste

Der Ältestenrat empfiehlt, nachstehende Tagesordnungspunkte *ohne Aussprache* wie folgt zu behandeln:

Lfd. Nr. 5: I. Lesung

**Gesetz zum Neunten
Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0026

an den künftigen Medienausschuss

Lfd. Nr. 6: I. Lesung

**Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des
Staatsvertrages über das Gemeinsame
Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg,
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und
der Freistaaten Sachsen und Thüringen**

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0027

an den künftigen Gesundheitsausschuss und
an den Hauptausschuss

Lfd. Nr. 13: Antrag

**Nach dem Karlsruhe-Urteil (II): Unrechtmäßige
Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen
kündigen!**

Antrag der FDP Drs 16/0032

an den künftigen Gesundheitsausschuss und
an den Hauptausschuss

Lfd. Nr. 14: Antrag

Vor 50 Jahren: „Interbau Berlin 1957“

Antrag der FDP Drs 16/0033

an den künftigen Bauausschuss

Lfd. Nr. 15: Antrag

Ein Bürgerforum in das „Band des Bundes“

Antrag der FDP Drs 16/0034

an den künftigen Stadtentwicklungsausschuss (f) und
an den künftigen Bauausschuss

Lfd. Nr. 17: Vorlage – zur Beschlussfassung –

**Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin
für das Haushaltsjahr 2005**

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0028

an den Hauptausschuss

Anlage 3

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses**9. November – Mahnung zur Verteidigung der freiheitlichen Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte!**

Wie kein anderer Tag steht der 9. November für Brüche und Wendepunkte der deutschen Geschichte, die untrennbar mit der Geschichte Berlins verbunden sind und die ihre Spuren in unserer Stadt hinterlassen haben. Wenn das Abgeordnetenhaus von Berlin an diesem Tag zusammentritt, ist es sich der Ambivalenz dieses Datums und der Bedeutung der historischen Ereignisse für die Gegenwart bewusst.

Denn die Auseinandersetzung mit den Schrecken der Nazi-Barbarei, Weltkrieg und Völkermord sowie die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur sind die Voraussetzung dafür, dass die Demokratie erhalten bleibt.

Die Erinnerung an die Ausrufung der Republik am 9. November 1918 und an den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ist nicht zu trennen von dem mahnenden Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938.

1938 wurden an diesem Tag überall in Deutschland Synagogen in Brand gesetzt, wurden Geschäfte und Wohnungen zerstört und geplündert, wurden jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger erschlagen, verletzt, verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Diese staatlich sanktionierte Brandstiftung, die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung, wurden zentral von Berlin aus organisiert.

Die brennenden Synagogen waren sichtbarer Ausdruck einer Entwicklung, die mit Hetze und Entrechtung begann und die in dem beispiellosen Massenmord mündete, mit dem der Nationalsozialismus Europa überzog.

Die Teilung Deutschlands mit einer Grenze mitten durch Berlin war auch eine Folge des Nationalsozialismus und des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieges. Auf die Nazi-Barbarei in ganz Deutschland folgte für den Osten Deutschlands eine 40 Jahre währende menschenverachtende Diktatur der SED mit Bespitzelung, Unterdrückung und Verfolgung politisch Andersdenkender, mit Unrechtsurteilen und mit der tödlichen Mauer.

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 beendete diese Menschenrechtsverletzung. Die Freude darüber wird die Erinnerung an die Opfer der Judenverfolgung im Nazideutschland, wofür der 9. November 1938 steht, nicht überdecken. Dies wird – direkt vor der Haustür des Abgeordnetenhauses – unmittelbar sichtbar. Wer durch die Löcher der Mauerreste sieht, erblickt die freigelegten Spuren der ehemaligen Gestapo-Zentrale, die heutige To-

pographie des Terrors. Wie nirgendwo anders finden sich in Berlin Spuren, die Anstoß geben zu Erinnerung, Reflexion und Mahnung. Der Erhalt und die Dokumentation der authentischen Orte sind wie Gedenktage unverzichtbar, um die Erinnerung wach zu halten und die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu befördern.

Der Kontrast zwischen den demokratischen Aufbrüchen von 1918 und 1989 auf der einen Seite und dem Griff der Nazis nach der Macht mit dem Hitlerputsch im Jahre 1923 sowie die Barbarei von 1938 auf der anderen Seite zeigt, dass Freiheit, Demokratie und Recht keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie mussten errungen werden und können auch wieder verloren gehen. Der 9. November wird oftmals als „Schicksalstag der Deutschen“ bezeichnet. Doch die Pogromnacht war kein unabwendbares Schicksal. Die brennenden Synagogen waren unübersehbar. Viel zu viele Menschen schauten weg und nahmen hin, was mit ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern geschah. Mit umso größerer Achtung ist an die wenigen zu erinnern, die den Mut fanden, sich der menschenverachtenden Gewalt entgegenzustellen, wie in Berlin der Polizist Wilhelm Krützfeld, der beherzt einschritt, als Nazis die Neue Synagoge in der Oranienburger Straße anzünden wollten.

Dass wir heute in einer Demokratie leben und nicht vergleichbaren Prüfungen ausgesetzt sind, ist ein Privileg, auf dem wir uns nicht ausruhen dürfen, wenn es uns erhalten bleiben soll. Daher gilt es, antidemokratischen und menschenfeindlichen Strömungen frühzeitig entgegenzuwirken.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus waren dem Osten Deutschlands Freiheit und Demokratie nicht als Geschenk vergönnt – sie mussten erst erstritten werden. Die mutigen oppositionellen Gruppen und die Demonstrierenden von 1989 haben wesentlich zu der Entwicklung beigetragen, die am 9. November zur Öffnung der Berliner Mauer und später zur deutschen Einheit führte. Der 9. November 1989 symbolisiert die neue Einheit und die neue Freiheit der Deutschen und der Europäer. Er symbolisiert aber auch das Ende des „Eisernen Vorhanges“ und markiert das Ende des Kalten Krieges. Insofern ist er ein weltgeschichtliches Schlüsseldatum.

Die Erinnerung an den Fall der Mauer, die in Berlin so viele Menschenleben und noch viel mehr Menschen die Freiheit gekostet hat, verbindet das Abgeordnetenhaus mit der Verpflichtung, seinen Beitrag dazu zu leisten, Freiheit und demokratische Errungenschaften lebendig zu erhalten und sich für die Achtung von Menschenwürde einzusetzen.

Wahl zweier Abgeordneter zu Mitgliedern des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages

Das Abgeordnetenhaus wählt für den Zeitraum der 16. Wahlperiode zwei Abgeordnete, die gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung des Deutschen Städtetages in der Fassung vom 4. Juni 1987 als Mitglieder in den Hauptausschuss des Deutschen Städtetages entsandt werden.

Es wurden gewählt:

Abgeordnete Kirsten F l e s c h

Abgeordneter Dr. Peter-Rudolf Z o t l

Wahl von zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Berliner Arbeitgeberverbände zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin sowie deren Stellvertreter/-innen

Das Abgeordnetenhaus wählt gemäß § 64 Abs. 3 Satz 1 und § 64 Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG) in der Fassung vom 13. Februar 2003 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. April 2005 (GVBl. S. 254), für die Dauer von zwei Jahren mit Wirkung vom 11. November 2006 zwei Vertreter/-innen der Berliner Arbeitgeberverbände zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin sowie deren Stellvertreter/-innen.

Es wurden gewählt:

Mitglieder

Sabine K n a p p - L o h m a n n
Sven W e i c k e r t

Stellvertreter

Ralf-Michael R a t h
Thomas K r ä t s c h m e r

Wahl von zwei Personen zur Vertretung der Interessen von Frauen und der Umweltbelange sowie deren Stellvertreter/-innen zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin

Das Abgeordnetenhaus wählt gem. § 64 Abs. 1 Nr. 7 in Verbindung mit Abs. 4 und Abs. 5 sowie Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG) in der Fassung vom 13. Februar 2003 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. April 2005 (GVBl. S. 254), ab sofort für die Dauer von zwei Jahren eine Vertreterin einer Organisation, die die Interessen von Frauen vertritt, sowie eine Person, die die Umweltbelange vertritt – sowie deren Stellvertreter/-innen – zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Technischen Universität Berlin.

Es wurden gewählt:

a) zur Vertretung der Interessen der Frauen im Kuratorium:

Mitglied

Frau Andrea Maria S p a n g e n b e r g

Stellvertreterin

Frau Dr. Dagmar H e y m a n n

b) zur Vertretung von Umweltbelangen im Kuratorium:

Mitglied

Herr Dr. Thomas H o l z m a n n

Stellvertreterin

N.N.

Wahl der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz

Gemäß Artikel 46a der Verfassung von Berlin wählt das Abgeordnetenhaus aus seiner Mitte einen Ausschuss für Verfassungsschutz. Nach § 33 Abs. 2 des Verfassungsschutzgesetzes Berlin und § 20a der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses besteht der Ausschuss in der Regel aus höchstens zehn Mitgliedern. Die Zusammensetzung des Ausschusses sowie die Besetzung des Vorsitzes richten sich nach der Stärke der Fraktionen.

Für die 16. Wahlperiode haben sich die Fraktionen auf 9 Mitglieder für den Verfassungsschutzausschuss verständigt, gemäß § 33 Abs. 2 Satz 4 des Verfassungsschutzgesetzes Berlin und § 20a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wird für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied gewählt, das im Fall der Verhinderung des Mitglieds dessen Rechte und Pflichten wahrnimmt.

Es wurden gewählt:

<u>Fraktion</u>	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
SPD	Canan Bayram Dr. Fritz Felgentreu Thomas Kleineidam Tom Schreiber	Sven Kohlmeier Robert Schaddach Burgunde Grosse Anja Hertel
CDU	Andreas Gram Frank Henkel	Peter Trapp Nicolas Zimmer
Die Linke	Udo Wolf	Marion Seelig
Bündnis 90/ Die Grünen	Dirk Behrendt	Benedikt Lux
FDP	Björn Jotzo	Sebastian Kluckert

Vermögensgeschäft Nr.16/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Das Abgeordnetenhaus von Berlin stimmt der Zuordnung des Grundstücks Mehringdamm 110-114 in Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg, Gemarkung Kreuzberg, Flurstück 2998 mit 7 079 m² zum Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin mit Wirkung zum 1. Juli 2006 zu. Die Änderung des Sondervermögens durch die Neuzuweisung ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin zu veröffentlichen.

Einsetzung von weiteren Ausschüssen

Gemäß Artikel 44 der Verfassung von Berlin und § 20 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin werden folgende weitere Ausschüsse eingesetzt:

Ausschuss für Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Soziales	(19 Mitglieder)	– IntArbBSoz –
Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie	(19 Mitglieder)	– BildJugFam –
Ausschuss für Bauen und Wohnen	(13 Mitglieder)	– BauWohn –
Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien, Berlin-Brandenburg	(17 Mitglieder)	– EuroBundMedien BerlBra –
Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz	(17 Mitglieder)	– GesUmVer –
Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung	(19 Mitglieder)	– InnSichO –
Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten	(17 Mitglieder)	– Kult –
Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung	(13 Mitglieder)	– Recht –
Ausschuss für Sport	(9 Mitglieder)	– Sport –
Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr	(19 Mitglieder)	– StadtVerk –
Ausschuss für Verwaltungsreform, Kommunikations- und Informationstechnik	(9 Mitglieder)	– VerwRefKIT –
Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen	(19 Mitglieder)	– WiTechFrau –
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	(13 Mitglieder)	– WissForsch –